

Editorial

Heft 58 der „Mitteilungen“ erscheint in einer neuen frischen Aufmachung: mit farbiger Umschlaggestaltung, Klebebindung und 99 Seiten Umfang. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass die inhaltliche Qualität unserer „Mitteilungen“ noch besser zur Geltung kommt.

Dazu nötig war ein Wechsel der Druckerei. Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei dem Verein „Helle Panke“ e.V. bedanken. Hier wurden in all den Jahren zuverlässig und in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Hefte produziert. Die Partnerschaft unserer Vereine im geschichtswissenschaftlichen Bereich werden wir gern in bewährter Weise fortsetzen.

Thematische Schwergewichte der neuen Ausgabe bilden die doppelte Staatsgründung in Deutschland und der 200. Geburtstag von Friedrich Engels. Siegfried Prokop liefert eine quellengesättigte Darstellung des Konzepts der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR in den 80-er Jahren. Als Vortrag zu unserer Jahresversammlung gedacht, der unter den besonderen Bedingungen der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnte, wird der vollständige Text veröffentlicht.

...Aus der Feder von Manfred Neuhaus stammt die feine Miszelle zu einem antiquarischen Fund aus der Militaria-Sammlung Friedrich Engels'. Und Manfred Schöncke hat einen kleinen Schatz anlässlich des Bicentenaire gehoben,

Wie in jedem Heft stellen sich wieder Archive und in diesem Fall ein Verlag vor, in dessen Zentrum Publikationen zu historischen und aktuellen sozialen Kämpfen stehen, werden Forschungsergebnisse angezeigt und zeitgenössische Quellen präsentiert.

Vielfältige Anregungen, besonders zur weiteren Vereinsarbeit und inhaltlichen Ausrichtung der „Mitteilungen“, enthält das Interview mit Prof. Dr. Gerhard Engel, unserem Beiratsmitglied.

Berichtet wird außerdem über das Findbuch zum Archivgut unseres Förderkreises, das von der Archivarin Sylvia Gräfe erarbeitet wurde. Der Vorstand bittet alle Mitglieder, ihre Schreibstuben und Ablagen zu sichten und relevante Dokumente, Briefe, Fotos, Berichte etc. zur Arbeit des Förderkreises an die Archivarin abzugeben.

Meinungen zur neuen Gestaltung und zum Inhalt des vorliegenden Heftes sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber und Redaktion

INHALT

Editorial	1
Archive, Bibliotheken, Verlage	
Fast entsorgte Materialien teilweise nutzbar gemacht <i>Die Sammlung der VVN-VdA Westberlin</i> <i>Hans Holm</i>	4
Die Buchmacherei – ein linker Verlag stellt sich vor <i>Jochen Gester</i>	8
Besondere Zeitdokumente	
„Blumen für Stukenbrock“ – Der Aufruf zum Antikriegstag 1982 und die Geschichte des „Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock“ <i>Holger Czitrich-Stahl/Werner Höner</i>	11
Ein Autograf von Otto Grotewohl in der RLS-Bibliothek Dresden <i>Wilfried Trompelt</i>	17
Neues aus der Forschung	
Ein verschollenes Buch aus Engels' Militaria-Sammlung wiedergefunden: Willisens „Theorie des großen Krieges. Dritter Theil“ <i>Manfred Neuhaus</i>	20
Haben Egidius Bilotte und Carl Heinrich Lüdecke Friedrich Engels fotogra- fiert? Ikonographische Anmerkung zum bevorstehenden Bicentenaire <i>Manfred Schöncke</i>	36
Franz Dahlem. Eine politische Biographie <i>Sven Devantier</i>	41
Vorträge	
Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeitraum 1980–1989 <i>Siegfried Prokop</i>	46
Berichte	
Die ITH steht auf sicheren Füßen <i>Charlotte Rönchen/Susan Zimmermann</i>	64

Aus dem Vereinsleben

Das Findbuch zum Archivgut des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. 65

Interview mit Prof. Dr. Gerhard Engel 66
Rainer Holze/Holger Czitrich-Stahl

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen, Parlamentarier, Sozialdemokrat, Wegbereiter des Arbeitsrechts, Hentrich & Hentrich Verlag Berlin 2018 74
(Ingo Materna)

Angelkika Arenz-Morch/Stefan Heinz (Hrsg.): Gewerkschafter im Konzentrationslager Osthofen 1933/34. Biografisches Handbuch. Metropol-Verlag Berlin 2019 *(Holger Czitrich-Stahl)* 76

Mario Keßler: Abgründe und Aufbrüche. Neue Studien und Kritiken (2014–2019), [= Hochschulschriften, Bd. 57], Trafo Verlag, Berlin 2020 79
(Bernd Hüttner)

Marjaliisa Hentilä, Mikko Kosunen, Demokratian Muisti – Työväen Arkisto 110 vuotta (Speicher der Demokratie - 110 Jahre Arbeiterarchiv), Työväen historian ja perinteen tutkimuksen seura (Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte und Tradition der Arbeiterbewegung) 2019 80
(Dörte Putensen)

Axel Weipert/Stefan Bollinger/Dietmar Lange/Robert Schmieder (Hrsg.): Eine zweite Revolution? Das Frühjahr 1919 in Deutschland und Europa. Verlag Die Buchmacherei, Berlin 2020 *(Holger Czitrich-Stahl)* 83

Isaf Gün/Benedikt Hopmann/Reinhold Niemerg (Hrsg.): Gegenmacht statt Ohnmacht. 100 Jahre Betriebsverfassungsgesetz. Der Kampf um Mitbestimmung, Gemeineigentum und Demokratisierung, Verlag VSA 2020 86
(Rainer Knirsch)

Siegfried Prokop: Betrogen von der „Wende“. Mein Leben in Böhmen, der SBZ/DDR und im Beitrittsgebiet. Tagesnotizen 1983 bis 2003, Verlag am Park in der Edition Ost Verlag und Agentur GmbH, Berlin 2020 *(Eckhard Müller)* 89

Florian Butollo/ Sabine Nuss (Hrsg.) Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit, Dietz Berlin, 2019 92
(Thilo Scholle)

Gerd-Rüdiger Stephan/ Detlef Nakath (Hg.), Ausschluss – Das Politbüro vor dem Parteigericht – Die Verfahren 1989/1990 in Protokollen und Dokumenten, Karl Dietz Verlag, Berlin 2020 *(Andreas Fisahn)* 95

Archive, Bibliotheken und Verlage

Fast entsorgte Materialien teilweise nutzbar gemacht

Die Sammlung der VVN-VdA Westberlin

Vorweg sei erklärt: Das Archiv der VVN-VdA Westberlin ist kein Archiv. Es handelt sich um Materialien der Organisation aus den Jahren 1953 bis 1990. Wie diese Sammlung zustande kam und wie mit ihr in den letzten Jahren gearbeitet wurde, soll im Folgenden erklärt werden.

Zum besseren Verständnis zunächst einige Angaben zur Geschichte der (West-)Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Die Informationen sind im Wesentlichen der Seite „Unsere Geschichte“ des Internetauftritts der Berliner VVN-BdA entnommen. (<https://berlin.vvn-bda.de/unsere-geschichte/>)

Die VVN war 1948 zunächst als Gesamtberliner und überparteiliche Organisation entstanden. Doch die Konflikte des Kalten Krieges, die besonders in Berlin zutage traten, machten auch vor der VVN nicht halt. Anfang 1953 wurde auf Weisung des SED-Politbüros die Tätigkeit der VVN in der DDR und damit in Ostberlin eingestellt. Es folgte die Bildung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR.

Die weiterhin bestehende VVN Westberlin sah sich dem zunehmenden Antikommunismus ausgesetzt. Berufsverbote und die Aberkennung von Entschädigungen für die Zeit der Nazi-Verfolgung häuften sich. Selbst zu Wohnungsräumungen durch die Polizei kam es. Auch wenn die VVN Westberlin zu keinem Zeitpunkt verboten war, leistete sie ihre Arbeit lange faktisch unter den Bedingungen der Illegalität.

Mit der 68er Bewegung wuchs das Interesse junger Menschen an der Nazi-Vergangenheit. 1976 öffnete sich deshalb die VVN, die bis dahin ein Zusammenschluss von ehemaligen Widerstandskämpfern, Verfolgten des Naziregimes und deren Hinterbliebenen war, jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten und wurde zur Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin – Verband der Antifaschisten (VVN-VdA).

Die folgenden Jahre waren durch ein Aufleben der antifaschistischen Erinnerungsarbeit geprägt. So berichteten VVN-Mitglieder in Schulen – gegen den Widerstand der damaligen Westberliner Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien – von ihren Erlebnissen unter dem Faschismus. Zentrale Orte des Terrors, wie das Gestapo-Gelände in Kreuzberg, wur-

den unter Mitwirkung der VVN-VdA wiederentdeckt. Heute befindet sich dort das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“.

Der Zusammenbruch der DDR 1989 hatte auch für die VVN-VdA gravierende Folgen. So waren von dort erhebliche finanzielle Zuwendungen an die Organisation gegangen, die sich damit auch in eine politische Abhängigkeit begeben hatte. Als 1990 ein neuer und frei von Einflussnahmen gewählter Vorstand die Leitung übernahm, sah er sich vor einem finanziellen und organisatorischen Desaster. Aktive Mitglieder sorgten im Ehrenamt für das Weiterbestehen.

2002 verständigten sich die VVN-VdA Westberlin und der 1990 entstandene Bund der Antifaschisten (BdA) aus dem Ostteil Berlins nach Jahren der Kooperation auf einen gemeinsamen Landesverband. Die Eintragung in das Vereinsregister erfolgte am 21. Februar 2003: Genau 50 Jahre nach der durch die SED angewiesenen Selbstauflösung.

Bereits vorher rückte das, was heute umgangssprachlich Archiv genannt wird, in den Blick: Als Ende der 90er Jahre die VVN-VdA ihr Büro aufgeben musste, fanden sich in einem fensterlosen Raum umfangreiche Materialien – teils in Aktenordnern und Mappen, teils in unterschiedlichen Kisten abgelegt. Dass diese Sammlung existierte, ist vor allem (dem inzwischen leider verstorbenen) Werner Gutsche zu danken. Als historisch interessierter Mensch hatte er über Jahre Dokumente über die Tätigkeit der VVN-VdA Westberlin gesammelt – weniger, um ein klassisches Archiv anzulegen, sondern vielmehr, um die Unterlagen für Ausstellungen und Vorträge zu nutzen. Bei der Räumung des Büros blieb keine Zeit zur Durchsicht. Deshalb wurde alles in Umzugskisten verstaut. Diese konnten zum Glück bei einem befreundeten Verein untergebracht werden. Als 2004 diese Räume nicht mehr zur Verfügung standen, konnte die VVN-VdA eine Vereinbarung mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW) abschließen. Der seitdem dort lagernde Bestand umfasst etwa 30 bis 35 lfd. Meter. Es handelt sich dabei um Schriftverkehr, Publikationen, Nachlässe und Zeitungsausschnitte, aber auch um Tondokumente, Fotos, Videokassetten und Filme.

Durch die mehrfachen Umlagerungen war kaum noch ein Ordnungsprinzip auszumachen. Hinzu kam, dass viele ältere Dokumente vom Zerfall bedroht waren.

Im August 2005 begannen drei Interessierte (keiner davon ein Archivar) einmal in der Woche die Materialien zu sichten. Es galt, eine auch für Außenstehende nachvollziehbare Archivsystematik zu erstellen und

es ging simpel um die Entfernung von Büromaterialien, die aus konservatorischer Sicht problematisch sind (zum Beispiel Heftklammern, Büroklammern, Kunststoff). Anschließend wurden die Materialien fachgerecht in speziellen Archivkartons und Mappen – Fotos in Pergaminhüllen – gelagert.

Die durchgesehene Sammlung umfasst unvollständige Materialien zu den Aktivitäten der VVN-VdA Westberlin von 1953 bis 1990. Darunter befinden sich teils umfangreiche Zusammenstellungen aus bezirklichen Gliederungen, die schon für Publikationen über den antifaschistischen Widerstandskampf in den jeweiligen Bezirken genutzt wurden.

Weiterhin sind zahlreiche Schriftwechsel der VVN sowie der Rechtsanwälte Kaul, Piskorz und anderer zu Anerkennungs- und Entschädigungsverfahren vorhanden. Diese Unterlagen enthalten teilweise sehr interessante und bewegende Lebensläufe. Das gilt auch für die leider nur bruchstückhaft vorhandenen Aufnahmebögen aus verschiedenen Mitgliederverzeichnissen. Zudem gibt es eine fast vollständige Sammlung vom „Mahnruf“, dem Mitteilungsblatt der VVN, von der Nr. 1 aus dem Jahre 1957 bis zur Nr. 217 aus dem Jahr 1990.

Aus Zeitzeugeninterviews und verschiedenen Berichten, Lebensläufen, Erinnerungen einzelner Menschen könnten zu bestimmten Aspekten (Widerstand in Bezirken, Leben während des Faschismus, Zeit des Aufbruchs nach 1945) Dokumentationen von Zeitzeugen zusammengestellt werden.

Anfang 2009 konnte die Software FAUST Entry Archiv angeschafft werden. Über die Erfassung der Dokumente in der FAUST Datenbank ist es möglich, zu bestimmten Aspekten Hinweise aus den unterschiedlichen Sammlungen zusammenzuführen.

Die Erfassung zu einzelnen Personen ist so gut wie abgeschlossen. Gegenwärtig wird viel Mühe darauf verwandt, die zahlreichen Fotos zu erfassen und zu sichern. Nicht alle Aufnahmen sind hinreichend beschriftet. Da ist es oft schwer oder sogar unmöglich, die abgebildeten Personen zu identifizieren.

Gerade mit Fotos konnten wir Interessierten schon hilfreich sein. So konnte Gerd Kühling vom Aktiven Museum Berlin im Mitgliederrundbrief 74 vom Januar 2016 „Frühes Gedenken am ehemaligen Deportationsbahnhof Berlin-Grünwald“ mit zahlreichen Bildern aus unserem Archiv nachweisen.¹

¹ https://www.aktives-museum.de/fileadmin/user_upload/Extern/Dokumente/rundbrief_74.pdf

Die Fotos belegen, dass die Westberliner Polizei die Einweihung einer Gedenktafel der VVN für die Opfer des Faschismus am ehemaligen Deportationsbahnhof Grunewald im November 1953 verhindern wollte. Doch zahlreiche jüdische und andere Bürger aus beiden Teilen der Stadt erzwangen schließlich mit ihrem Protest die Gedenkfeier.

Derselbe Autor konnte bereits 2014 mit unseren Fotos einen Beitrag für das Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung „Medaon“, Ausgabe 8 (2014), 15 gestalten.²

Damit weitere interessante Funde möglich werden, bleibt noch reichlich zu tun. Bisher haben wir uns vor allem auf Papier und Fotos konzentriert. Die Erfassung und vor allem Auswertung von Ton- und Filmdokumenten steht noch aus.

Die Arbeitsgruppe trifft sich in größeren Abständen in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und steht für Auskünfte und Besuche nach Absprache gern zur Verfügung.

Weitere Bestände zur Westberliner VVN-VdA sind im Landesarchiv Berlin (C Rep. 906-02) vorhanden.

Hans Holm für die Archivgruppe

Interessenten können sich über die Berliner VVN-BdA an die Archivgruppe wenden:

Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin,

Tel.: +49 (0)30 55 57 90 83-0

Fax: +49 (0)30 55 57 90 83-8

E-Mail: berlin@vvn-bda.de oder

berliner-vvn-bda@antifa-net.de

² <https://www.medaon.de/de/artikel/ein-vergessener-streiter-der-fruehen-holocaust-erinnerung-adolf-burg-und-der-ehemalige-deportationsbahnhof-berlin-grunewald/>.

Die Buchmacherei – ein linker Verlag stellt sich vor

Wir sind ein Kollektiv von gegenwärtig 12 Personen, die sich einmal im Jahr – in der Regel zum Jahresbeginn – treffen und ansonsten per Mailaustausch miteinander verbunden sind. Das ist der Verlagskreis. Er trifft die grundlegenden politischen Entscheidungen, z.B. welche Bücher wir herausgeben wollen. In der Regel gilt ein Buch als angenommen, wenn niemand ein Veto dagegen einlegt. Rein rechtlich betrachtet ist die Buchmacherei eine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit von mir. Ich bin als Verleger in allen Rechtsfragen haftbar und auch gegenüber dem Finanzamt verantwortlich. Dies war jedoch nie eine Wunschkonstruktion. Amtsgericht und Finanzamt haben sich geweigert, uns jeder Art von Vereinsstatus zuzuerkennen. Die vorhandenen Vermögenswerte, vor allem die auf dem Konto, werden von mir jedoch nur verwaltet. Sie sind faktisch das Vermögen des Verlagskreises.

Im Verlagskreis haben sich über die Jahre vor allem ehemalige politische Aktivist*innen verschiedenster Strömungen des westdeutschen kommunistischen und sozialistischen Spektrums gesammelt, deren heutige Gemeinsamkeit vielleicht am besten durch den Spruch „Verändernd bleiben wir uns treu“ zu charakterisieren wäre. Die meisten sind über 60, die ältesten 80. Kaum eine Richtung des westdeutschen Antikapitalismus, die sich in der Tradition der Arbeiterbewegung sah, fehlt hier. Wir haben ehemalige Mitglieder der DKP, der KPD/ML, des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland), des SB (Sozialistisches Büro), der Gruppe Arbeiterpolitik, der GIM (Gruppe Internationaler Marxisten), ja auch einen Genossen, der der französischen Gauche Proletarienne nahestand. Dazu bekamen wir aktuell die Unterstützung einer Genossin aus Wien, die mit ihrem marxistisch-libertären Selbstverständnis gut in die Runde passt. Besonders freuen wir uns über den Einstieg zweier eher junger Genossen des rebellischen Kreuzberg, die u.a. ein ArbeiterInnenbildungskollektiv ins Leben gerufen haben. Der Selbstfindungsprozess des Verlagskollektivs aus ehemaligen „Kadern“ der früher im ideologischen Clinch miteinander verkehrenden Organisationen verlief z.B. in kritischer Auseinandersetzung mit dem damals weit verbreiteten Avantgardismus und „Wahrheitsverständnis“, die zumeist leninistisch geprägt waren. Im Rahmen dieses Lernprozesses fanden wir auch zu einem neuen positiv besetzten Begriff von Freiheit und zur Würdigung der anarchistischen Strömungen der Arbeiterbewegung. Zur Frage des

Anspruchs möchte ich in diesem Kontext nur herausstreichen, dass wir uns darum bemühen, durch unsere Publikationen ein Verständnis des gesamten sozialrevolutionären Geschichtsprozesses zu ermöglichen und uns nicht als Leuchtturm politischer Richtungen begreifen. Mittlerweile blicken wir dabei auf 15 Jahre Verlagsarbeit zurück.

In den ersten 10 Jahren folgten die Titel den beiden Reihen „Konkrete Utopien als Lernprozess“ und „Soziale Kämpfe – historisch und aktuell“. Reflektiert werden Selbstverständnis, Zielsetzungen sowie das Schicksal der Zukunftsentwürfe der Arbeiter*innenbewegung. Gefragt wird nach den Ursachen für Niederlagen ihres Scheiterns. Natürlich ist es kein Zufall, dass die Analyse der russischen Revolution, die einmal weltweit Modell stand, hier einen besonders breiten Raum einnimmt. In der zweiten Reihe pflegen wir einerseits Erinnerungen und Verständnis von Arbeitskämpfen und sozialen Rebellionen. Zum anderen lenken wir am Puls der Zeit den Blick auf neue emanzipatorische Kampfformen wie z.B. der Bewegung der Gelbwesten in Frankreich oder publizieren aktuell zur Lage in den deutschen Schlachthöfen oder im Gesundheitssystem. Die beiden ersten Reihen haben wir dann ergänzt durch die Rubriken „Die andere Literatur“ sowie „Lebenswege und Biografien“. Ich könnte mir auch vorstellen, in Zukunft eine Rubrik „Lebendiger Antifaschismus“ zu eröffnen.

Es dürfte wenige linke Verlage geben, die so viele Neuherausgaben bereits erschienener Titel im Programm haben – Bücher, die entweder vergriffen oder nur zu Höchstpreisen antiquarisch zu haben sind. Zumeist wurden ehemalige „Klassiker“ von Mitgliedern des Verlagskreises erstmals entdeckt und dann zur Neuherausgabe empfohlen. (z. B. bei Volin, Richard Müller oder Ante Ciliga). In anderen Fällen traten linke Historiker von außerhalb auf uns zu und regten das erneute Verfügbarmachen von Büchern an. So ging das Erstellen einer neu gesetzten und nachkorrigierten Ausgabe von Erhard Lucas' Märzrevolution zurück auf eine Anregung von Lothar Wenzel, ehemals Sekretär der Bildungsabteilung der IG Metall. Eine langjährige Zusammenarbeit verbindet uns auch mit Redakteuren von „Arbeit. Bewegung. Geschichte“. Ferner freuen wir uns über immer mehr Anfragen linker Autoren auf Veröffentlichung ihrer Bachelor- oder Masterarbeiten zu Arbeitsweltfragen.

Wir haben leider keine Verlagsräume. Die Arbeit findet im Wesentlichen in den privaten Wohnungen statt. Doch gerne vermitteln wir Kontakt zu allen Mitgliedern des Verlagskreises.

Neuerscheinungen der Buchmacherei sind auf unserer Website www.diebuchmacherei.de zu finden.

Jochen Gester

Kontaktmöglichkeiten für alle Interessierten:

Mail: kontakt@diebuchmacherei.de

Postadresse: *Die Buchmacherei , Postfach 61 30 46, 10964 Berlin*

Telefon: *030 81 85 77 59; Fax 03212 103 29 81*

Information

"Der Dirigent der Weltstadt – Martin Wagner und das Neue Berlin".

Kuratorenführung mit Henning Holsten am

Do., 19.11.2020 im Roten Rathaus.

In Zusammenarbeit mit dem August Bebel Institut können wir zwei Führungstermine für 45 Minuten anbieten:

um 16.30 Uhr und

um 17.15 Uhr.

Die Teilnehmerzahl ist auf je 9 Personen begrenzt. Wir bitten um

Anmeldung unter Angabe der Personenzahl und der Uhrzeit bei:

Dr. Holger Czitrich-Stahl. Handynummer: 0151 50529184, E-Mail-

Adresse: czitrich-stahl@arcor.de.

Link zur Ausstellung: www.berlin.de/berlin100"

Besondere Zeitdokumente

„Blumen für Stukenbrock“ – Der Aufruf zum Antikriegstag 1982 und die Geschichte des „Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock“

Die jährlich anlässlich des Antikriegstages am 1. September stattfindende Mahn- und Gedenkveranstaltung „Blumen für Stukenbrock“ an den Massengräbern der 65000 sowjetischen Soldaten und Zwangsverschleppten aus mehreren Ländern Europas in der Stadt Schloss Holte-Stukenbrock im Kreis Gütersloh ist mit der ostwestfälisch-lippischen Friedensbewegung auf das Engste verbunden. Neben den Ostermärschen und den bundesweiten Friedensdemonstrationen auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung gegen die Stationierung der Pershing-II und Cruise Missiles in der BRD stellte „Blumen für Stukenbrock“ einen festen Mobilisierungsanlass für die Friedenskräfte in Ostwestfalen-Lippe und darüber hinaus dar.

In dem Aufruf zum Antikriegstag 1982 finden sich entsprechend die damaligen Kernforderungen der Friedensbewegung wieder. Keine drei Monate zuvor demonstrierten in Bonn 400 000 Menschen an den Rheinauen gegen die drohende NATO-„Nachrüstung“, für ernsthafte Verhandlungen mit der UdSSR und für ein atomwaffenfreies Europa.

Für diese Kernziele unterschrieben Millionen von Westdeutschen den „Krefelder Appell“, marschierten Hunderttausende zu Ostern, protestierten erfolgreich vor dem SPD-Bezirksparteitag Ostwestfalen-Lippe im Februar 1982 oder besuchten am 4. September 1982 mehrere Tausend „Blumen für Stukenbrock“.

Den Aufruf von 1982, der aus meinem Privatarchiv stammt, unterschrieben zum Beispiel Heinrich Albertz, Gert Bastian, Manfred Coppik, Walter Fabian, Herbert Mies, Elisabeth Harder-Gersdorff und Ulrike Hörster-Philipps, aber auch zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der SPD, der Gewerkschaften, der Arbeiterjugendorganisationen, der DKP, der sozialen Bewegungen, Christen genauso wie Kriegsgegner und Antifaschistinnen und Antifaschisten ohne Parteibindungen. Auch im Jahr 2020 stehen wir wieder vor einer massiven Aufrüstung und einer Drohkulisse. War es damals zu Zeiten des Kalten Krieges die Sowjetunion, die als Befreier vom Faschismus die Hauptlast des Krieges zu erdulden hatte und zum Bösewicht gemacht wurde, so ist es heute Russland.

Holger Czitrich-Stahl

Der „Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock“

Zu Beginn der 90er Jahre gab es die große Chance, den Kalten Krieg endgültig zu überwinden. Der Warschauer Pakt löste sich auf, Gorbatschow sprach von einem Europäischen Haus, in dem alle Platz haben sollten. Leider blieb diese Chance ungenutzt, die NATO dehnte sich bis zur russischen Grenze aus und Russland wurde erneut zum Feindbild. Es gelang nicht, sich von alten Feindbildern zu trennen.

Auch in Stukenbrock hinterließ der Kalte Krieg seine Spuren. Eines dieser Relikte befindet sich auf dem dortigen Sowjetischen Soldatenfriedhof. Kurz nach der Befreiung am 2. April 1945 hatten Überlebende des Stalag 326 VI/K – so hieß das dortige Kriegsgefangenenlager für sowjetische Soldaten – auf dem Friedhof zum Andenken an ihre im Lager zu Tode gequälten Mitgefangenen einen Obelisk errichtet, auf dessen Spitze sie eine die rote Sowjetfahne symbolisierende Glasplastik zum Zeichen ihres Sieges über den Faschismus setzten. In den 50er Jahren wurde diese Glasplastik ohne Zustimmung des Architekten des Denkmals gegen ein orthodoxes Kreuz ausgetauscht. Überlebende sahen darin eine Denkmalschändung und verlangten immer wieder die Herstellung des Obelisk in seiner ursprünglichen Form.

Da in ihren Augen der Kalte Krieg beendet war, erwarteten sie von der Landesregierung in NRW nach 1990 endlich eine diesbezügliche Handlung. Nach Überwindung bürokratischer Hürden beschloss diese dann in Abstimmung mit unserem Arbeitskreis, der orthodoxen Kirche, der russischen Botschaft und Vertretern der Stadt, das orthodoxe Kreuz gegen die Glasplastik auszutauschen und drei Kreuze vor die Gräberreihen zu setzen. Sie leitete dafür erste Maßnahmen ein. Diese stießen auf einen solch harten Widerstand konservativer und rechter Kräfte, dass auf deren Druck hin die SPD-Grüne-Landesregierung kapitulierte. Die Kalten Krieger waren wieder einmal erfolgreich.

Das ist sicher nur ein kleines Beispiel für das Nichtüberwinden des Kalten Krieges und für die Missachtung der Rolle der Sowjetarmee bei der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus. Es zeigt aber, wie tief das Feindbild Russland heute noch in weiten Kreisen verankert ist. Es wird heute so getan, als hätten nicht die Schlachten um Moskau und Stalingrad die Wende des Krieges herbeigeführt, sondern die Landung der Alliierten in der Normandie, die zweifellos von großer Bedeutung war.

Jetzt, 75 Jahre nach der Befreiung ist es an der Zeit, dass die verantwortlichen Politiker unseres Landes ihr Verhältnis zu Russland überdenken und zu der Erkenntnis kommen, dass Frieden in Europa nur mit Russland dauerhaft sein kann.

Das war auch unsere Intention 1967, als wir, einfache Bürgerinnen und Bürger aus Ostwestfalen-Lippe, evangelische Pfarrer, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter und Vertreter von Jugendorganisationen uns entschlossen, gemeinsam anlässlich des Antikriegstages am ersten Samstag im September unter dem Motto: „*Wir wollen uns erinnern: Haben wir gelernt oder haben wir vergessen*“ auf dem Sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock zu einer Mahn- und Gedenkfeier einzuladen. Das Echo war überwältigend. Über eintausend Menschen folgten unserer Einladung und unterstützten damit unser Vorhaben.

Wir wollten uns nicht abfinden mit dem Kalten Krieg und seinen Auswirkungen auf die West-Ost-Beziehungen. Wir wollten uns nicht abfinden mit dem Wiederaufleben nazistischer Kräfte und Bewegungen. Wir wollten, dass die in Stein gemeißelte Mahnung von Stukenbrock

*UND SORGET IHR, DIE IHR NOCH IM LEBEN STEHT,
DASS FRIEDEN BLEIBT, FRIEDEN ZWISCHEN DEN MENSCHEN,
FRIEDEN ZWISCHEN DEN VÖLKERN*

Grundlage allen politischen Handelns werden sollte.

Wir wollten symbolisch Brücken von West nach Ost bauen und suchen dafür Wege. Wir nahmen Kontakte zu Überlebenden des Stukenbrocker Lagers auf, luden sie zu unseren Veranstaltungen ein und vermittelten bis heute bestehende Freundschaften.

Für manche waren wir „Nestbeschmutzer“ oder Verfassungsfeinde. Unsere Arbeit passte nicht in die politische Landschaft, die vom Antikommunismus beherrscht war. Jedoch waren unsere Veranstaltungen zum Antikriegstag nicht mehr zu übersehen und zeigten Wirkungen auf die Politik. Wie 1982 nahmen in den folgenden 80-er Jahren alljährlich mehrere tausend Menschen aus dem In- und Ausland teil.

Das rief auch den „Verfassungsschutz“ auf den Plan. Die vom Bundesinnenministerium herausgegebene Zeitschrift „Innere Sicherheit“ unterstellte 1983 dem Arbeitskreis eine verfassungsfeindliche Tätigkeit wegen der Mitarbeit von Kommunisten im Arbeitskreis. Aufgrund dieses Artikels fühlten sich die im Arbeitskreis mitarbeitenden Sozialdemokra-

ten diffamiert. Das veranlasste 1984 vierundzwanzig ihrer Landtagsabgeordneten in einer „Kleinen Anfrage“ an den Innenminister, Klarheit über die Haltung der Regierung zum Arbeitskreis zu verlangen. Das Innenministerium erklärte daraufhin, dass die Mitarbeit von Kommunisten den Arbeitskreis noch nicht als „verfassungsfeindlich“ erscheinen lasse.

Unser Arbeitskreis ist ein Zusammenschluss von Personen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Orientierung, der sich zum Ziel gesetzt hat, das Andenken an die Menschen zu wahren, die als Kriegsgefangene oder Zwangsverschleppte in deutschen Lagern leiden bzw. sterben mussten. In Stukenbrock, einem der größten Lager in Deutschland, wurden 65.000 sowjetische Kriegsgefangene zu Tode gequält und auf dem dortigen Friedhof in 36 Massengräbern verscharrt.

Erst durch die unermüdliche Arbeit von „Blumen für Stukenbrock“ wurden die im dortigen Lager geschehenen Verbrechen über die ostwestfälisch-lippische Region hinaus bekannt.

Inzwischen gibt es Filme und Literatur über das Lager, wie die vom Arbeitskreis herausgegebenen „Stukenbrock-Protokolle“ und Augenzeugenberichte von Überlebenden sowie das im PapyRossa-Verlag erschienene Buch von Carsten Seichter „Nach der Befreiung“, das sehr gut die Nachkriegsgeschichte behandelt. Schließlich ist das Buch von Heinrich Albertz „Blumen für Stukenbrock“ sehr lesenswert. Albertz war mehrere Male unser Gast und uns ein guter Freund.

In der über 50-jährigen Arbeit des Arbeitskreises gibt es zahlreiche Höhepunkte, die im Gedächtnis der Menschen haften geblieben sind.

Das ist einmal die große Solidaritätsaktion für die Überlebenden in der ehemaligen UdSSR, durch die diesen Menschen, die ja jahrzehntelang von einer Entschädigung durch die Bundesrepublik ausgeschlossen waren, durch eine jährliche Spendenaktion geholfen werden konnte.

Da gab es 1989 den Besuch von Raissa Gorbatschowa, Hannelore Kohl und Christina Rau, die auf unsere Einladung hin den Friedhof besuchten.

Schließlich wurde unser Anliegen, eine Dokumentationsstätte im ehemaligen Lager, das heute eine Polizeischule beherbergt, zu schaffen, realisiert. Wir stellten dafür zahlreiche Dokumente zur Verfügung.

Nachdem der damalige Bundespräsident Joachim Gauck 2015 den Friedhof besucht hatte, startete der Landtagspräsident von NRW die Initiative, eine Gedenkstätte von nationaler Bedeutung in Stukenbrock zu schaffen. Von den vorbereitenden Arbeiten wurde ausgerechnet unser

Arbeitskreis aus offensichtlich politischen Gründen ferngehalten. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir hier unseren Beitrag leisten werden. Dafür haben wir eine entsprechende Konzeption vorgelegt.

Auch in diesem Jahr, am 5. September, wird auf dem Sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock im Rahmen einer Mahn- und Gedenkveranstaltung der Befreiung Deutschlands und Europas von Krieg und Faschismus gedacht und im Sinne der Mahnung von Stukenbrock für eine Friedens- und Verständigungspolitik demonstriert werden. (<https://blumen-fuer-stukenbrock.eu/index.php>)

Der Arbeitskreis erhält keine öffentlichen Mittel. Darum ist er auf Spenden angewiesen.

Spendenkonto: Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock e.V. Sparkasse Minden- Lübbecke, IBAN: DE 32 495 0101 0087 000238

Werner Höner, Mitbegründer des Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock

Dokument:

Blumen für Stukenbrock

Mitglieder des Arbeitskreises:

Regina Blomkamp
Lehrerin, Bielefeld
Ulrich Brück
Angestellter, Münster
Günter Danger
Pfarrer, Bremen
Heinrich Diestelmeier
Pastor, Bad Salzuflen

Heiner Erling
Soziologe, Bielefeld
Jürgen Heinrich
Planer, Bielefeld
Eufriede Haug
Buchhalterin, Bielefeld
Helmut Helme
Angestellter, Lemgo

Werner Höner
Doktorater
Porta Westfalica
Ernst Hinz
Angestellter, Düsseldorf
H.-J. Michels
Rechtsanwalt, Essen
Jürgen Möller
Pfarrer, Hiddenhausen

Helmut Netzeband†
Minden
Peter Pahmeyer
Student, Detmold
H.-J. Schwabedissen
Pfarrer, Gladbeck
Helmut Steinkamp
Rechtsanwalt und
Notar, Bielefeld

Korrespondenzadresse:
Werner Höner
Weidenstraße 28
4952 Porta Westfalica
Spendenkonto:
Sparkasse Minden-
Lübbecke Nr. 87 000 238
BLZ 490 501 01

AUFRUF ZUR MAHN- UND GEDENKVERANSTALTUNG AM 4. SEPTEMBER 1982 IN STUKENBROCK/KREIS GÜTERSLOH

Viele Menschen kennen das Gräberfeld von Stukenbrock. In der Zeit von 1941-1945 kamen im damaligen STALAG 326 über 65 000 sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsver-schleppte aus Polen, Frankreich, Italien und Jugoslawien ums Leben. Sie verhungerten, wurden erschlagen oder erschossen. Sie wurden Opfer einer Politik des Völkermordes, des Rassen-mis, der Intelligenz und des Antikommunismus. Im Namen unseres deutschen Volkes wurden dort nicht wieder gut zu machende Verbrechen an sowjetischen Volk und an anderen Völkern verübt.

Was in Stukenbrock geschah, darf sich niemals wiederholen, auch nicht die Verbrechen von Dresden, Hiroshima und Nagasaki.

Immer mehr Menschen erkennen heute die Gefahren für Frieden und Leben, die mit der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen, Marschflugkörper und Neutronenwaffen in unserem Land verbunden sind.

Eindrucksvolle Kundgebungen und Demonstrationen unterstreichen die Bereitschaft weiter Kreise der Bürger unseres Landes, für Frieden, Abrüstung und Sicherheit aktiv zu werden.

Ihre Forderungen sind:

- Keine Stationierung neuer Atomraketen in Europa!
- Moratorium statt Verwirklichung des NATO-Raketenbeschlusses.
- Abbau der vorhandenen Atomwaffenpotentiale in Ost + West!
- konstruktive Schritte zu einem atomwaffenfreien Europa!
- Frieden durch Abrüstung!

Es darf heute nicht zugelassen werden, daß der in den 70er Jahren gemachte Anfang zur Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR und den anderen osteuropäischen Staaten durch eine neue Konfrontationspolitik infrage gestellt wird.

Unsere Sympathie und Solidarität gilt der breiten Friedensbewegung unseres Landes sowie den bestehenden und sich ent-wickelnden Friedensbewegungen aller europäischen Länder und der USA.

In den vergangenen Jahren haben sich Tausende von Bür-gern verschiedener politischer Richtungen und religiöser Be-kenntnisse an den Massengräbern in Stukenbrock zu den For-derungen NIE WIEDER KRIEG und NIE WIEDER FASCHISMUS bekennt.

Heute ist es gerade an dieser Stätte wichtig, die Gemeinsam-keiten breiterer Schichten der Bevölkerung in ihrem Kampf für Frieden und Abrüstung deutlich zu machen.

„und sorget ihr, die ihr noch im Leben seht, daß Friede bleibt, Friede zwischen den Menschen, Friede zwischen den Völkern“

heißt es auf der Gedenktafel des Stukenbrocker Gräberfeldes. Diese Mahnung ist für uns Verpflichtung zum Handeln! Deshalb fordern wir von Bundesregierung und Bundestag eine echte Friedens- und Entspannungspolitik.

Diese erfordert u. a.:

- die Zustimmung zum NATO-Raketenbeschluss von 1979 zu-rückzuziehen, damit ab 1983 keine neuen USA-Mittelstren-kenraketen und Marschflugkörper für einen Atomkrieg sta-tioniert werden dürfen.

den jetzt mit den USA abgeschlossenen Vertrag über die Aufnahme von zusätzlichen sechs Divisionen im Krisen- und Kriegsfall in der Bundesrepublik außer Kraft zu setzen, damit unser Land keine Aufmarschbasis für einen neuen Krieg wird.

sofortiger Stopp der Vorbereitungen für die Raketenstationierung!

Annahme des sowjetischen Moratoriumsangebots. Dies sieht u. a. vor, die vorhandenen Atomwaffenpotentiale einzufrieren bis zu einem Abkommen zwischen Ost und West über eine kontrollierte beiderseitige Abrüstung.

Aktive Fortsetzung der Politik der Entspannung und Aus-söhnung mit den Völkern Osteuropas auf der Grundlage der Ostverträge und der Schlußakte von Helsinki.

Die von der Bundesregierung geforderte Friedenspolitik entspricht nicht nur der selbstverständlichen Verpflichtung, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht, sondern liegt im elementaren nationalen Interesse.

Die Respektierung der nationalen Souveränität eines jeden Volkes ist ein wichtiges Erfordernis einer internationalen Friedenspolitik.

Der Politiker der Entspannung und Verständigung darf nicht eine Periode der Konfrontation folgen, deren Folgen für die gesamte Menschheit unvorstellbar wären.

Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden!

Wir rufen auf zu einem Bekenntnis für Frieden, Abrüstung und Sicherheit am 4. September 1982, anlässlich des Antikriegs-tages an den Massengräbern der 65 000 sowjetischen Kriegs-gefangenen und Zwangsverschleppten aus Polen, Frankreich, Jugoslawien und Italien.

Wir bringen BLUMEN FÜR STUKENBROCK als Zeichen des Willens zur Versöhnung mit allen Völkern.

ZUSTIMMUNGSERKLÄRUNG

Ich unterstütze den Aufruf des Arbeitskreises BLUMEN FÜR STUKENBROCK zum Antikriegstag 1982 und bin mit der Veröffentlichung meiner Unterschrift einverstanden.

Die Funktionsangabe besagt nicht, daß im Namen oder im Auftrag der entsprechenden Organisation oder Institution unterschrieben wurde.

Name _____ Vorname _____
Wohntort _____ Straße _____
Beruf/Funktion _____
Unterschrift _____

(Bitte an die oben genannte Anschrift einsenden)

Dieser Aufruf fand in weiten Kreisen der Öffentlichkeit ein positives Echo und breite Zustimmung. Zu den Unter-schreibern gehören u. a.:

Heinrich Albertin, Pastor, ehem. Reg. Bürgermeister, Berlin-West/Dr. Jupp Anton, Dipl.-Ing., Bielefeld/Ulrike Andrea, Kinderpsychologin, Berlin-West/Dr. Georg Abweiler, Akad. Rat - Personalrat, Nordeifel/Georg von der Ahn, Landwirt, M. 60/Dr. Brunschild Arnold, Bremen/Gert Besten, General a. D., Würzburg/Volkmar Bockhoff, Student, Bochum/Thomas A. de Bover, Betriebssozialist, Dipl.-Ing./Stano-Dietter Boening, Landwirt, Lüneburg/Sepp Bala Westfal, Bochum/Harriet Böhm, Dipl.-Psychologin, Westfalen/Ulrich Brück, Btlgl. des IV der SDJA, Dortmund/Dr. Hans Georg Berghaus, Musiklehrer, Waldheim/Michael Bietz, Elektrofr., Emmetten/Ulrich Bismannkamp, Soziologe, Lübbe/Anselma Bissler, ÖTV-Vertrauensrat, Münster/Erhard Bergner, Päd., a. BfV/Dr. Peter Böhmer, Sozialarbeiter, Detmold/Leonhard Brandt-Koch, Amateurgartenbau, PA 2-Bielefeld, Götterhof/Walter Brennekamp, Rentnerin, Düsseldorf/Dietrich Bogemann, SPD-Stadtrat, Herford/Hilmar Bosenberg, Justiz-OB, Verbandsführl., Lippe/Klaus/Manfred Cappel, M.A.R., Offentlich/Reina Czernak, Praktikantin, OER, Bielefeld/Hilger Catrien, SPD-ÖV, Emsen/Klaus/Beate Cossak, Bez.-Vors. DKP Ruhr-Westl., Essen/Harriet Dreyer, Pastor, Herford/Maria Dresselhaus, Heilpädagogin, Bielefeld/Prof. Dr. Andrea Drees, Hochschullehrerin, Bielefeld/Janoch Drees, Mügl. Betriebschulungswissenschaftler, Bielefeld/Dr. Albrecht Eickboer, Lehrer, Bielefeld/Thomas Erdmann, Musiklehrer u. L., Schulr. Holte-Stukenbrock/Wolfram Elmasi, Hochschullehrer, Bielefeld/Erhard Eickert, Kreisjugendsekretär, städt. SPD, Bielefeld/Heinrich Erdmann, Erdmann-Kreis, Bielefeld/Solida Bielefeld/Börscherich/Norbert Eickert, Justizangew., Münster/Heinrich Eickert, Generalsekretär, VVN/BA, Frankfurt/Prof. Dr. Walter Fabian, Ehrenpräsident der Deutsch-Poln. Gesellschaft, 1. Vors. der Hilfsaktion Vietnam, Köln/Gerald Fangerhut, SED-Vorstand, Bielefeld/Heinrich Fangerhut, Sozialwissenschaftler, Bielefeld/Hans-Jürgen Fiedler, Gewerkschaftssekretär, Bad Salzuflen/Friedensinitiativ Harzewinkel/Christian Göts, Gewerkschafts-sekretär, Düsseldorf/Elke Glöde, Kauffrau, Wuppertal/Ulrich Gussmann, Vors. DKP Paderborn/Günter Gleiting, Kreisvorsitz VVN/BA, Bochum/Agathe Gussmann, Vors. d. Freilichtbühne, SPD-ÖV, Mügl., Paderborn/Sabine Gertrude, Justiz-OB AG Lippe, Bielefeld/Janoch Günter, stellv. UB-Vors./Jano Gührer, Schül. Holte-Stukenbrock/Günter Gührer, Werkstattober, Bielefeld/Jürgen Gührer, Dipl.-Soziologe, Bielefeld/David Halbrot, Mügl. d. Bezirkssport, a. DKP Ruhr-Westl., Hünxter/Ossi Harzmann, Wiss. Angestellter, Eger/Werner Hainz, SPD Stadtrat, Maschinenschlosser, Lübbe/Prof. Dr. Elisabeth Harder-Gersdorf, Hochschullehrerin, Bielefeld/Birgitt Hesse-Göttsch, Frauen in die DW-wir sagen Nein!, Paderborn/Willy Henschel, ehem. Sozialökonom-berichter, Dinslaken/Bernd Heide, Buchhändler, i. B., Melsungen/Wilhelm Hesse, Pastor, Bremen/Wilhelm Heumann, Betriebsrat, Münster/Dr. Ulrike Hinzler-Philipp, Angestellte, Münster/Hans Hermann, Wiss. Mitarb. beim, Bielefeld/A. Hübner/Andreas, Heilpädagogin, Vlotho/Dr. Günther Harmsen, Wiss. Mitarbeiter, Bielefeld/Peter Hübner, Betriebsrat, Münster/Heinrich Hübner, Sozialpädagoge, Minden/George Hübner, Justiz-AG Herford, L. Hübner/Hilmar Hübner, Verlagsmann, Münster/Marion Hübner, Informationsbeauftragte, Paderborn/Martin Hübner, Mügl. PT Lager/Lothar Hübner, Betriebsrat, Bad Salzuflen/Ingrid Hübner, Münster/Ludwig Idek, Carlsfelder, Bielefeld/Ulrich Jostner, KPZ-Mechaniker, Paderborn/Werner Jording, Kreisvors. DKP, Götterhof/Jungentanzleiterin, SPD, Stadtratsobst. Herford/Klaus Jönke, Justiz-Verwaltungswort., Herford/Jungentanzleiter, Betriebsratvorsitzende, OWL, Bielefeld/Prof. Dr. Walter Kneek, Bismarck-Waldfried, stellv. Aufs. Bezirksrat, OWL, Lemgo/Gertrud Koch, Kreisvors. GWW-Paderborn/Birchra Koch-Preiser, Bsp., -Psychologin, Bielefeld/Wilfried Koller, Justiz-OB, Bielefeld/Wilfried Koller, Justiz-OB, Bielefeld/Wolfgang Krause, städt. Kreisvors. Jungfotografen, Bielefeld/Helmut Kroll, Justiz-OB, Bielefeld/Maria Klöpper, Psychiatr. Personalrat, Münster/S. Kämpfer, Vors. des Stadtjugendringes, Lübbe/Balhard Krüger, SED, Paderborn/Alois Krupp, techn. Beamter, DfD, Düsseldorf/Ulrich Kugel, VVN/BA, Paderborn/Heide Kurland, Gewerkschaftssekretärin, L. Eimbeck/Maja Langhoff, Lehrerin, Bielefeld/Gloria Lohmeyer, Friseurin, Spreewald/PT Herford, Vlotho/Hans Langenscheidt, Lehrer, Sprecher 23. Jänner/Peter Ludwig, RHM-VK-Vors., Minden/Klaus Mandard, Bundesvors. DfG/VK, Essen/Peter Marquand, Geschäftsführer des Bielef. Jugendringes, Mügl. d. Bielefelder, SED „Das Pulver“, Bielefeld/Wilma Meinen, Mügl. des Rates der Stadt Lippe, SPD-UB-Vorstand Herford/Thomas Meyer, Arzt, Bielefeld/Dago Meyer, Artist, Bielefeld/Dieter Minnerop, Betriebsrat, Spreewald/Dr. Elvira Minnerop, Dipl. Pädagogin, Münster/Bernd Mohrhoff, ÖTV-Vertrauensmann, Münster/Silke von Mohr, Deutscher Jugendfotografen, Paderborn/Raja Mohr, Betriebsrat, Emsen/Bernd Mörs, Vorsitzender der DKP, Düsseldorf/Alfred Meyer, Bankfachmann-Ausw., PT Paderborn/Elke Nicola, KJL-Vors. der ÖTV, Minden/Rainer Ohsenorg, Dipl.-Psychologe, Bielefeld/Martin G. Oetrich, Schauspieler, Bielefeld/Karl-Friedr. Pöhlmann, Betriebsrat, Lübbe/Rainer Pogorzal, Wiss. Angestellter, Paderborn/Diwo Pötschke, Betriebsrat, Bielefeld/Jana Priewe, Wiss. Assistentin, Bielefeld/Erwin-Wilhelm Rabe, SPD-ÖV Tungen, Heilbrunn/Christiane Rabe, Sozial-pädagogin, Bielefeld/Wilfried Rabe, ÖTV, Münster/Heide Rosen, 2. Lehr., Bielefeld/Peter Rupp, Gruppen-Vors. SDJA, Bad Oeynhausen/Kurt Peter Becke, AStS-Vors. GH, Paderborn/Dr. Josef Rosenthal, Rentner, Dinslaken/Elke Rabe, Stickerin, Paderborn/Wilhelm Rühl, Kreisjugendleiter, Hünxter/Kurt Rosenknecht, Lehrer, Bielefeld/Silke Schaefer, Gertr. Schaefer, Bielefeld/Thomas Schaefer, ÖTV-Vorstand, Bielefeld/Barbara Spitz, Sprecherin der Friedensinitiative OWL, Bielefeld/SDJA, Retiree Ruhr-Westfalen/Hein Bruck, Angestellter, Bielefeld/Käthe Struck, Angestellte, Bielefeld/Reinhold Schulte, Justiz-OB-A. Bielefeld/Verner Strömmer, Bundesvors. SDJA, Dortmund/Maria Schuster, Rentnerin, Bielefeld/Dietrich Schulte, Kreisjugendsekretär, Paderborn/Peter Schmidt, Kreisvors. der DKP Bielefeld/Ingrid Schützinger, Sozialpädagogin, Bielefeld/Christel Schömann, Sozialarbeiterin, Vertriebsbeauftragte, Bielefeld/Jürgen Schöpp, SPD-ÖV, Emsen/Klaus Schöpp, VVN/BA-KV, Münster/Ther. Schöpp, Chemiefabrikarbeiter, Minden/Hilbert Schöpp, DKP-KJL, Herford/Angebot Schöpp, Bielefeld/Beate Schöpp, Sozialpädagogin, Bielefeld/Klaus Sturm, Hochschullehrer, Siegen/Werner Terzani, DRG-Beauftragter, Bielefeld/Dr. Theodor Thielmann, AStS-Mügl., Paderborn/Karl-Friedr. Vogt, Gewerkschaftssekretär, Bielefeld/Gerd Voss, PT-Lager/Janosch Voth, MSB-BÜVO-Mügl., Paderborn/Hilja-Glaser Vogel, Referent für Er-wachsenenbildung, Bielefeld/Inge Weber, Oberin a. D., Kantor/Peter Hartmut Wilke, Dozent, München/Prof. Dr. Jörg Wölschberg, Rentner/Reinhold Wolberg, Sekr. DfG/VK, Bielefeld/H. Guido Wölschberger, Sekretärin, SPD-ÖV, Schül. Holte-Stukenbrock/Wilfried Wozel, Kreisvors. VVN/BA, Minden/Hilger Wenzel, Betriebsrat, Paderborn/Peter Winkler, Betriebsrat, Bielefeld/Ulrich Wisner, Sprecher der Bielefelder Friedensinitiative/Harbert Wisner, Vors. Mügl. ÖTV Bielefeld/Reinhold Witzel, Dipl.-Psych., Bielefeld/Wolfgang Zabel, Hochschullehrer, Wübbelhof

(Die Funktionsangabe dient nur Ihrer Information. Sie besagt nicht, daß im Auftrag der genannten Organisation oder Institution unterschrieben wurde)

Herausgeber: Arbeitskreis BLUMEN FÜR STUKENBROCK, Verantwortlich für den Inhalt: Werner Höner, Weidenstraße 28, Porta Westfalica - Eigenredner

Antikriegstag Stukenbrock

Mahn- und Gedenkveranstaltung

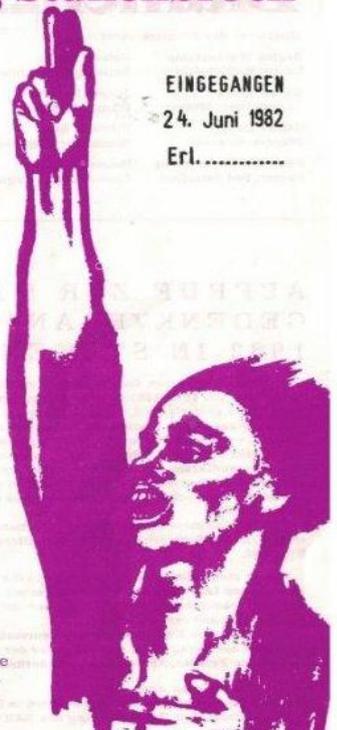
an den Massengräbern der 65 000 sowjetischen Soldaten und Zwangsverschleppten aus mehreren europäischen Ländern in Stukenbrock, Kreis Gütersloh

Sonnabend, 4. September 82

Beginn der Kranzniederlegungen 15 Uhr

Es sprechen Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer Richtungen und religiöser Bekenntnisse unseres Landes sowie Vertreter ausländischer Widerstandsorganisationen gegen den Faschismus.

Frieden · Abrüstung · Entspannung



EINGEGANGEN
24. Juni 1982
Erl.

Ein Autograf von Otto Grotewohl in der RLS-Bibliothek Dresden

In der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Dresden befinden sich, wie dem Förderkreis Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung berichtet¹, zahlreiche Titel aus früheren SED-Bibliotheken. Darunter sind nicht wenige Quellen der Partei- und der grauen Literatur aus der Vor- und Frühgeschichte der DDR². Im Folgenden geht es um eine solche Schrift von Otto Grotewohl mit dem Titel „Deutsche Verfassungspläne“³. Das Besondere daran ist ein mit Bleistift (oder Tintenstift?) notiertes Autograf des Verfassers auf Seite 1, das lautet: „Otto Buchwitz freundschaftlich zugeeignet. Dresden, 26. II. 47. O. Grotewohl“. Die Widmung verweist auf die enge Bekanntschaft von zwei Sozialdemokraten, die als Spitzenpolitiker der SPD in Berlin und Dresden wirkten, entscheidend an der Gründung der SED beteiligt waren und die Einheitspartei zeitlebens verteidigten.⁴ Beide waren auch Ehrenbürger der Stadt Dresden.

Das Buch ist, wenn auch schon etwas vergilbt, gut erhalten. Der Kartoneinband mit seinen gelben und grauen Farben wirkt auf den Betrachter nicht wie eine Agitationsschrift. Leider gibt es darin keine Vermerke oder Stempel, die Rückschlüsse auf die Provenienz unseres Exemplars zulassen. Es hat auch keinerlei Anstreichungen oder Randbemerkungen (etwa von dem beschenkten Otto Buchwitz), sondern erscheint eher unbenutzt. Da es nicht, wie viele andere Bücher unseres Bestandes, den Bibliotheksstempel des SED-Landesvorstandes Sachsen aufweist, ist davon auszugehen, dass es in den 1990er oder 2000er Jahren aus privaten Händen in die Bibliothek kam, wo ihm deren Leiterin den Stempel „Landesvorstand Sachsen der PDS“ und die Inventarnummer 06189 gab.

Im Impressum des Buches ist die Auflagenhöhe des im Dresdner Sachsenverlag herausgegebenen Bandes nicht vermerkt. Es scheint in größerer Stückzahl gedruckt worden zu sein, denn noch heute gehört es in vielen wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland zum Bestand.

¹ Siehe Wilfried Trompelt: Zur 25-jährigen Geschichte einer linken Bibliothek in Dresden. 2016. www.fabgab.de/downloads/dresdnerbibliothekend2.pdf.

² Zur Recherche siehe <http://opac.rls-sachsen.de/>.

³ Otto Grotewohl: Deutsche Verfassungspläne. JHW Dietz Nachf., Berlin 1947, 112 S.

⁴ Zu Otto Grotewohl (1894–1964) siehe Heinz Voßke: Otto Grotewohl. Biographischer Abriß. Dietz, Berlin 1979; zu Otto Buchwitz (1879–1964) siehe Fritz Zimmermann: Otto Buchwitz. Ein Lebensbild. Dietz, Berlin 1984.

In der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek Dresden ist es drei Mal vorhanden. Die Suche im Karlsruher Virtuellen Katalog ergab 18 Treffer, darunter in der Deutschen Nationalbibliothek, wo es sowohl als Druck- wie auch als Online-Ausgabe vorhanden ist.

Otto Grotewohl schrieb diesen Text im Rahmen der Verfassungsdiskussion in der sowjetischen Besatzungszone von 1946/47. Er umfasst 75 Seiten. Auf weiteren 25 Seiten ist der „Entwurf einer Verfassung für die deutsche demokratische Republik“, also der unmittelbare Gegenstand der Debatte, abgedruckt. Die Schrift dürfte eine zentrale Argumentationshilfe für die von der SED geförderte Diskussion über die Ausgestaltung eines neuen gesamtdeutschen Staates gewesen sein. Denn am 14. November 1946 hatte der Parteivortand den von seinem Verfassungsausschuss vorbereiteten Entwurf beschlossen und diesen zwei Tage später auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit unterbreitet. Im Vorwort des Buches schreibt Grotewohl mit Datum vom 11. Januar 1947: „In einem Rundfunkvortrag am 7. Dezember 1946 habe ich aus dem in der öffentlichen Behandlung der Verfassungsfrage hervorgegangenem Material eine Zwischenbilanz gezogen. Die mir im Anschluß an diesen Vortrag zugegangenen zahlreichen Schreiben haben mir Veranlassung zur Herausgabe dieser Schrift gegeben.“⁵

Dieser Rundfunkvortrag wurde offensichtlich unter dem Titel „Erste Zwischenbilanz der Verfassungsdebatte“ mit Datum vom 8. Dezember 1946 im Band 1 der Reden und Aufsätze Otto Grotewohls abgedruckt.⁶ Der Vergleich beider Texte zeigt Ähnlichkeiten in der Gliederung; wegen der unterschiedlichen Länge differieren beide Varianten aber in der Ausführlichkeit der Argumentation. Im Buch gibt es einen Einführungsabschnitt und zwei Kapitel zu historischen Fragen, die im Vortrag fehlen. Ähnlich gesetzt sind die folgenden Schwerpunkte: Stellung des Parlaments, Zentralismus und Föderalismus, Staatsaufbau und Beruf des Politikers. Manche Darlegungen im Buch lassen erahnen, dass es innerhalb der SED, erst recht aber in den Blockparteien CDU und LDP kontroverse Auffassungen zu diesen Fragen gab.

Einige Jahre später wurde im Vorwort einer vom Deutschen Zentralverlag besorgten Ausgabe der DDR-Verfassung auf diese breite Diskussion Bezug genommen: „Bis in das Jahr 1948 wurde dieser Verfas-

⁵ Otto Grotewohl, S. 8.

⁶ Otto Grotewohl: Im Kampf um die eine deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze: Auswahl aus den Jahren 1945–1953. Bd. I, 1945–1949. Berlin 1954, S. 82–91. – Bei der Herausgabe des Sammelwerkes wurde leider auf Fußnoten und Anmerkungen verzichtet, weshalb ein Nachweis für meine Vermutung fehlt.

sungsentwurf von der Bevölkerung, in den Betrieben, im Rundfunk und in der Presse beraten und besprochen. ... Zum ersten Male in seiner Geschichte nahm das deutsche Volk selbst Anteil am Werden seiner eigenen Verfassung.“⁷ Letzteres mag mit dem Blick auf vierzig Jahre der Zweistaatlichkeit Deutschlands übertrieben gewesen sein, da die Verfassungsdiskussion in Westdeutschland kaum eine Chance gehabt hatte. Das persönliche Engagement des Parteivorsitzenden und ersten Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl für einen demokratischen Prozess der Konstituierung eines neuen Deutschlands wird jedenfalls durch seinen autographischen Gruß an Otto Buchwitz unterstrichen.

Es wäre spannend zu wissen, was die beiden sozialdemokratischen Spitzenpolitiker der SED im zweiten Nachkriegswinter bei ihrem Treffen an jenem Mittwoch Ende Februar 1947 in Dresden besprochen haben. Otto Buchwitz war zu der Zeit zusammen mit Wilhelm Koenen (ehemals KPD) paritätischer Landesvorsitzender der SED, Mitglied des Parteivorstands und (nach den Landtagswahlen vom Oktober 1946) zugleich Präsident des Sächsischen Landtages. Vielleicht gibt es in Archiven noch Dokumente, die Elemente eines demokratischen Sozialismus beinhalten, wie sie die Partei Die Linke heute programmatisch brauchen könnte?

Dass Grotewohls „Deutsche Verfassungspläne“ in den letzten Jahren der DDR den Verfassungs- und Staatsrechtlern wichtig blieben, zeigte sich 1984 in einem Konferenzbeitrag von Karl-Heinz Schöneburg, als er aus der Schrift zitierte: „Wir Marxisten aber holen unsere Erkenntnisse nicht aus Offenbarungen und Glaubenssätzen, sondern aus den Lehren der Geschichte.“⁸

Freilich wäre die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR damals gut beraten gewesen, hätte sie Grotewohls Leitsatz selbst konsequenter angewendet.

Wilfried Trompelt

⁷ Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin 1953, S. 5.

⁸ Karl-Heinz Schöneburg: Wesen und Wirken der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949. In: Karl-Heinz Schöneburg/Wolfgang Weichelt/Siegfried Petzold: Unsere Verfassung – Geschichte und Gegenwart. Staatsverlag der DDR, Berlin 1985, S. 5. – Otto Grotewohl, S.71.

Neues aus der Forschung

Ein verschollenes Buch aus Engels' Militaria-Sammlung wiedergefunden: Wilhelm von Willisens „Theorie des großen Krieges. Dritter Theil“

Habent sua fata libelli

I.

In seiner Gesamtschau der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte porträtierte der englische Kulturhistoriker Peter Watson den Textilkaufmann Friedrich Engels zur Überraschung vieler Leser als den „gebildete[n] Mann Europas“. Marx' Tochter Eleanor habe es 1890, als Engels das siebte Lebensjahrzehnt vollendete, auf den Punkt gebracht: „Abgesehen von seiner jugendlichen Frische und Güte sei nichts so bemerkenswert an ihm wie seine Vielseitigkeit. Nichts sei ihm fremd, ob Naturgeschichte, Chemie, Botanik, Physik, Philologie, politische Ökonomie und, nicht zu vergessen, Militärtaktik.“¹ (Letzterer, dies sei vorausgeschickt, soll das besondere Interesse der folgenden Darlegungen gelten.) In Watsons Galerie der „Fünfunddreißig im Ausland unterschätzten deutschsprachige[n] Denker“ steht es schwarz auf weiß: „Den Errungenschaften dieses, gebildetsten Mannes Europas' gebührt eine wesentlich breitere Anerkennung – nicht zuletzt, weil er so erstaunlich weitblickend war.“²

Als Gewährsmann für dieses Plädoyer begegnen wir in Watsons Fußnoten dem Londoner Historiker Tristram Hunt. Dessen fulminante Lebensbeschreibung „The Frock-Coated Communist. The Revolutionary Life of Frederick Engels“³ wurde vor einem Jahrzehnt von der eng-

¹ Peter Watson: Der deutsche Genius. Eine Geistes- und Kulturgeschichte von Bach bis Benedikt XVI. Aus dem Engl. übertr. und bearb. von Yvonne Badal, München 2010, S. 273.

² Ebenda, S. 905.

³ London [u. a.]: Allen Lane an imprint of Penguin Books 2009, XIII, 442 S. III. – Eine von Klaus-Dieter Schmidt besorgte deutsche Übersetzung, auf die sich die geklammerten Seitenangaben im Text beziehen, erschien 2012 im Berliner Verlag Propyläen. Zu den vom Lektorat leider übersehenen Schnitzern gehört die Behauptung, zum Besten von Marx' Ehe und der größeren politischen Sache habe Engels Marx' Sohn erlaubt, seinen Nachnamen anzunehmen. Das ist unsinnig, denn Henry Frederick Demuth trug zeitlebens den Namen der Mutter, in der englischen Erstausgabe heißt es richtig: Christian name.

lischen und amerikanischen Kritik nicht zu Unrecht als Geniestreich des 35jährigen Autors gefeiert.

Hunt entfaltet die Biographie des rebellischen Fabrikantensohnes vor dem farbenprächtigen Panorama des Viktorianischen Zeitalters mit psychologischem Einfühlungsvermögen. Der Autor schöpft aus einem nur noch schwer überschaubaren Quellenfundus, argumentiert klug und ausgewogen. Meilen weit davon entfernt, in Adoration zu erstarren, nähert er sich seinem Helden mit kritischer Sympathie und heiterer Ironie. Engels, Marx und viele Zeitgenossen kommen in einer Weise zu Wort, die Authentizität stiftet, Lesevergnügen und Erkenntnisgewinn bereitet. In Hunts Erzählperspektive tritt Engels aus Marx' Schatten heraus, werden Leben und Werk neu vermessen. Wie die meisten Menschen, so war auch Engels ein Mann voller Widersprüche und keineswegs der eineiige Marx-Zwilling der marxistisch-leninistische Orthodoxie.

Vom väterlichen Firmenprinzipal zum Kaufmannsberuf bestimmt, begehrt er gegen das calvinistisch-pietistische Milieu des Elternhauses auf und macht sich ohne Abitur und Universitätsexamen als Publizist (und später sogar Verfasser gelehrter Werke) einen Namen. Während des Militärdienstes als Artillerist in Berlin wird er Junghegelianer, und schon bald eilt ihm der Ruf eines kommenden Stars der radikalen Bewegung voraus. Abstrahieren wir von der 1844 in Paris besiegelten Freundschaft mit Marx, so hat Engels, wie Hunt eindringlich darlegen kann, kein anderes Ereignis so sehr geprägt wie das Schockerlebnis Manchester. „Cottonpolis“ galt europaweit als Inkarnation aller Schrecken der Moderne, als furchtbare Verkörperung der grauenerregenden Umwälzungen des Dampfzeitalters. Die Gegensätze zwischen unvorstellbarem Elend und Reichtum verwandelten es in einen exemplarischen Untersuchungsgegenstand für all jene, die, wie unser Held, oder Alexis de Tocqueville, das Wesen der Industrialisierung ergründen wollten. Vieles von dem, was wir über das viktorianische Manchester zu wissen glauben, stammt, so Biograf Hunt, in Wirklichkeit aus Engels' Feder. Und im 20. Jahrhundert sollte seine mit nur 24 Jahren verfasste Studie „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ zum Handbuch über die Schrecken, die Ausbeutung und den Klassenkonflikt im sich urbanisierenden Großbritannien werden. In einem solchen Kontext hat sie auch Papst Benedikt XVI. in der Weihnachtsenzyklika „Spe salvi“ (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 179, 30. November 2008) ausdrücklich gewürdigt. Als leitender Mitarbeiter und Teilhaber eines Baumwollunternehmens,

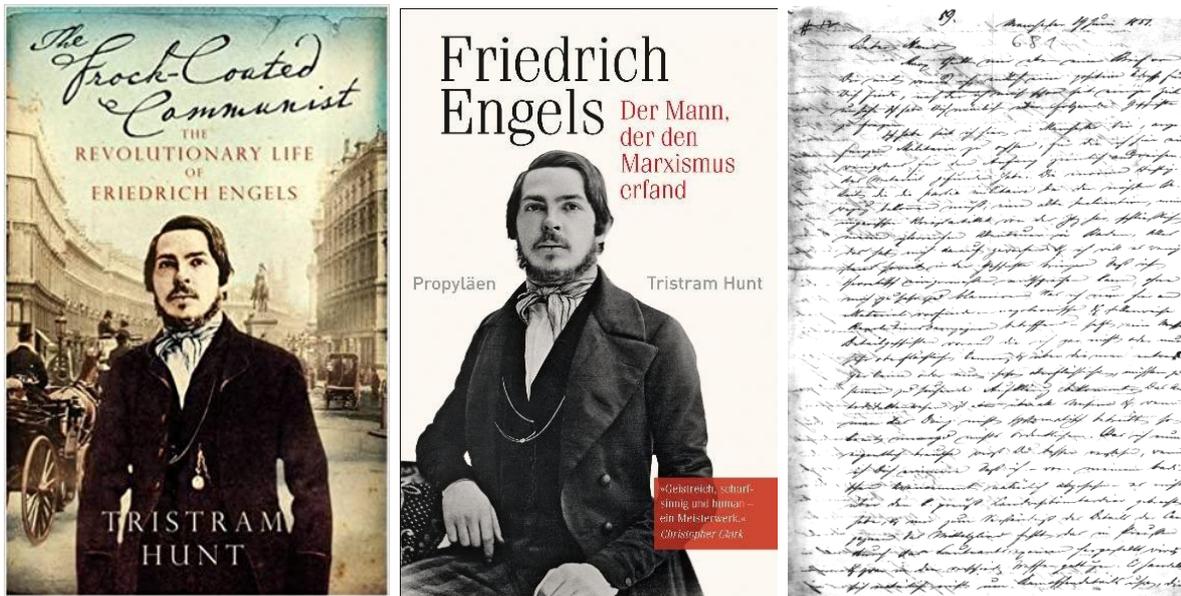
der täglich mit der Wertschöpfungskette des Welthandels konfrontiert war, kannte Engels, wie Hunt eindringlich schildert, die Funktionsweise des globalen Kapitalismus. Und noch wichtiger ist der ausdrückliche Hinweis des Autors, dass es Engels' Erfahrungen auf diesem Gebiet waren, die Marx zwischen den Buchdeckeln des „Kapitals“ diskutiert.

In Manchester findet der Frauenheld Engels auch die erste große Liebe seines Lebens – Mary Burns. Ohne sie und ihre Schwester Lydia, die er vor ihrem Tode ehelichte, wäre ihm die Lebenswelt des englischen Proletariats vielleicht ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Fortan führt Engels ein an Stevensons berühmte Novelle gemahnendes Doppelleben, nämlich „tagsüber als Dr. Jekyll, der angesehene Baumwollkaufmann, und nachts als Mr. Hyde, der revolutionäre Sozialist“ (S. 272). Wie verwirrend und psychologisch belastend solch eine aufreibende, ständig zwischen zwei Welten wandelnde Lebensweise ist, liegt auf der Hand. Hinzu kommt „die unangenehme Wahrheit [...], dass Engels' Einkommen direkt aus der Ausbeutung des Proletariats von Manchester herrührte. Die gleichen Missstände, die er und Marx so detailliert beschrieben und beklagt hatten, bildeten die Grundlage ihres Lebensstils und Philosophierens“ (S. 257) – ein politischer Widerspruch, der Engels allerdings stärker als Marx belastet hat. Später vertrat Engels die Meinung, man könne „ganz gut selbst Börsianer und zur gleichen Zeit Sozialist sein und deshalb die *Klasse* der Börsianer hassen und verachten“⁴.

Engels stand nicht nur an der Wiege der proletarischen Emanzipationsbewegung, er hat auch dazu beigetragen, den theoretischen – Hunt meint: ideologischen – „Kanon seines Freundes zu systematisieren und in eine populäre, kodifizierte Lehre zu übersetzen“. Eine der folgenreichsten Pointen des Autors lautet deshalb: „Es trifft sicherlich zu, dass Engels, einer der gebildetsten Männer seiner Zeit, von den wissenschaftlichen Fortschritten des 19. Jahrhunderts fasziniert war und sich gemeinsam mit Marx bemühte, ihren Sozialismus in dieser Epoche wissenschaftlicher Umwälzungen zu verorten.“ (S. 372.) Da er dies „in Marx' Namen und mit Marx' Segen (tat)“, mutet der deutsche Buchtitel im Vergleich mit dem elegant-witzigen Pendant der englischen Erstaus-

⁴ Engels an Eduard Bernstein, 27. Februar – 1. März 1883. In: MEW, Bd. 35, S. 444: „Wird es mir je einfallen, mich zu entschuldigen dafür, daß ich auch einmal Associé in einer Fabrik gewesen bin? Der sollte schön ankommen, der mir das vorwerfen wollte. Und wenn ich sicher wäre, an der Börse morgen eine Million profitieren zu können und damit der Partei in Europa und Amerika Mittel in großem Maß zur Verfügung zu stellen, ich ging sofort an die Börse.“

gabe unangemessen, ja bieder didaktisch an. (Vergleiche die Abbildungen 1 und 2.)



Abbildungen 1–3: Für die Buchumschläge von Tristram Hunts Biographie wurde das Halbporträt von Friedrich Engels verwendet, das ein unbekannter Fotograf Mitte der 1840er Jahre aufgenommen hatte. Bei dem daneben abgebildeten Faksimile handelt es sich um die erste Seite von Engels' Brief an Joseph Weydemeyer vom 19. Juni 1851 (MEGA III/4, S. [133].)

Sei es wie es sei, Engels hinterließ nicht nur ein bedeutendes politisches und wissenschaftliches Werk, sondern auch ein stattliches Aktienpaket und, dies sei hinzugefügt, eine beachtliche Militaria-Sammlung, von der nun die Rede sein soll.

II.

Als gedienter preußischer Gardeartillerist hatte sich Engels während der 1850er Jahre zu einem anerkannten militärwissenschaftlichen Kommentator und Fachpublizisten herangebildet.⁵ Ging es zunächst vielleicht auch ein wenig darum, einigen emigrierten Achtundvierzigern mit Leutnantenspatent Paroli zu bieten, so wurde Engels' autodidaktisches

⁵ Erstaunlicherweise war man sich darüber in Ost und West weitestgehend einig. Siehe Jehuda L. Wallach: Die Kriegslehre von Friedrich Engels, Frankfurt am Main 1968; Werner Hahlweg: Militärwissenschaft, Militärtheorie und Militärgeschichte bei Marx und Engels. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Wien 1973, H. 6, S. 454 bis 458; A. I. Babin: Die Herausbildung und Entwicklung der militärtheoretischen Ansichten von Friedrich Engels, Berlin 1978; und Herfried Münkler: Der gesellschaftliche Fortschritt und die Rolle der Gewalt. Friedrich Engels als Theoretiker des Krieges. In: Marxismus. Versuch einer Bilanz. Hrsg. von Volker Gerhardt, Magdeburg 2001, S. 165–191. – Seine Militärzeit beendete Engels als Bombardier, also im Unteroffiziersrang; ihn, wie Hunt, als Artillerie-Offizier zu titulieren (S. 78), kollidiert mit den Tatsachen und der vom englischen Autor zitierten Briefpassage: „Du siehst, was ich für ein Mordskerl bin, außerdem werd ich jetzt bald Bombardier, das ist so eine Art Unterofficier“. (Engels An Marie Engels, 5.–6. Januar 1842. In: MEGA III/1, Berlin 1975, S. 227 (MEW, Bd. 41, S. 492).)

„Fachstudium in militaribus“⁶ bald nur noch von beharrlicher Neigung zur Sache geleitet. Eine seltene Begabung für situative Analysen paarte sich mit strategischem Urteilsvermögen. Für diese Studien sammelte Engels militärwissenschaftliche und kriegsgeschichtliche Literatur.

Aufschlussreiche Informationen dazu, wie und mit wessen Hilfe der Grundstock für diese Spezialbibliothek⁷ zustande kam, liefert die Korrespondenz mit Joseph Weydemeyer, dem ehemaligen Leutnant der preußischen Artillerie, der 1846 in Brüssel bei der Erstellung der Druckvorlagen zur „Deutschen Ideologie“ geholfen hatte: „Ich habe seit ich hier in Manchester bin, angefangen Militaria zu ochen“, berichtete Engels dem Freund, der bald darauf in die USA auswandern und während des Bürgerkriegs als Colonel im Dienste der Unionsarmee reüssieren sollte, am 19. Juni 1851, um fortzufahren: „Die enorme Wichtigkeit, die die partie militaire bei der nächsten Bewegung bekommen muß, eine alte Inclination, meine ungarischen Kriegsartikel von der [Neuen Rheinischen] Ztg. her, schließlich meine glorreichen Abenteuer in Baden, Alles das hat mich darauf geworfen und ich will es wenigstens soweit in der Geschichte bringen daß ich theoretisch einigermaßen mitsprechen kann ohne mich zu sehr zu blamiren.“⁸ Das Autodidaktenwesen, soviel stand für Engels fest, sei überall Unsinn, und wenn man das Ding nicht systematisch betreibe, so komme man zu nichts Ordentlichem. Was er nun eigentlich brauche, werde der Freund besser verstehen, wenn er ihn daran erinnere, „daß ich – von meinem badischen Avancement natürlich abgesehn – es nicht über den königlich preußischen Landwehrebombardier gebracht habe, und mir zum Verständniß des Details der Campagnen das Mittelglied fehlt, das in Preußen durch das Leutnantsexamen hergestellt wird, und zwar in den verschiedenen Waffengattungen.“ Es verstehe sich, gab Engels dem sachverständigen Freund nochmals zu bedenken, „daß es mir auf die Kenntniß des Praktischen,

⁶ Marx an Lassalle, 25. März 1859. In: MEGA III/9, Berlin 2003, S. 322 (MEW, Bd. 29, S. 580): „Engels hat, seit er sich an der badischen Campagne beteiligt, aus den Militaribus sein Fachstudium gemacht. Dabei schreibt er, wie Du weißt, ausserordentlich plausibel.“

⁷ Mit seinem verehrten Kollegen Hans-Peter Harstick hat der Autor versucht, die Entstehung und Überlieferung von Engels' Militaria-Sammlung in der Einführung zu MEGA IV/32 (Die Bibliotheken von Karl Marx und Friedrich Engels. Annotiertes Verzeichnis des ermittelten Bestandes), Berlin 1999, insbesondere S. 48–73, ausführlicher zu beschreiben. Die vorliegenden Darlegungen gründen auf diesen Untersuchungsergebnissen.

⁸ MEGA III/4, Berlin 1984, S. 132 (MEW, Bd. 27, S. 553). Siehe auch Abbildung 3. – Zur Biographie siehe Karl Obermann: Josef Weydemeyer. Ein Lebensbild 1818–1866, Berlin 1968; zu dessen Mitarbeit an der „Deutschen Ideologie“ MEGA I/5, Berlin 2018, insbesondere S. 605–610, 749–751, 754, 758 und 765–774.

wirklich Existirenden ankommt, nicht auf die Systeme oder Schrullen verkannter Genies“.⁹

Wir wissen leider nicht, wann und wie Weydemeyer auf Engels' Hilfeersuchen antwortete, kennen aber den Brief vom 7. August 1851. Darin kam Engels nochmals auf sein Anliegen zurück: „Ich sollte übrigens meinen Dir müßten doch noch die Titel einiger Leitfäden und sonstigen Militärschulbücher von früher her im Gedächtniß sein, was ich besonders brauche ist grade das Allerplattste und Ordinärste, was im Fähndrichs- und Leutnantsexamen gefordert wird, und was eben deßwegen überall als bekannt vorausgesetzt wird.“¹⁰

Weydemeyer empfahl daraufhin weitere Handbücher, die Engels über Mittelsmänner bei der Hermannschen Buchhandlung in Frankfurt am Main und dem Kölner Antiquar Hemmerich ordern liess. Wann die Lieferung aus Frankfurt in Manchester eintraf, können wir einer Nachricht für den Freund in London entnehmen: „Ich habe endlich meine kriegswissenschaftlichen Sachen aus Deutschland erhalten“¹¹, heißt es am 7. Mai 1852. Welche Titel diese Buchsendung enthielt, erfahren wir aus der Rechnungskopie der Hermannschen Buchhandlung, die Mittelsmann Hermann Ebner seinem Schreiben vom 1. März 1852 beigelegt hatte.¹² Auf beide Schreiben werden wir noch zurückkommen.

Die Lieferung aus Köln ließ indeß noch auf sich warten. Erst am 15. Juli 1852 konnte Engels frohlocken: „Die mir von Naut besorgten Militaria – offenbar die Bibliothek eines abgedankten Artillerieoffiziers – kommen mir sehr gelegen und zwar besonders weil sie sich hauptsächlich auf die *niedere* Militärwissenschaft beziehen, den eigentlichen Dienst usw. [...] Ich werde bald soweit sein daß ich auch vor dem Publikum riskiren darf ein independentes militärisches Urtheil zu haben. [...] Laß mich nur noch ein Jahr Militaria ochen und die demokratischen Lieutenants sollen sich doch höllisch wundern.“¹³

Binnen Jahresfrist, so kann an dieser Stelle resümiert werden, war damit der Grundstock für eine militärwissenschaftliche Fachbibliothek gelegt worden. Deren Bestand hat der „General“ – die spätere Vorher-

⁹ MEGA III/4, S. 132 und 135 (MEW, Bd. 27, S. 553 und 554).

¹⁰ MEGA III/4, S. 167 (MEW, Bd. 27, S. 568).

¹¹ MEGA III/5, Berlin 1987, S. 118 (MEW, Bd. 28, S. 71).

¹² MEGA III/5, S. 287.

¹³ Ebenda, S. 149 (91). Siehe auch Stephan Adolf Naut an Engels, 9. Juli 1852 (MEGA III/5, S. 437) und Engels an Joseph Weydemeyer, 12. April 1853: „In Köln habe ich mir die Bibliothek eines abgedankten preußischen Artillerieoffiziers für wenig Geld angeschnallt und mich für eine Zeit wieder ganz Bombardier gefühlt“. (MEGA III/6, Berlin 1987, S. 148 (MEW, Bd. 28, S. 576).

sage der Schlacht bei Sedan sollte Engels seitens Marx' ältester Tochter Jenny diesen Nickname eintragen¹⁴ – in den folgenden Jahrzehnten beträchtlich erweitert und bereichert. Bis zu seinem Tod wuchs er auf mehr als 150 Titel an.

Im Testament vom 29. Juli 1893 verfügte Engels über seine Bücher und die ihm nach Marx' Tod von den Töchtern übergebenen Bände aus des Freundes Bibliothek „zugunsten der deutschen Partei“. Gegenüber Laura Lafargue und Eleanor Marx-Aveling begründete er seine Entscheidung mit folgenden Argumenten: „Diese Bücher stellen in ihrer Gesamtheit eine so einzigartige und zugleich so vollständige Bibliothek für die Geschichte und das Studium des modernen Sozialismus sowie aller Wissenschaften, an die er anknüpft, dar, daß es schade wäre, sie wieder auseinanderzureißen. Sie zusammenzuhalten und gleichzeitig denen zur Verfügung zu stellen, die sie benutzen möchten, ist ein schon vor langer Zeit geäußelter Wunsch Bebels und anderer Führer der deutschen Sozialistischen Partei; und da sie tatsächlich die zu diesem Zweck Geeignetsten scheinen, habe ich eingewilligt.“¹⁵

Bereits im Oktober 1895, zweieinhalb Monate nach Engels' Tod, meldete das Zentralorgan der SPD Vollzug: „Die reichhaltige Bibliothek ist im Auftrage der Erben an das Parteibüreau adressiert worden und vor einigen Tagen, in 27 Kisten verpackt, auf dem hiesigen Zollamt angelangt.“¹⁶

Wie sich zeigen sollte, waren die Erben mit dem Vermächtnis allerdings überfordert. Es gelang nicht, die ex libris Marx und Engels als gesonderten Bestand zusammenzuhalten. Stattdessen wurden sie wie gewöhnliche Zugänge behandelt, auseinandergerissen und nach Sachgesichtspunkten in den bereits vorhandenen Bestand eingegliedert. Seither trugen sie nicht nur Provenienz-Stempel und einschlägige Signaturen der Bibliothek der Sozialdemokratischen Partei, sondern teilten auch deren wechselvolles Schicksal. Da offenbar kein Inhaltsverzeichnis jener 27 Bücherkisten angefertigt wurde, geriet die Provenienz ex libris Marx und Engels zudem allmählich in Vergessenheit.

¹⁴ Siehe Mohr und General. Erinnerungen an Marx und Engels, 3. Aufl, Berlin 1970, S. 452, 465 und 489.

¹⁵ Engels an Laura Lafargue und Eleanor Marx-Aveling, 14. November 1894. In: MEW, Bd. 39, S. 318. – Siehe auch Engels' Testament vom 29. Juli 1893, ebenda, S. 506: „Ich vermache alle Bücher, die zum Zeitpunkt meines Todes in meinem Besitz sind oder meiner Verfügung unterstehen und alle meine Urheberrechte den genannten August Bebel und Paul Singer.“

¹⁶ Das Vermächtnis von Friedrich Engels an die deutsche Sozialdemokratie. In: Vorwärts, Berlin, Nr. 246, 20. Oktober 1895 (Parteinachrichten).

Nachdem Reichsinnenminister Frick die SPD am 22. Juni 1933 als „volks- und staatsfeindliche Organisation“ verboten hatte, wurde deren Bibliothek dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem zugewiesen. Da auch die Berliner Staatsbibliothek und weitere Einrichtungen ihre Bestände aus dem konfiszierten sozialdemokratischen Buchbesitz ergänzten, war die weitere Zersplitterung unabwendbar, kriegsbedingte Evakuierungen und Verluste taten ein Übriges.

Und so gleicht es fast einem Wunder, dass es einer internationalen Forschergemeinschaft im Kontext der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) in jahrzehntelanger Recherche gelang, die Privatbibliotheken von Marx und Engels zu rekonstruieren und 1999 ein Annotiertes Verzeichnis des ermittelten Bestandes als Band IV/32 vorzulegen. Es umfasst 1450 wiedergefundene und identifizierte Titel in etwa 2100 Bänden, darunter 143 Werke mit dem Provenienzvermerk „Bibliothek Engels. Militariasammlung“.

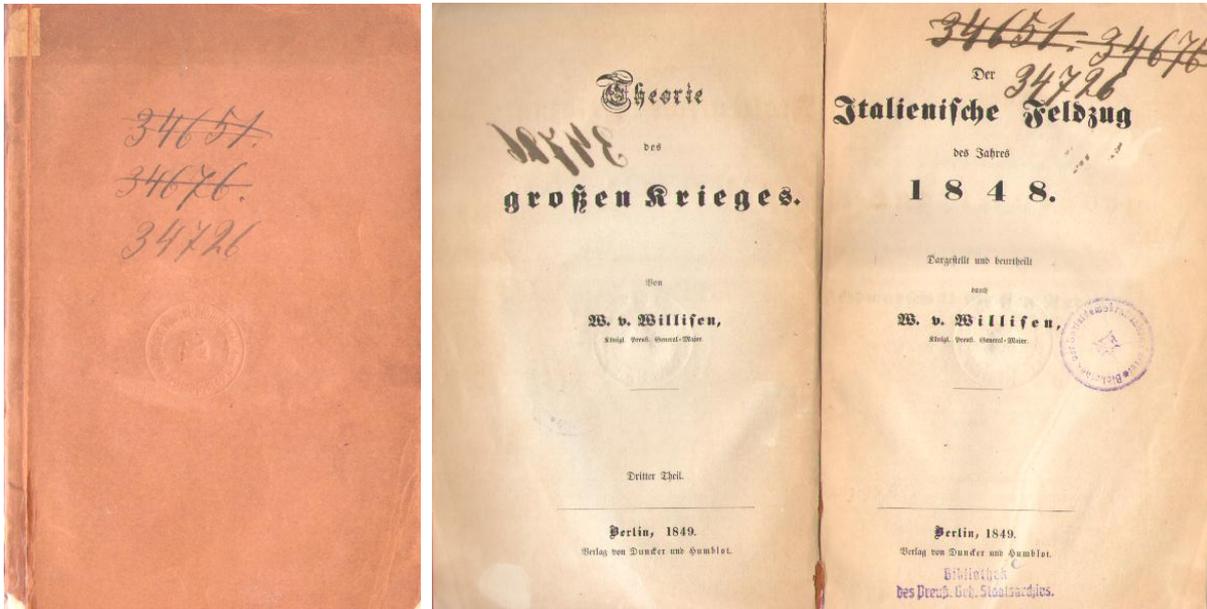
III.

Der Autor berichtete bereits bei anderer Gelegenheit darüber, auf welche Weise ein ungezeichneter Leitartikel aus der „New-York Daily Tribune“ als Essay aus Engels’ Feder identifiziert werden konnte.¹⁷ Ähnliches Finderglück war im Spiele, als ein bislang verschollenes Buch aus Engels’ Militaria-Sammlung wiederaufgefunden wurde. Dabei handelt es sich um „Der Italienische Feldzug aus dem Jahre 1848. Dargestellt und beurtheilt durch W. v. Willisen, Königl. Preuß. General-Major“. Der Autor hatte die als Zeitzeuge verfasste, auf eigener Beobachtung beruhende Darstellung 1849 bei Duncker und Humblot in Berlin als dritten Teil seiner „Theorie des großen Krieges“ veröffentlicht.

Zur größten Überraschung des neuen Besitzers entpuppte sich ein mit glücklicher Hand im Antiquariatsbuchhandel erworbenes Exemplar des Werkes als bislang verschollen gegoltenes Buch aus Engels’ Militaria-Sammlung. Für die Provenienz sprechen folgende Beweggründe: Die bereits erwähnte Rechnungskopie der Hermannschen Buchhandlung, die Ebner am 1. März 1852 seinem Schreiben an Engels beigelegt hatte, vermerkt unter den Engels gelieferten Titeln als Rechnungsposten zum Preis von neun Florin: „Willllisen, Theorie des großen Krieges 3

¹⁷ Siehe Manfred Neuhaus: Schiffe und Festungen – Friedrich Engels als Militärtheoretiker. In: Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden. Rückblicke und Erlebnisse von Marx-Engels-Forschern und Historikern der Arbeiterbewegung. Kolloquium anlässlich des 75. Geburtstages von Prof. Dr. Heinrich Gemkow am 23. Juni 2003 in Berlin, Teil I, Berlin 2003, S. 40–46.

Bde“¹⁸. Im Annotierten Verzeichnis der Bibliotheken von Marx und Engels sind die ersten beiden Teile des Werkes – darin schildert Willisen den russisch-polnischen Feldzug des Jahres 1831 – als wiederaufgefundene Titel aus dem Besitz von Engels erfasst, während der dritte Teil zum Zeitpunkt der Drucklegung des MEGA-Bandes IV/32 noch als verschollen galt.¹⁹



Abbildungen 4–6: Umschlag und Titel des wiedergefundenen Exemplars aus Engels' Militaria-Sammlung mit rundem (Präge)stempel „Bibliothek der Sozialdemokratischen Partei“ und SPD-Bibliothekssignatur 34726

Dass es sich bei dem wiederaufgefundenen Buch tatsächlich um das Handexemplar aus Engels' Militaria-Sammlung handelt, bezeugen die bereits erwähnten, für ex libris Marx und Engels charakteristischen runden Provenienzstempel „Bibliothek der Sozialdemokratischen Partei“. Während beide Umschlagseiten damit geprägt sind, befinden sich auf Vorsatz, Haupttitel und den Seiten 31, 73, 109, 157, 217 und 285 gut lesbare lilafarbige Stempelaufdrucke. (Siehe die Abbildungen 4–6.) Dem aufmerksamen Betrachter der Abbildung 6 wird nicht entgehen, dass sich unter dem Erscheinungsvermerk auf dem Haupttitel ein aufschlussreicher weiterer, lilafarbener Provenienzstempel, nämlich „Bibliothek des Preuß. Geh. Staatsarchivs“ befindet. Dieser Stempel und die Signatur „6 W 41“ auf dem unteren Buchrücken sind Indizien dafür, dass dieser Band, wie bereits erwähnt, mit dem Gros der SPD-Bibliothek nach 1933

¹⁸ MEGA III/5, S. 287.

¹⁹ Siehe MEGA IV/32, S. 684, Nr. 1424, und S. 49, Fortsetzung Fußnote 102, und [Inge Werchan]: Verzeichnis von verschollenen Büchern aus den Bibliotheken von Marx und Engels, Berlin 1981, S. 210, Nr. 888 Willisen, W[ilhelm] v[on]: Der italienische Feldzug des Jahres 1848. – [Berlin 1849. = Willisen: Theorie des großen Krieges. Th. 3] 34726. – Das Annotierte Verzeichnis ... verzeichnet noch zwei weitere wiederaufgefundene Werke dieses Autors. (Siehe MEGA IV 32, S. 683, Nr. 1423, und S. 684, Nr. 1425.)

ins Geheime Preußische Staatsarchiv verbracht wurde. Wahrscheinlich gelangte er, als ungebundene Dublette ausgesondert, später von dort in den Antiquariatsbuchhandel. Neben diesen Provenienzstempeln gilt die fünfstellige Signatur der SPD-Bibliothek „34726“ als untrügliches Zeugnis dafür, dass es sich bei dem von Autor antiquarisch erworbenen Werk um ein Handbuch aus Engels' persönlichem Besitz handelt. Besonderes Interesse verdienen die stummen Marginalien in Willisens als Anhang beigegebenem Aufsatz „Ueber die Befestigung von Paris“. Die auf den Seiten 275, 276, 285, 286, 288, 291, 292, 293, 294, 296 und 298 mit Bleistift vorgenommenen An- und Unterstreichungen markieren strategische Überlegungen und stammen mit hoher Wahrscheinlichkeit von Engels, der in vergleichbaren Kontexten ähnliche Argumente verwendete.

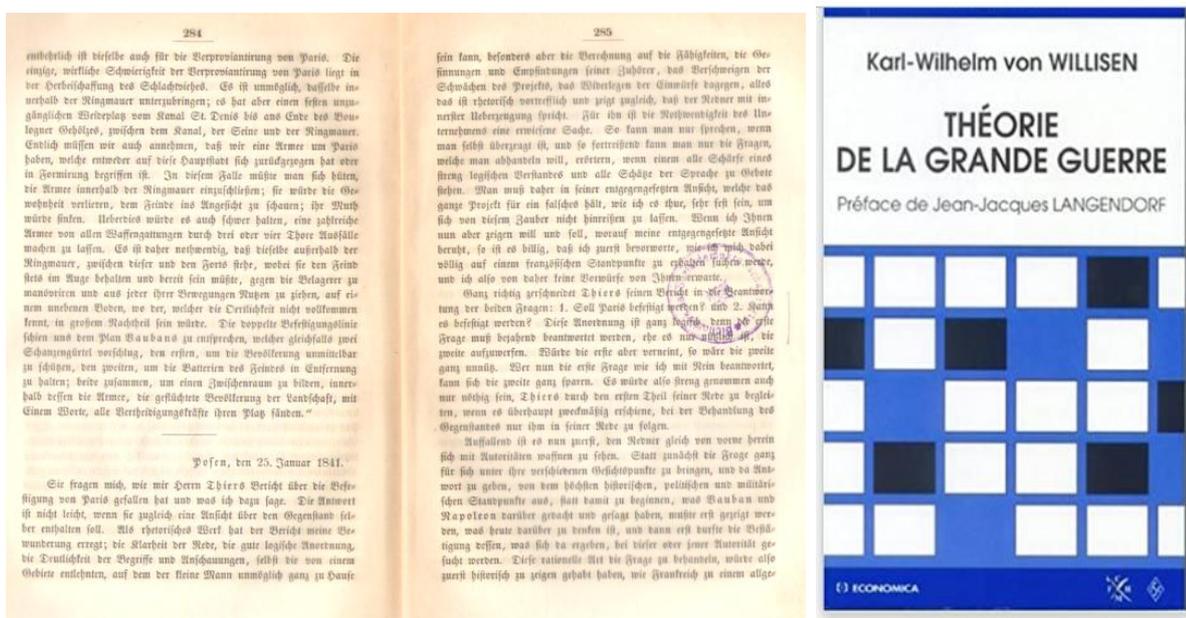
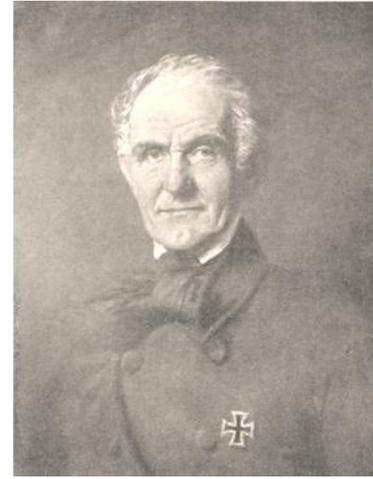


Abbildung 7–9: Buchseiten des wiedergefundenen Exemplars aus Engels' Militaria-Sammlung mit Bibliotheksstempel „Bibliothek der Sozialdemokratischen Partei“ und stummen Marginalien, vermutlich von Engels' Hand, und Umschlag einer französischen Neuauflage, Paris 2004.

Weitere Anhaltspunkte liefert auch hier die Korrespondenz: Als Engels dem Freunde Weydemeyer die Pläne für sein „Fachstudium in militariibus“ skizzierte, war das Werk des preußischen Generals für ihn noch ein Buch mit sieben Siegeln: „Von deutschen Sachen hab ich nichts, doch muß ich mir Einiges besorgen; ich denke zunächst Willisen und Clausewitz. Was ist an den Zweien, und was ist der Mühe werth und was nicht? sowohl theoretisch wie historisch“.²⁰ Bemerkenswert ist, dass Engels hier Willisen in einem Atemzug mit Carl von Clausewitz (1780–1831) nennt.

²⁰ Engels an Weydemeyer, 19. Juni 1851. In: MEGA III/4, S. 135 (MEW, Bd. 27, S. 555).



Abbildungen 10–12: Karl Wilhelm Freiherr von Willisen, 1847 (Wikipedia); als Oberbefehlshaber des schleswig-holsteinischen Heeres, 1850 (Illustrierte Zeitung, Leipzig, Neue Folge, Bd. III (XV), Nr. 377, 21. September 1850, S. [177]), und um 1870 (Wikipedia)

Der heute nahezu vergessene Karl Wilhelm von Willisen (1790 bis 1879)²¹ galt vielen Zeitgenossen als Fixstern am Firmament der Kriegskunst. Er war einer der bekanntesten, einflussreichsten und als vermeintlicher Antipode von Clausewitz zugleich umstrittensten Militärtheoretiker seiner Zeit. Weitaus weniger Erfolg als seiner Theorie war Willisens Militärpraxis beschieden. Seine liberale politische Neigung war der Kamarilla ein Dorn im Auge, fehlendes Feldherrengeschick und das augenscheinlich demonstrierte Unvermögen, ein Heer auf dem Schlachtfeld zu führen, besiegelten das vorzeitige Ende einer hoffnungsvoll begonnenen militärischen Karriere. Der sechzehnjährige Sohn des adligen Staßfurter Stadtoberhaupts hatte die Schlacht bei Auerstedt schwer verwundet überlebt und in den Matrikeln der Universität Halle bereits Spuren hinterlassen, bevor er sich dem Schillschen Freikorps anschloss und später unter Habsburgs Banner in Italien und Tirol focht.²²

Wieder in preußischen Diensten, avancierte Willisen während der Befreiungskriege zum Generalstabsoffizier. Unter Blüchers Kommando waren Scharnhorst, Gneisenau, Boyen, Grolmann, Clausewitz und Müffling seine Lehrmeister. Später wurde er zum Großen Generalstab komman-

²¹ Da eine moderne Biografie zu den Desiderata der militärgeschichtlichen Literatur zählt, sind wir einstweilen auf die Eckdaten der zeitgenössischen Lexikographie (siehe vor allem „Männer der Zeit. Biographisches Lexikon“, Erste Serie, Leipzig 1860, Sp. 463–466) und die holzschnittartige Darstellung in Kurt von Priesdorffs „Die preußischen Generale vom Regierungsantritt König Friedrich Wilhelms IV. bis zum Jahre 1858“, Hamburg [1936], S. 82 bis 87, angewiesen. Wichtige Informationen liefert allerdings auch das einschlägige Wikipedia-Lemmata.

²² Um einen Eindruck von seiner facettenreichen Persönlichkeit zu gewinnen, sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Willisen als junger Leutnant Beethoven 1812 auf einer Reise nach Prag begleitete. (Siehe Klaus Martin Kopitz: Antonie Brentano in Wien (1809–1812). Neue Quellen zur Problematik „Unsterbliche Geliebte“. In: Bonner Beethoven-Studien, Bd. 2, 2001, S. 115–145, hier S. 136 f.)

diert und als Lehrer an die Berliner Kriegsschule berufen, der Clausewitz bis zu seinem Tode im Jahre 1831 als Direktor vorstand.

Der vielgereiste Willisen war mit dem Dichter und Weltumsegler Adalbert von Chamisso, aber auch mit Alexander von der Marwitz, und seit Hallenser Studientagen mit dem norwegisch-deutschen Philosophen Henrich Steffens befreundet. Im Salon der Rahel allezeit ein willkommener Gast, blieb er auch nach deren Tod ein intimer Gesprächspartner Varnhagen von Enses.²³

Während Marie von Clausewitz das hinterlassene Werk ihres verstorbenen Mannes unter dem Titel „Vom Kriege“ veröffentlichte, verzichtete Willisen auf derartig stilsicheres Understatement und empfahl sich dem Publikum stattdessen von vornherein mit einer „Theorie des großen Krieges“. Das Opus magnum, dem Veröffentlichungen im „Militärischen Wochenblatt“ vorausgegangen waren, gründete auf der Vorlesungstätigkeit an der Kriegsschule. Willisen entfaltete ein neuartiges System der Kriegführung, das die Verbindungen des Gegners in den Fokus rückt. Als die verwundbarsten Teile eines Heeres sollten fortan dessen Rücken und Flanken gelten. Sei es unmöglich den Gegner frontal anzugreifen und zu schlagen, müsse gegen seine Verbindungslinien operiert werden. Diese Grundsätze exemplifizierte Willisen am Beispiel des russisch-polnischen Krieges von 1830/1831. Sein Werk fand großen Widerhall und traf auf entschiedene Kritik. Es überschattete zunächst die Clausewitz-Rezeption.²⁴

Im Revolutionsjahr 1848 vom Märzministerium mit der politisch heiklen Mission eines königlichen Kommissars für die Reorganisation des Großherzogtums Posen betraut, geriet der liberale General zwischen die Fronten: Willisen kam „den Polen, für die er aus früheren Jahren große Sympathien hatte, mit viel Verständnis entgegen. Damit brachte er die Posener Deutschen gegen sich auf. Aber auch die Polen ent-

²³ Siehe Karl August Varnhagen von Ende: *Kommentare zum Zeitgeschehen. Publizistik · Briefe · Dokumente 1813–1858.* [Hrsg. von Werner Greiling], Leipzig 1984, S. 9 (RUB, Bd. 1032). Im Revolutionsjahr 1848 notierte Varnhagen häusliche Begegnungen mit Willisen am 4., 9. und 13. Mai, 6. Juni, 31. Juli, 21. September und 9. November. (Siehe Aus dem Nachlaß Varnhagen von Enses. *Tagebücher*, Bd. 5, Leipzig 1862, S. 6, 11, 17, 57, 144, 202 und 268.)

²⁴ Zu Clausewitz und zur Rezeption seines Werkes durch Marx und Engels siehe Hans-Peter Harstick / Manfred Neuhaus: *Clausewitz und Marx – eine archivalische Nachlese.* In: *Revolution und Reform in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert.* 2. Halbband: *Ideen und Reflexionen. Zum 75. Geburtstag von Walter Schmidt.* Hrsg. von Helmut Bleiber & Wolfgang Küttler, Berlin [2005], S. 129–150, insbesondere S. 138 ff. (*Abhandlungen der Leibniz-Sozietät*, Bd. 18).

täuschte er, da sie sich von ihm noch weit mehr erwartet hatten.“²⁵ Engels kommentierte Willisens misslungene Posener Mission in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ nicht ohne Wohlwollen für den General.²⁶ Von der Kamarilla als Verräter gescholten und beim großen Avancement übergangen, schied Willisen 1849 nach dreieinhalb Jahrzehnten auf eigenen Wunsch aus dem preußischen Militärdienst. Das Ministerium Auerswald sollte dies nicht daran hindern, dem weltgewandten pensionierten Generalleutnant diplomatische Missionen zu übertragen. Für den Kontext des in Rede stehenden Werkes ist es von Belang, dass Willisen während einer solchen Reise die Gelegenheit bekam, als Gast König Karl Alberts die Kriegsvorbereitungen Sardinien-Piemonts während des ersten italienischen Unabhängigkeitskrieges vor Ort in Augenschein zu nehmen und sich nebenher der Quellen für den dritten Teil seiner „Theorie des großen Krieges“ zu vergewissern. Dass sich Willisen einige Tage vor dem entscheidenden Waffengang bei Custozza (25. Juli 1848) in das Lager des österreichischen Oberbefehlshabers Radetzky von Radetz begab, trug ihm erneut den Vorwurf des Verrats ein – ein Vorgeschmack auf den Hohn, den Spott und die Schmähungen, die ihn nach seinem Scheitern als Oberbefehlshaber des schleswig-holsteinischen Heeres am 24. Juli 1850 in der Schlacht bei Istedt erwarten sollten.²⁷

Wie urteilten Zeitgenossen über Willisens Persönlichkeit? Gleichsam als Kronzeuge stimmte sein einstiger Schüler an der Berliner Kriegsschule, der spätere Generalstabschef Helmuth von Moltke, den Grundtenor an: Willisen sei „unstreitig ein geistreicher und tüchtiger Mann, aber er ist ein Theoretiker“. Sehr schroff dagegen der Eindruck, den Theodor von Bernhardi nach der Bekanntschaft mit Willisen für Ludwig Tieck notierte: „Von W. bin ich nicht sehr erfreut. Sollte er jemals Einfluß auf die Leitung eines deutschen Heeres gewinnen, so wäre dies ein großes Unglück.“ Ein „Mann von Geist und Herz, kenntnißreich und wohlwollend, aber ohne festes Wollen und praktische Beanlagung“, re-

²⁵ Wolfgang Schieder: Der Bund der Kommunisten im Sommer 1850. Drei Dokumente aus dem Marx-Engels Nachlaß. In: International Review of Social History, Vol. 13, P. 1, April 1968, S. 29–57, hier S. 50, Fn. 1.

²⁶ Siehe Friedrich Engels: Anfrage [Neue Rheinische Zeitung, 5. Juni 1848]. In: MEGA I/7, Berlin 2016, S. 65, und ders.: Neue Politik in Posen [Neue Rheinische Zeitung, 21. Juni 1848], ebenda, S. 147.

²⁷ „Wozu aber dient selbst die geistreichste, die gediegenste, die berechtigteste Theorie, wenn wieder und wieder die Praxis ihr ein Schnippchen schlägt und die allereinfachste Empirik den Calcul über den Haufen wirft“, spottete ein Autor in der „Deutschen Wehr-Zeitung“ (Jg. 3, Nr. 12 (20), 11. August 1850, S. 1341). Aus einem Brief Moltkes an seine Frau erfahren wir, dass Willisens berühmtester Schüler, viel milder über das Desaster von Istedt urteilte: „Willisen ist richtig, wie ich vermutete, abgegangen, weil er einen neuen Angriff nicht hat unternehmen wollen.“ (Helmuth von Moltke an Marie von Moltke, 30. Dezember 1850. In: Helmuth von Moltkes Briefe an seine Braut und Frau, Neue Ausg., 9. und 10. Aufl., Stuttgart 1919, S. 130.)

sümierte Bernhard von Poten das Charakterbild des eigenwilligen preußischen Generals und Militärschriftstellers.²⁸

Nach diesen biografischen Anmerkungen zum Autor des Handexemplars aus der Militaria-Sammlung wollen wir die bereits vorgebrachten Argumente für dessen Provenienz durch Engels' Fachurteil über Willisens Darstellung des Italienischen Krieges erhärten. Den Schlüsseltext liefert wiederum der Gedankenaustausch mit Marx. Als Engels, wie wir erwähnten es bereits, nach dem Eintreffen der „kriegswissenschaftlichen Sachen aus Deutschland“ für den Freund in London am 7. Mai 1852 erste Lektüreeindrücke notierte, ging es sofort zur Sache: „Was nun den Herrn Willisen angeht so ist hier zu sagen daß bei Idstedt nicht die Dänen über die Schleswig-Holsteiner, sondern die gewöhnliche Taktik des gesunden Menschenverstandes über die Hegelsche Speculation gesiegt hat.“²⁹ Willisens Buch, so fährt er fort, sollte eigentlich heißen: „*Philosophie* des großen Kriegs“. Es verstehe sich damit von selbst, „daß in dem Ding mehr Philosophirerei als Kriegswissenschaft enthalten ist, [...] aber es spricht nicht sehr für Willisen daß Napoleons größte Erfolge jedesmal durch Mißachtung der Willisenschen ersten Regeln erlangt wurden, ein Resultat, das sich ein bibelfester Hegelianer³⁰ freilich sehr gut erklären kann ohne daß die Regeln im geringsten zu leiden brauchen.“³¹ Das harsche Urteil gilt den ersten beiden Teilen des Werkes. Nach der Lektüre des uns als Handexemplar aus der Militaria-Sammlung vorliegenden dritten Teils urteilte Engels freundlicher: „Die Italiäner haben sich beidemale wie Esel benommen, Willisens Schilderung und Kritik ist im ganzen meist richtig, doch oft auch dumm, und die vollständige Überlegenheit der österreichischen Strategie die er schon 1848 hervorhebt, findet sich erst in der Campagne von Novara, die wirklich das Brillanteste ist, was seit Napoleon in Europa vorgekommen“.³²

²⁸ Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 43, München, Leipzig 1898, S. 296.

²⁹ MEGA III/5, S. 118 (MEW, Bd. 28, S. 71). Nach der Lektüre von August Lütgens „Feldzug der schleswig-holsteinischen Armee und Marine 1850“ notierte Engels: „Willisens ursprünglicher Plan war sehr gut, bloß etwas zu ausgedehnt“; als er vor dem Feinde stand, habe er den Kopf verloren. (Engels an Marx, 9. Mai 1854. In: MEGA III/7, Berlin 1989, S. 106 (MEW, Bd. 28, S. 360).

³⁰ Im Hegel-Nachlass der Staatsbibliothek zu Berlin sind fünf Kollegienausweise für den Leutnant, seit 1829 den Hauptmann von Willisen überliefert. Offenbar besuchte er, jeweils im Wintersemester, die Vorlesungen „Zur Encyclopädie der Philosophie (1826)“, „Zur Philosophie des Geistes“ (1827), „Zur Aesthetik (1828)“, „Zur Geschichte der Philosophie“ (1829) und „Zur Philosophie der Weltgeschichte“. (Siehe Eva Ziesche: Der handschriftliche Nachlass Georg Wilhelm Friedrich Hegels und die Hegel-Bestände der Staatsbibliothek zu Berlin Preussischer Kulturbesitz, Wiesbaden 1995, S. 301.)

³¹ MEGA III/5, S. 118 (MEW, Bd. 28, S. 71).

³² Engels an Joseph Weydemeyer, 12. April 1853. In: MEGA III/6, Berlin 1987, S. 154 (MEW, Bd. 28, S. 581).

Nachdem es gelang, den Weg des Werkes über anderthalb Jahrhunderte vom Berliner Verleger über den Frankfurter Buchhändler in die militärwissenschaftliche Handbibliothek von Friedrich Engels in Manchester und nach dessen Tod von London zurück nach Berlin in die Bibliothek der Sozialdemokratischen Partei, das Geheime Preußische Staatsarchiv und den Antiquariatsbuchhandel zu rekonstruieren, mag der Leser entscheiden, ob es angemessen oder unangemessen ist, dieser Recherche Terentianus Maurus *Aphorismus habent sua fata libelli* als Motto voranzustellen.

Manfred Neuhaus

Die Quintessenz einer zeitgenössischen Besprechung von Willisens Werk (Anhang)



[...] Clausewitz hat zuerst mit philosophischem Geiste auf das Wesen des Krieges hingewiesen, wie es durch alle die unendlich verschiedenen Erscheinungen der Wirklichkeit mit der gleichen inneren Nothwendigkeit sich hinzieht; er hat zuerst mit staatsmännischem Takte den Krieg als einen zwar eigenthümlichen und selbständigen, aber überall doch von diesem Zusammenhang nothwendig durchdrungenen Act der Politik erkannt; er hat ein Werk geschrieben, das zwar keine zu einem fertigen System ausgeführte Lehre bietet, in dem kaum einzelne wenige Theile die abschließende Durcharbeitung erfahren haben; worin aber dafür die ganze Fülle der den Krieg bewegenden Kräfte und Erscheinungen prüfend und betrachtend niedergelegt und zu einer Welt von klaren und gediegenen Anschauungen, Urtheilen und Aussprüchen versammelt ist. General v. Willisens dagegen hat mit strenger Folgerichtigkeit, Alles, was nicht mit innerer Nothwendigkeit dazu gehörte, abweisend, ein System aufgebaut, worin, von der Natur der Heere als Mittels zum Kriege ausgehend, die Hauptwahrheiten und Regeln der großen Kriegführung in Bezug auf die Punkte, wo die Kräfte zu sammeln, die Richtung, in der sie in Bewegung zu setzen, die Art, wie die Hauptschläge zu führen sind, zu einer Klarheit herausgearbeitet werden, wie sie schwerlich bis

auf alle einzelnen Linien und Punkte der Construction durchsichtiger gedacht werden kann. Trägt das Werk „Vom Kriege“ die Gefahr in sich, den Unkundigen unter der Fülle des Stoffes in die Irre zu führen, ihn durch die Eindrücke vieles nur aphoristisch Abgehandelten zu verwirren, ihm die goldenen Wahrheiten, die es verbirgt, nicht völlig zum Bewußtsein zu bringen; so mag dagegen die „Theorie des großen Krieges“ den Schüler leicht zu der Einbildung verleiten, er habe nun in diesen klar formulirten Sätzen, denen eben der mannichfaltige Inhalt zu sehr fehlt, was von Krieg und Kriegführung zu wissen sei, Alles in sich aufgenommen, und es bedürfe nun nichts weiter, um in allen Fällen der Praxis mit diesem sicheren Wegweiser (der ihm auf diese Weise nur den todten Buchstaben und Formelkram geworden wäre) sich zurecht zu finden und zum Ziel zu gelangen. Beide große Lehrer des Krieges können jeder für sich auf Abwege leiten; nur wenn man beide zusammen zu Führern nimmt, ist man sicher, sie zu vermeiden. [...]

(Literatur [...] (Schluß). In: Allgemeine Militär-Zeitung. Darmstadt. Nr. 139, 19. November 1850. S. Sp. 1109–1112, hier S. 1110. – Siehe auch [Theodor Hermann Lüders:] Generallieutenant von Willisen und seine Zeit, Stuttgart 1851; J. H. L. Wiebke: Vertheidigungs-Kriege, zugleich als Beweis für die Möglichkeit der Beseitigung des Krieges. Mit Bemerkungen über die Werke der berühmtesten Kriegslehrer besonders über Willisen's Theorie des großen Krieges und dessen Feldzug in Schleswig-Holstein, Hamburg 1851; W[ilhelm] Rüstow: Die Feldherrenkunst des neunzehnten Jahrhunderts. Zum Selbststudium und für den Unterricht an höheren Militärschulen, Zürich 1857, S. 505–566 (Zehnter Abschnitt: Clausewitz und Willisen); und [Rudolf Karl Fritz] von Caemmerer: Die Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jahrhundert, Berlin 1904, S. 103–121 (VI. Willisen).

Haben Egidius Bilotte und Carl Heinrich Lüdecke Friedrich Engels fotografiert?

Ikonographische Anmerkung zum bevorstehenden Bicentenaire

Die philologische Untersuchung der überlieferten Fotografien von Karl Marx und Friedrich Engels ist in hohem Maße das Verdienst von Boris Rudjak. Heinrich Gemkow hat den Beitrag seines Moskauer Kollegen zur Marx-Engels-Ikonographie in einer biographischen Miniatur eindringlich gewürdigt: „So sehr Rudjak mit Leib und Seele Archivar war, so intensiv war er in den letzten Jahrzehnten seines Berufslebens bestrebt, die Marx-Engels-Literatur mit Dokumentenveröffentlichungen, insbesondere auf ikonographischem und bibliografischem Gebiet, zu bereichern sowie mit wissenschaftlich-populären Publikationen biographisches Wissen über Marx und Engels zu verbreiten.“¹ Rudjak hatte 1976 mit Alexander Petrow und Olga Senekina die überlieferten Fotografien von Marx (15 Fotografien: 12 Originale und 3 Kopien) und Engels (23 Fotografien: 11 Originale und 12 Kopien) in einem Album zusammengestellt und viersprachig, russisch, deutsch, englisch und französisch, kommentiert.² Zwei weitere, im „Marx-Engels-Jahrbuch“ veröffentlichte Dokumentationen resümieren die in den 1980er Jahren gewonnenen neuen Erkenntnisse.³ Über die engere Fachwelt hinaus fand Rudjak Aufmerksamkeit, als er anderthalb Jahrzehnte später mit kriminalistischem Spürsinn nachweisen konnte, dass es sich bei den fünf weltweit verbreiteten Fotografien, die jahrzehntelang als Porträts von Jenny Marx und deren ältester Tochter Jenny galten, in Wahrheit um die Konterfeis von Gertrud Kugelmann, der Ehegattin des mit Marx befreundeten Hannoveraner Gynäkologen Louis Kugelmann, und deren Tochter Franziska handelt.⁴

¹ Heinrich Gemkow: Boris Moissejewitsch Rudjak (1923–1999). In: Günter Benser und Michael Schneider (Hrsg.): Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Bonn-Bad Godesberg 2009, S. 274–276, hier S. 275.

² Siehe Karl Marks, Fridrich Engel's sobranie fotografij [Institut Marksizma-Leninizma pri CK KPSS]. Moskva: Izdatel'stvo „Plakat“ 1976 [im Folgenden zitiert als Marks, Engel's sobranie fotografij], 282 S. – Eine zweite, überarbeitete Auflage erschien 1983 im selben Verlag.

³ Siehe Boris Rudjak: Die Photographien von Friedrich Engels im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. In: Marx-Engels-Jahrbuch 4, Berlin 1981, S. 431–445 (im Folgenden zit. als Rudjak: Photographien von Friedrich Engels), und derselbe: Die Photographien von Karl Marx im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. In: Marx-Engels-Jahrbuch 6, Berlin 1983, S. 293–310.

⁴ Siehe Boris Rudjak: Ošibku neobchodimo isparit'. In: Nauka i Žisn', Moskva, Jg. 1988, H. 12, S. 26–29. Eine von Volker Külöw und Andrej Jaroslawski besorgte und vom Verfasser autorisierte Übersetzung erschien unter dem Titel „Eine erstaunliche Verwechslung“ in: Marx-Engels-Forschungsberichte (6). Hrsg. von Manfred Neuhaus, Leipzig 1990, S. 159–164. Siehe auch Boris Rudjak: Ein Irrtum ist zu korrigieren. Über fünf Photographien, die als Porträt der Frau und der ältesten Tochter von Marx bekannt wurden. In:

Das bevorstehende 200. Geburtsjubiläum von Friedrich Engels sollte ein willkommener Anlass sein, Rudjaks ikonographische Untersuchungen mit dem ihm eigenen kritischen Impetus fortzuführen, zu ergänzen und wo erforderlich auch zu präzisieren und zu korrigieren. Die folgenden Überlegungen verstehen sich als ein solcher Versuch. Während Rudjak großen Wert auf Briefe der Zeitgenossen legte, um Zeit und Ort der Aufnahmen zu bestimmen⁵, sollen in den folgenden Darlegungen auch biographische und wirkungsgeschichtliche Recherchen zu den jeweiligen Fotografen herangezogen und ausgewertet werden. Dabei handelt es sich zunächst um zwei Fotografien von Engels, die auf Papier mit den Firmenzeichen (Atelieradressen) der Fotografen „E. Billotte. Bruxelles“ (Abbildungen 1a und 1b⁶) und „C. H. Lüdecke's Photographisches Atelier [...] Hamburg“ (Abbildungen 2a und 2b⁷) überliefert sind.

Die bisherige Datierung der Fotografien wurde anhand ihrer Ähnlichkeit, der Adressen der Ateliers auf den Rückseiten und Engels' Reisedaten aus dem September 1862 vorgenommen. In den jeweiligen Bildkommentaren des eingangs erwähnten Fotoalbums heißt es dazu: „Das Firmenzeichen des Fotografen E. Billotte erbringt den Beweis, daß das Foto in Brüssel aufgenommen wurde, d. h. im September 1862 [...] Dem Firmenzeichen des Fotografen C. H. Lüdecke auf der Rückseite nach wurde dieses Foto im September in Hamburg aufgenommen“⁸.

Marx-Engels-Jahrbuch 13, Berlin 1991, S. 320–328. – Die Verwechslung der Trierer Ballkönigin mit Kugelmanns Gattin geht auf einen Urenkel von Jenny und Karl Marx, den französischen Maler Frédéric Longuet (1904–1987), zurück, der das vermeintliche Jugendbildnis seiner Urgroßmutter auch dem „Spiegel“ offeriert hat (Nr. 44, 31, Oktober 1962, S. 119). Erstaunlicher Weise saß die Feuilleton-Redaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ der alten Legende noch am 21. Oktober 2015 (S. 10) auf. – Zu den Kugelmanns siehe Martin Hundt: Louis Kugelmann. Eine Biographie des Arztes und Freundes von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin 1974, 454 S. III.

⁵ Siehe Marks, Engel's sobranie fotografij, S. 23.

⁶ Das Firmenzeichen (die Atelieradresse) lautet: „ATELIER DE PHOTOGRAPHIE E. BILOTTE, 19. rue Grétry; Entre la rue des Fripiers et la rue de la Fourche, BRUXELLES, Anciennenment Rue de la Reine.“

⁷ Das Firmenzeichen (die Atelieradresse) lautet: „C. H. Lüdecke's Photographisches Atelier, Neuer Steinweg 97, im Hinterhaus, vom Grossneumarkt rechts das 2^{te} Haus. HAMBURG. Die Originalplatte wird für Nachbestellungen aufbewahrt.“ – Mit Aufschrift von unbekannter Hand am oberen Rand: „Engels“ (RGASPI, Sign. f. 389, op. 1, d. 28. Valerij Formičev gebührt für die Kopie der Vorder- und Rückseite Dank.) – Das IISG Amsterdam besitzt Aufnahmen von Étienne Cabet und Wilhelm Hasselmann (1878–1880 sozialdemokratischer Redakteur in Hamburg) mit den gleichen Maßen (6,1 x 9,9 Zentimeter) und demselben Firmenzeichen (Atelieradresse). (Siehe IISG, Sign. A 2/995 und Sign. BG A 6/37.)

⁸ Marks, Engel's sobranie fotografij, S. 249f. und S. 251.



Abbildung 1a

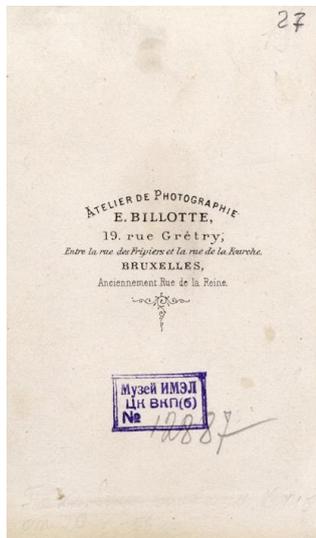


Abbildung 1b



Abbildung 2a

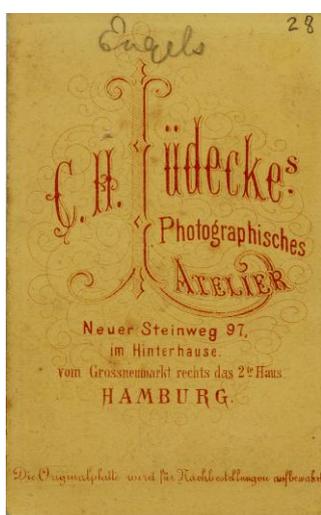


Abbildung 2b



Abbildung 3a

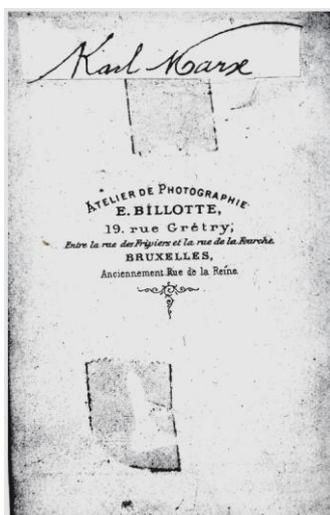


Abbildung 3b

Diese Argumentation variierte Rudjak 1981 im „Marx-Engels-Jahrbuch“: „Die beiden nächsten Photos ähneln einander sehr. Über den Ort der Aufnahme geben die Firmenzeichen auf den Originalen Auskunft [...] Diese beiden Photographien stammen vom September 1862, denn Engels hielt sich vom 12. bis 29. September des Jahres zur Erholung in Deutschland auf, wohin er über Belgien und Luxemburg gereist war.“⁹

Erfreulicherweise hat Engels seine Reiseroute in einem hinlänglich bekannten Brief an Marx ausführlich beschrieben: „Ich blieb in Barmen & Engelskirchen wieder zu lange kleben, da ich 14 Tagelang an der Mosel, am Rhein & in Thüringen herumgebummelt. Ich ging gleich via Brüssel & Luxemburg nach Trier, von dort zu Fuß bei Kochem usw. In Köln war ich gar nicht.“¹⁰ In der Aufzählung der Reisestationen fehlt al-

⁹ Rudjak: Photographien von Friedrich Engels, S. 432 f.

¹⁰ Engels an Marx, 16. Oktober 1862. In: MEGA III/12, Berlin 2013, S. 252 (MEW, Bd. 30, S. 288). Siehe auch Karl Marx und Friedrich Engels – Daten · Januar 1860 bis September 1864. In: MEW, Bd. 15, S. 707: „12. bis 29. September Engels fährt über Belgien und Luxemburg nach Deutschland zur Erholung. Nach ei-

lerdings Hamburg. Engels hätte einen Abstecher in die Hansestadt nicht unerwähnt gelassen. Da er im September 1862 nicht in Hamburg weilte, sollte es ausgeschlossen sein, dass das besagte Porträtfoto, wie Rudjak annahm, zu jenem Zeitpunkt im Atelier Lüdecke (Abbildung 2a) aufgenommen wurde. Damit stellt sich die Frage, ob die von Rudjak herangezogenen Indizien nicht der Ergänzung und die darauf basierenden Bilddatierungen der dringenden Korrektur bedürfen?

Beginnen wir mit dem Brüsseler Maler und Fotografen Egidius Franz Carl Billotte, in dessen Atelier laut Rudjak im September 1862 das zuerst genannte Porträt (Abbildung 1a) entstanden sein soll.

Billotte wurde am 16. Mai 1828 in Aachen als Sohn des Porträtmalers Heinrich Franz Carl Billotte (1801–1892) geboren und erlernte dort bei Jacob Wothly (1823–1873), der auch Marx' Onkel Lion Philips fotografierte, von 1853 bis 1855 das Fotografenhandwerk. Für unseren Kontext sollte aufschlussreich sein, dass Billotte erst seit dem 24. Januar 1871 als Inhaber des gleichnamigen Fotoateliers unter der Firmenadresse 19, rue Grétry (siehe Abbildung 1b) offiziell registriert war.¹¹ Daraus ist zu schließen, dass Engels' „Brüsseler“ Porträt (Abbildung 1a) nicht, wie Rudjak annahm, im September 1862, sondern erst nach dem Januar 1871 entstanden sein kann. Offenbar handelt es sich dabei um den Abzug eines Porträts, das von einem Berufskollegen aufgenommen wurde, dessen Identität wir noch nicht kennen. Dass dieses Geschäftsgebaren nicht unüblich war, wird durch die von Billottes Atelier vertriebenen, in Amsterdam und Moskau überlieferten ovalen und rechteckigen Abzüge des Porträts bezeugt, das Friedrich Wunder im April 1867 in Hannover von Marx aufgenommenen hatte. (Abbildungen 3a und 3b.)¹²

Ebenso rätselhaft wie die skizzierten Begleitumstände der „Brüsseler“ Fotografie (Abbildungen 1a und b) erweisen sich bei näherer Betrachtung Entstehung und Überlieferung des „Hamburger“ Porträts (Abbildungen 2a und b). Wie eingangs erwähnt, hatte Rudjak keinen Zweifel daran, dass Engels im September 1862 in Lüdeckes Hamburger Atelier vor der Kameralinse saß. Dagegen sprechen aber gewichtige biografi-

ner Fahrt, die ihn entlang der Mosel und des Rheins sowie durch Thüringen führt, besucht er seine Verwandten in Barmen und Engelskirchen.“

¹¹ Florence Loriaux (Les Belges et le Mexique. Dix contributions à la histoire des relations Belgique-Mexique, Leuven 1993, S. 97) erwähnt Billotte als bekannten Brüsseler Fotografen. – Christian Spapens, Directeur Centre d'Information, de Documentation et d'Etude du Patrimoine, Brüssel, gebührt Dank für Auskünfte über E. Billotte (E-Mail vom 10. November 2010).

¹² Siehe IISG Amsterdam, Sign. BG A9/342, und RGASPI Moskau, Sign. f. 389, op. 1, d. 6–7. – Auf dem ovalen Moskauer Exemplar steht von unbekannter Hand: „Karl Marx“. – Valerij Formičev gebührt für die Kopien der Vorder- und Rückseite Dank.

sche Daten: Selbst wenn Hamburg auf Engels Reiseroute gestanden hätte, wäre es ihm aus dem einfachen Grunde nicht möglich gewesen, sich 1862 von Lüdecke porträtieren zu lassen, weil es dessen Atelier zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gab. Ausweislich der erteilten Gewerbe-erlaubnis, hat der Fotograf sein Atelier nämlich erst ein Jahrzehnt später eröffnet.

Carl Heinrich Lüdecke wurde am 2. August 1840 in Hamburg geboren.¹³ Bei seiner Heirat mit der Frisöse Johanna Catharina Elise Wichers am 16. Februar 1868 in Steinwerder bei Hamburg gab er als Beruf noch „Seemann“ an. Erst bei der Geburt des ersten Kindes am 21. August 1869, die Familie war inzwischen in den Vorort St. Pauli gezogen, lautet die Berufsbezeichnung „Photograph“. Sein Antrag auf Ausstellung eines Gewerbescheines zum Führen eines Fotoateliers wurde am 2. November 1872 bewilligt. Die Hamburger Adressbücher verzeichnen den Fotografen C. H. Lüdecke seit 1875 mit der Firmenadresse „Neuer Steinweg 97“. Ab 1878 firmiert er unter „Neuer Steinweg 92“ und von 1880 bis 1886 unter „Bartholomäusstr. 21 Hs. 3 P(aterre)“. Nach 1887 verliert sich seine Spur, ist er weder im Adressverzeichnis, noch in den Branchen- oder Straßenübersichten der Adressbücher von Hamburg und Umgegend mehr nachzuweisen.¹⁴

Als Zwischenbilanz bleibt festzuhalten: Beim „Hamburger“ Porträt handelt es sich nicht, wie noch Rudjak annahm, um ein 1862 von Carl Heinrich Lüdecke aufgenommenes Originalfoto, sondern vielmehr um eine in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre in dessen Atelier angefertigte Reproduktion der Aufnahme eines noch zu ermittelnden Fotografen. Auch im Bicentenaire bleibt die Engels-Ikonographie voller Überraschungen und neuer Herausforderungen für die Forschergemeinde. Der Verfasser dankt Prof. Dr. Manfred Neuhaus, Leipzig, für Zuspruch und Ermutigung.

Manfred Schöncke

¹³ Klaas Dierks gebührt für seine aufwändigen Recherchen zu Carl Heinrich Lüdecke im Hamburger Staatsarchiv und in Hamburger Kirchenbüchern Dank (Briefe vom 26. September, 13. und 14. Oktober 2010); ebenso Bärbel Mende, Museum für Hamburgische Geschichte, für freundliche Auskunft (Brief vom 28. September 2010).

¹⁴ Siehe Kai Deecke: Fotografen und ihre Ateliers in Hamburg von 1855 bis 1915. Erwähnungen in den Ausgaben der Hamburger Adressbücher. 2., erw. und berichtigte Aufl., Hamburg 2012.

Dissertation: Franz Dahlem. Eine politische Biographie

Einer für Alle,
das war eine Falle
im Großen und Kleinen;
Jeder für Jeden und alle für Einen,
das wollen wir meinen.“
*Rudolf Leonhard*¹

Die politische Biographie Franz Dahlems zum Gegenstand meiner Dissertation zu wählen, lag vor allem darin begründet, dass es zu den 89 Jahren seines ereignisreichen Lebens und politischen Wirkens noch keine umfassende Biographie gab.

In der jetzt über das Internet allgemein zugänglichen Dissertation² zur politischen Biographie Franz Dahlems ging es mir darum, neben der Klarstellung von Irrtümern, Fehldeutungen und Überinterpretationen in der inzwischen beherrschenden Meinung zu umstrittenen Jahren seiner politischen Tätigkeit, den Versuch einer vollständigen politischen Biographie zu wagen.

Zum Politbüromitglied von KPD und SED, dem Reichstagsabgeordneten und antifaschistischen Widerstandskämpfer Franz Dahlem verzeichneten Handbücher des Reichstags, des preußischen Landtags oder biographische Handbücher wie „der Maitron“ die wichtigsten Daten seiner politischen Funktionen, Ämter und Aufenthalte. Offizielle Drucksachen bieten ebenfalls recht prosaische Daten, hinter denen sich erhebliche Einschnitte in das persönliche und politische Leben Dahlems verbergen. So schrieb die faschistische Gestapo Franz Dahlem bereits Anfang März 1933 im „Deutsche[n] Kriminalpolizeiblatt“ neben Ernst Thälmann zur Fahndung aus. Das markierte Dahlems Übergang in die Illegalität in Deutschland, seine Emigration, den Kampf in Spanien und schließlich seine Internierung in Le Vernet und seine Auslieferung an die Gestapo.

Die Hauptstationen seines Lebens sind also leicht nachvollziehbar. Es fehlte aber bisher an dokumentarischen Einzelbelegen, deren Interpretation und einer Gesamtdarstellung. An Quellen mangelt es nicht. Dahlems Publikationen, die Erinnerungen der kommunistischen Funktionäre seiner Generation, parteigeschichtliche Veröffentlichungen und die diversen Bestände staatlicher und privater Archive bieten viel Material. Die Schwierigkeit bestand dennoch in Auswahl und Bewertung dieses

¹ „Losungen“, in: Rudolf Leonhard, *Le Vernet. Gedichte*, Berlin 1961, S. 45.

² Sven Devantier, *Franz Dahlem. Eine politische Biographie*, Potsdam 2020 [URL der Universitätsbibliothek der FernUniversität: https://ub-deposit.fernuni-hagen.de/receive/mir_mods_00001597; Stand: 14. Juli 2020].

Materials für eine politische Biographie. Zudem ist Überlieferung oft nicht vollständig. Manche Ereignisse sind nicht dokumentiert oder gelangten erst gar nicht ins Archiv. Deshalb kann die vorliegende Biographie auch nur als ein Versuch verstanden werden, dem ereignisreichen Leben Franz Dahlems gerecht zu werden.

Dahlem selbst veröffentlichte seine Erinnerungen „Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs“ 1978. In seiner Rezension schrieb der Mannheimer Professor Hermann Weber, dass deren Informationsgehalt gering sei.³ Das Informationsangebot ist natürlich durch die Öffnung des Parteiarchivs der KPD/ SED erheblich erweitert worden, auch durch Informationen, die Dahlem in seinem Buch nicht geben durfte. Allerdings blieben eine Reihe von Fragen der politischen Biographie Franz Dahlems auch 30 Jahre nach der sogenannten „Archivrevolution“, d.h. der vollständigen Öffnung der staatlichen Überlieferung der DDR und des Parteiarchivs der SED unter Wegfall der üblichen archivgesetzlichen Schutzfristen, unbeantwortet.

Sofern überhaupt Aspekte der langen ereignisreichen Biographie Dahlems Gegenstand von Veröffentlichungen wurden, ging es zumeist um die Registrierung des Sekretariats der KPD in Paris Anfang September 1939 oder den geplanten Berliner Schauprozess gegen leitende KPD-Funktionäre 1952/53.

Lediglich Horst Blumberg, der persönliche Mitarbeiter Franz Dahlems, begann nach dessen Tod 1981 an einer Gesamtbioographie zu arbeiten, die er leider nicht mehr fertigstellen und veröffentlichen konnte. Horst Blumbergs Entwurf war jedoch wegen der umfangreichen Quellenkenntnis und der Nähe zu Dahlem eine wichtige Orientierungshilfe beim Verfassen der vorliegenden Dissertation. In der DDR war Dahlems Biographie aufgrund der offiziellen Verdikte nach Untersuchungen der Zentralen Parteikontrollkommission der SED in den fünfziger Jahren zu angeblichem Fehlverhalten Dahlems in Exil und Widerstand trotz der weitgehenden Rehabilitierung durch Erich Honecker kein willkommener Gegenstand der Forschung.

Die US-amerikanische Professorin Catherine Epstein scheint bisher die einzige gewesen zu sein, die, zwar nur im Rahmen ihrer Kollektivbiographien führender Parteimitglieder der KPD/ SED, die gesamte Biographie Dahlems in den Blick genommen hat. Da besonders ihre letzte Veröffentlichung „Die letzten Revolutionäre“ einseitige und oft falsche In-

³ Hermann Weber, Memoiren eines Ulbricht-Konkurrenten, in: Deutschland-Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik 7 (1978), S. 759-761, hier: S. 761.

terpretationen der Dokumente des Zentralen Parteiarchivs und des Nachlasses enthält, schien es nötig, die bestehende Lücke durch den Versuch einer vollständigen Schilderung der wirklichen Vorgänge anhand bislang ungenutzter und der Fachwelt nicht bekannter Dokumente des Zentralen Parteiarchivs der SED, des Nachlasses, des Archivs der Komintern und der staatlichen Überlieferung zu schließen und zu einer objektiven Darstellung der politischen Biographie Dahlems zu gelangen.

Trotz der Fokussierung bisheriger Forschung auf die Entscheidung Dahlems zur Registrierung des Sekretariats der KPD blieben wesentliche Quellen dabei unberücksichtigt oder unterrepräsentiert. Auch bereits veröffentlichte Dokumente wurden nicht mit den zugänglichen aber nichtveröffentlichten Dokumenten verglichen. Noch vor Hermann Weber und später als dem als „antifaschistischem Ursprungsreflex“⁴ Dahlems fortgesponnenen Muster hat Hans-Albert Walter behauptet, Dahlem habe schon seit Februar 1939 mit der französischen Regierung in Verhandlungen über die Eingliederung der Interbrigadisten in die französische Armee gestanden. Walter stützte sich dabei auf eine angebliche Aussage Walter Jankas⁵, zu der jedoch keinerlei Belege zu finden waren.

Es blieb nur der Eintritt in die Fremdenlegion, den Dahlem den Interbrigadisten kurz nach der Internierung in einem französischen Lager offiziell verbot. Die Interbrigadisten selbst lehnten Angebote der französischen Polizei ab. Eduard Claudius lässt den Interbrigadisten Jak in seinem Roman „Grüne Oliven und nackte Berge“ auf das Angebot der Sûreté antworten:

„Sie brauchen Soldaten, aber Sie wollen keine Kämpfer. Sie müssen mir schon überlassen, wann und wo und wie ich kämpfen will und muss. [...] Hätten Sie darüber gesprochen, was man gemeinsam tun könnte, um dem deutschen Volk zu zeigen, in welchen Abgrund es gleitet – darüber hätte man sich verständigen können. Aber das Pferd am Schwanz aufzuzäumen?“⁶

Tatsächlich bewies die Entscheidung Franz Dahlems, sich und das Sekretariat der KPD in Paris bei der Pariser Polizei zu melden, persönliches Verantwortungsgefühl. Der Abschluss des deutsch-sowjetischen

⁴ Bernhard H. Bayerlein, „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939-1941, Berlin 2008, S. 130-144, hier: S. 130ff.

⁵ Hans-Albert Walter, Das Pariser KPD-Sekretariat, der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag und die Internierung deutscher Emigranten in Frankreich zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 36/1988, Heft 3, S. 483-528, hier: S. 517.

⁶ Eduard Claudius, Grüne Oliven und nackte Berge, Halle (Saale) 1966, S. 311.

Nichtangriffsvertrags löste in Frankreich eine antideutsche chauvinistische Welle auch gegen antifaschistische Emigranten aus. Die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) reagierte auf den Chauvinismus, obwohl auch sie bereits Repressionen der französischen Regierung ausgesetzt war, mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten. Der Vorsitzende der KPF Maurice Thorez ging sogar freiwillig zu seiner Einheit.

Wie sollte Franz Dahlem reagieren? Er und führende Genossen der KPF sowie der Komintern berufen sich auf die Regelung, wonach die KPD sich nach der nationalen Partei des Emigrationslandes, also der KPF, zu richten habe. Das bedeutete Registrierung bei der französischen Polizei. Dass Dahlem anfangs damit die Hoffnung verbunden haben könnte, die französische Armee nehme auch die deutschen Interbrigadisten auf, kann nicht bestritten werden. Einen „drôle de guerre“ haben er und die KPF jedenfalls nicht vorhergesehen.

Hinzu kam, dass aus der Sowjetunion, insbesondere von der Kommunistischen Internationale, keine Direktiven an Dahlem ergingen. Ihr Generalsekretär Dimitroff erhielt von Stalin auf seine Anfragen erst spät eine Antwort⁷ und da war das Sekretariat der KPD bereits interniert, weil es sich an die von Dimitroff vorgegebene und insbesondere von der KPF, aber auch der KP Großbritanniens verfolgte, antifaschistische Linie hielt.

Nach ihrer Registrierung in Paris wurden Franz Dahlem und andere Interbrigadisten in unwirtlichem Klima am Fuß der Pyrenäen im Lager Le Vernet interniert. Von dort konnten sie mit Unterstützung ihrer Frauen, der noch in Freiheit verbliebenen KPD-Mitglieder und des amerikanischen Kommunisten Noel Field auf die sich insbesondere nach der faschistischen Okkupation Frankreichs formierende Résistance einen gewissen Einfluss ausüben (Travail allemand). Trotz aller Bemühungen Noel Fields, Wilhelm Piecks und Dimitroffs, Molotows und der mexikanischen Regierung um seine Ausreise lieferte die französische Regierung Franz Dahlem unter Bruch des Asylrechts an die Gestapo aus. Nach seiner Haft in Berlin deportierte die Gestapo ihn in das Todeslager Mauthausen.

Dort setzte Dahlem den Widerstand gegen den Faschismus nunmehr als deutscher Vertreter des Internationalen Lagerkomitees im KZ Mauthausen fort. Neben der auch militärischen Zusammenarbeit mit Kommunisten und kriegsgefangenen Rotarmisten arbeitete Dahlem im Ge-

⁷ Alexander Dallin, Dimitrov and Stalin 1934-1943. Letters from the Soviet Archives, New Haven 2000, S. 151.

gensatz zur Darstellung Epsteins auch mit bürgerlichen und sozialdemokratischen Antifaschisten zusammen. So arbeitete er im Lagerkomitee mit Jozef Cyrankiewicz von der polnischen sozialistischen Partei und mit Carl Helfrich, einem ehemaligen Mitarbeiter Rudolf von Schelihas im Auswärtigen Amt, zusammen.⁸ Diese Namen werden von Epstein nicht genannt. Sie folgert vielmehr, dass kommunistische Kader und Dahlem insbesondere in Mauthausen „maintained their Stalinist political culture even in face of Nazi inhumanity – a chilling reminder of the human propensity to answer persecution with persecution“⁹, als ob Konspiration bei einer Aufstandsvorbereitung einzig Kennzeichen von Stalinismus wäre.

Dieser Art der Interpretation historischer Dokumente, die mit Begriffen wie „Stalinist“, „Altkommunist“, „Revolutionär“ oder „Mythos Antifaschismus“ klassifiziert, folgt die vorliegende Biographie Franz Dahlems nicht. Sie versucht stattdessen eine Klassifizierung unter dem Quellenbegriff des „Parteiarbeiters“, der auf eine vorgreifende Wertung verzichtet und offen ist für weitere Forschung und Interpretation, indem er Dahlems Handlungen in konkreten Situationen aus seiner politischen Tätigkeit erklärt und diese kritisch bewerten kann.

Sven Devantier

⁸ SAPMO DY 30/IV 2/4/377, fol. 30f.: Einschätzung Carl Helfrichs durch Franz Dahlem vom 18. Dez. 1949.

⁹ Catherine Epstein, *The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century*, Cambridge/ Massachusetts and London/ England, S. 79.

Vorträge

9. Mai 2020¹

Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeitraum 1980–1989²

Siegfried Prokop

Wir brauchen auch für den Zeitraum der Ära Honecker in der Geschichte der DDR eine historisch-kritische Analyse. Einseitige Abwertungen sind ebenso abzulehnen wie Beschönigungen, in der Art, wie sie Honecker selbst immer ins Blickfeld rückte.

In seinen Memoiren hat Alexander Schalck-Golodkowski eine Bewertung aus seinem spezifischen Blickwinkel versucht. Er schrieb: „Der Anfang vom Ende der DDR begann 1971. So widersprüchlich dies aus heutiger Sicht erscheint, damals empfand ich diese Zeit als Aufbruch in eine neue vielversprechende Ära... Diese Wohlfahrtspolitik zielte auf einen hohen materiellen Lebensstandard der Bevölkerung und auf die allseitige außenpolitische Anerkennung der DDR. Doch langfristig wurden so die Finanzen des Staates zerrüttet – ein Prozess, den ich in meiner Funktion genauestens mitverfolgen konnte. Wenn das ausgewiesene Wachstum des Nationaleinkommens (das in etwa dem Bruttosozialprodukt entsprach) als Ausdruck der Wirtschaftsleistung mit vier Prozent beziffert wurde, dann lag das Wachstumstempo des Konsums unter Berücksichtigung von Warenumsatz, Wohnungsbau und anderen Faktoren um zwei bis drei Prozent darüber. Das konnte nicht gut gehen.“³

Der anfängliche Eindruck von Schalck, dass es sich nach dem VIII. Parteitag der SED um einen Aufbruch gehandelt habe, war indes nicht falsch. Honecker begann seine Politik 1971 mit einem im Vergleich zu Ulbricht modernen Stil. Er versprach zunächst mehr Liberalität in der Kulturpolitik. Die Abschaffung des § 218 gegen Stimmen von CDU-Abgeordneten in der Volkskammer hatte für die Frauenemanzipation ei-

¹ Der Vortrag sollte vor der 29. Jahresversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. gehalten werden. Auf Grund der Hygienevorschriften während der Covid19-Pandemie mussten der Vortrag und die Jahresversammlung ausfallen.

² Vgl. Siegfried Prokop: Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR (1970-1976), in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. Frankfurt/M. H. 119 (2019), S. 102-114.-ders.: Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR (1976 bis 1980er Jahre), in: Zweimal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten-Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennte Wege. Stefan Bollinger und Reiner Zilkenat (Hrsg.), Neuruppin 2020, S. 279-294.

³ Alexander Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen. Reinbek bei Hamburg 2000, S. 180.

ne enorme Bedeutung. Die soziale Verbesserung der Lage der Familien sicherte, dass die DDR trotzdem ein geburtenfreudiges Land blieb, und erstmals ein deutsches Land wurde, in dem die zur Welt kommende Kinder Wunschkinder waren. Die Demographie spricht heute in Bezug auf diesen Vorgang vom „Honecker-Buckel“⁴, weil es gelang, den Geburtenrückgang infolge des „Pillenknicks“ und der Abschaffung des Paragraphen 218 aufzufangen. Honecker agierte flexibler in allen Fragen der internationalen Politik. Dies hat den Prozess der weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR Anfang der 70er Jahre gefördert. Ohne seine Beweglichkeit dürfte der KSZE-Prozess bis 1975 nicht solche Fortschritte gemacht haben und die internationale Anerkennung, einschließlich der UNO-Mitgliedschaft der DDR im Jahre 1973, wohl nicht erreicht worden sein.

Honeckers enge Beziehung zu Leonid I. Breschnew beförderte vor allem am Beginn der 70er Jahre eine besondere Hörigkeit gegenüber der sowjetischen Politik. Ulbricht hatte ein Gespür dafür gehabt, welche Bedeutung die Mehrsektorenwirtschaft für den Erfolg der DDR in den sechziger Jahren hatte. Vor allem die Verflechtung von großen sozialistischen Industriebetrieben mit einer Vielzahl mittlerer und kleiner privater Industriebetriebe (einschließlich der Betriebe mit staatlicher Beteiligung) hatte sich in der DDR bewährt. Ulbricht hatte alle Attacken von Vertretern der sowjetischen Partei gegen diese Wirtschaftsstruktur mit Erfolg abgewehrt.⁵ Gänzlich anders verhielt sich Erich Honecker. 1972 fügte er sich sowjetischen Wünschen und ließ mit aktiver Hilfe und Unterstützung durch die CDU, die LDPD und die NDPD die privaten und halbstaatlichen Betriebe in VEB umwandeln, womit er der DDR-Wirtschaft ein außerordentlich erfolgreiches und innovatives Segment nahm. Es kam hinzu, dass er die Reformfortschritte der 60er Jahre im Zeichen des NÖS zurücknahm. Diese Restauration schuf eine Barriere für den Übergang von der extensiv erweiterten Reproduktion zur intensiv erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft. Honecker führte damit die Wirtschaft der DDR auf einen mit der UdSSR vergleichbaren Kurs der Stagnation.

Die 10. Tagung des ZK der SED beschloss im Oktober 1973, die Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 zu lösen. Es wurde vorgesehen, bis zum Jahre 1990 2,8 bis 3,0 Millionen Wohnungen neu zu bauen bzw. zu modernisieren. Das Wohnungsbauprogramm galt als

⁴ Vgl. Der Spiegel, 26/1993.

⁵ Vgl. Julij A. Kwizinskij: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten. Berlin 1993, S.174.

Kernstück der sozialpolitischen Maßnahmen. Wohngebiete sollten so gestaltet werden, dass sie die sozialistische Lebensweise fördern. Der Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, führte dazu auf der 10. Tagung aus: „Dazu gehört, die Wohngebiete zweckmäßig mit gesellschaftlichen Einrichtungen auszustatten und schöner zu gestalten. Neben Kindereinrichtungen, Schulen und Einkaufsstätten müssen vor allem in größeren Wohngebieten Einrichtungen für Dienstleistungen, für die gesundheitliche Betreuung und für die Gestaltung der Freizeit, einschließlich Körperkultur und Sport, geschaffen werden.“⁶

1973 wurden für etwa 290000 Mieter in Neubauwohnungen um durchschnittlich 216 Mark im Jahr reduziert und auf das Mietpreisniveau von 1966 zurückgeführt.⁷ Damit wurde ein richtiger Ansatz in der Ulbricht-Ära zurückgenommen, den Mietpreis kostendeckend zu gestalten. Es handelte sich dabei um Bauten in attraktiven Neubaugebieten, wie in der Rathausstraße und in der Leipziger Straße in Berlin-Mitte. Hier wirkte Honecker gegen den Trend - er verletzte schon 1973 die später so beschworene Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, hier wurde Sozialpolitik auf Kosten der Wirtschaftspolitik betrieben. Mit einer Subvention von 8 Mrd. Mark pro Jahr wurden die Mieten künstlich niedrig gehalten. Pro eine Mark Miete kamen zwei Mark aus dem Staatshaushalt dazu. Für die Miete wandte ein Arbeiter- und Angestelltenhaushalt im Durchschnitt nur etwa drei Prozent des Haushaltseinkommens auf.⁸ Das hatte zwar einen Vorteil gegenüber den heute üblichen Anteil von 40 bis 50 Prozent, bot jedoch keinen Anreiz zur rationellen Nutzung des Wohnraums. Nicht selten behielten Personen ihre große Wohnung, auch wenn die Kinder oder nach einer Scheidung der Ehepartner längst ausgezogen waren. Studenten, die ihr Studium abgeschlossen hatten und weit entfernt von Berlin ihrer Berufsarbeit nachgingen, behielten nicht selten ihre billige Studentenbude, um zum Zwecke eines Theaterbesuchs in Berlin eine günstige Absteige nutzen zu können.

Von 1974 zum Jahr 1975 vollzog der RGW den Übergang von den bisher üblichen Festpreisen zu den schrittweise an den Weltmarktpreisen orientierten Vertragspreisen. Den Ernst der Lage unterstrich Honecker mit den Worten: „Heute steht die Frage der

⁶ Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 bis 1990, in: Tagung des ZK der SED 2.10.1973. Berlin 1973, S.15.

⁷ Sozialpolitik. Herausgegeben von Günter Manz und Gunnar Winkler. Berlin 1985, S.294.

⁸ Vgl. Egon Krenz, Siegfried Lorenz, Gerhard Poser: Zum Wohnungsbauprogramm der DDR, in: MITTEILUNGEN der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke. Heft 6, Berlin 2016, S.14 f.

Intensivierung und der Erhöhung der Effektivität in unserer Volkswirtschaft mit völlig neuer Schärfe.“⁹ Jedoch dachte Honecker nicht daran, Abstriche von den sozialpolitischen Maßnahmen zu machen. Hier begann das eigentliche Problem. Die Sowjetunion war nicht bereit, für die Industrieprodukte die von der DDR geforderten höheren Preise zu zahlen, da diese häufig nicht dem Weltniveau entsprachen. Von hier an kam es im RGW zu vielen mühseligen Rangeleien um Preise mit der Endkonsequenz, dass die DDR für Erdöl und andere Rohstoffe nun erheblich höhere Preise an die UdSSR bezahlen musste.

Eine Schlüsselstellung für die Fehlallozierung der SED-Strategie nahm der IX. Parteitag im Jahre 1976 ein. Da der VIII. Parteitag den Arbeitslohn als Hauptform für die materielle Interessiertheit definiert hatte und in diesem Zusammenhang ein Tarifprojekt für dringlich hielt, war die Plankommission bis Mitte der 70er Jahre damit befasst, in das Gewirr der etwa 170 Lohngruppen, das nach zahlreichen Wirtschaftsprogrammen (u.a. Kohle- und Energieprogramm, Chemieprogramm) im Wildwuchs entstanden war, eine klare Struktur mit dem Ziel zu bringen, dem Leistungsprinzip mehr Geltung zu verschaffen. Im Beschlusskatalog für den IX. Parteitag der SED 18.-22. Mai 1976 standen sowohl das Tarifprojekt als auch das Sozialpolitische Programm für 1976-1980¹⁰. Da die zur Verfügung stehenden Ressourcen nur für eines dieser beiden Projekte reichte, wurde vom IX. Parteitag vorerst kein Beschluss gefasst. Die an „Parteitags“-Geschenke gewöhnte Bevölkerung der DDR reagierte tief enttäuscht auf den IX. Parteitag. Geradezu in Panik ließ die SED-Führung schon am 27. Mai 1976 das sozialpolitische Programm als gemeinsamen Beschluss des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR in Kraft setzen. Das viel dringlichere Tarifprojekt blieb auch fürderhin auf der Strecke. Das, was ab dem IX. Parteitag „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ genannt wurde, wandelte sich im laufenden Fünfjahrplan zu einer Sozialpolitik auf Kosten der Wirtschaft. Die Wirtschaft vermochte nicht zu leisten, was die ausufernde Sozialpolitik ihr abverlangte. Die Differenz konnte nur durch Devisenkredite und einen sowjetischen Kredit zur Abfederung der rasch steigenden Rohstoffpreise ausgeglichen werden. Diese Praxis ließ sich einige Zeit als materielle Fundierung der Entspannungspolitik

⁹ Ebenda, S.27.

¹⁰ Interview des Vf's. mit Otto Tüchel, Mitarbeiter der Plankommission am 6. Juni 1976.

verharmlosen. Geflunkert wurde im Politbüro auch, dass im Westen nur begrüßt werde, wer Schulden habe.

Bei Verhandlungen einer Regierungsdelegation unter Leitung von Willi Stoph mit A.N. Kossygin in Moskau im Jahre 1975 teilte die sowjetische Führung mit, „dass die DDR aufgrund ihrer Wirtschaftskraft im Westen höchstens Kredite in Höhe von sechs Milliarden VM aufnehmen kann und sollte und alles, was darüber hinausgeht, sehr von Übel sei.“¹¹ Zu diesem Zeitpunkt betrug jedoch der Saldo der Forderungen und Verbindlichkeiten in Valutamark -8,863 Mrd.¹² Früher oder später drohte der DDR die Schuldenfalle. Das Leistungsprinzip hatte immer weniger eine Chance. Die Subventionen stiegen. Der Hinweis der SED auf die „zweite Lohntüte“ spornte die Bürger kaum noch an.

Es erhebt sich die Frage, wie es möglich war, dass Honecker nunmehr im Politbüro selbst gegen die Ratschläge aus Moskau agieren konnte? Honecker hatte es im Politbüro mit Leuten zu tun, die ihm –mit Ausnahme von Alfred Neumann- beim Sturz Walter Ulbrichts behilflich gewesen waren und die deshalb ihren Platz im Führungszentrum der Partei behalten durften. Kennzeichnend für die Politbüro-Mitglieder der Honecker-Ära war ein Grad persönlicher Abhängigkeit vom Generalsekretär, die von vornherein wirkliche Kollektivität ausschloss. Werner Krolikowski notierte am 16. Dezember 1980: „Er duldet keinen Widerspruch und ist für sachliche Problemdiskussionen nicht mehr zugänglich. Er behandelt die anderen wie die Puppen.“¹³

Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre beendete Erich Honecker sein enges Verhältnis zur UdSSR. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bereits im Fünfjahrplan 1976 bis 1980 die Handelsbilanz der DDR ein Negativsaldo von jährlich mehr als fünf Milliarden Valutamark aufwies.¹⁴

Während seines Besuches anlässlich des 30. Jahrestages der DDR hatte Leonid Breshnew am 4. Oktober 1979 Krolikowski zufolge „vor dem gesamten Politbüro mit der Faust auf den Tisch geschlagen“ und verlangt, die Westverschuldung der DDR müsse gesenkt und die Arbeitsproduktivität gehoben werden, denn „es ist richtig, wenn gesagt wird, dass man nur das verbrauchen kann, was man erzeugt hat. Es ist

¹¹ Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker. Berlin 1991, S.325.

¹² Deutsche Bundesbank. Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. Frankfurt a.M August 1999, S.60.

¹³ Przybylski, a.a.O., S. 340.

¹⁴ Ebenda, S. 130.

doch so, dass keiner von uns auf Kosten anderer leben oder sich für Bankrott erklären will.“¹⁵

Honecker war keineswegs gewillt, diese Kritik zu akzeptieren. Einen Beleg, wie er über die sowjetische Führung 1980 dachte, ist uns durch die Notizen über die Einweisung des neuen Botschafters in der Sowjetunion durch Honecker vor dessen Dienstantritt mit Beginn des Jahres 1981 überliefert. Honecker sagte zu Egon Winkelmann:

„Wir hoffen, einen Botschafter dort zu haben, der Botschafter der DDR ist und nicht der UdSSR, bei aller Liebe. Das Grundelement unserer Tätigkeit ist die Freundschaft mit der Sowjetunion. Solange es nicht eine Union sozialistischer Staaten gibt und wir selbständig unsere Sache entwickeln müssen, müssen wir die Interessen der DDR vertreten. Das ist sehr schwierig, aber ausschlaggebend sind die Interessen der DDR. Der Botschafter kann sich nicht abseits stellen.

Sie sind Doppelzüngler, keine wahrhaften Kommunisten, so zum Beispiel Martynow (Martynow war der verantwortliche Leiter des Sektors DDR im ZK der KPdSU- S. P.) Sie sind für mich erledigt, wenn sie keine echten Revolutionäre sind. ...Es muss damit Schluss gemacht werden, dass die DDR Reparationen zahlt. Es gibt Krach um den Koeffizienten¹⁶: 14 Mark für 1 Rubel. Selbst 7 stimmt nicht...Der Rubel steht in den Wechselstuben der BRD noch viel schlechter als die Mark.“¹⁷

Honeckers Verärgerung ist nicht von der Hand zu weisen. Der gesamte Komplex der „Sonderkoeffizienten“ bedarf in der Forschung noch einer Aufklärung. Nach allem, was dazu bekannt ist, handelte es sich dabei um eine Form des Transfers von Nationaleinkommen der DDR zugunsten der UdSSR, dessen Umfang einseitig in Moskau festgelegt wurde.

Was Honecker Winkelmann im Zusammenhang mit der Einweisung als neuer Botschafter in der UdSSR sagte, zeugt von einem tiefen Zerwürfnis, wofür ich beispielgebend nur noch eine weitere Textstelle anführen möchte. Honecker sagte zu Winkelmann: „Es gibt in allen Institutionen unseres Landes ihre Vertreter, die genau wissen, was wir produzieren, und dass große Teile unseres Anlagenbaus in der Sowjetunion nachgebaut werden. Bei Leningrad werden Kameras gebaut; das sind alles unsere Kameras. Wir haben nichts dagegen.

¹⁵ BArch DE 1/56296, Peter Przybylski: a.a.O., S.327.

¹⁶ „Sonderkoeffizient“ für den Aufenthalt sowjetischer Truppen. Andere Koeffizienten gab es für die Verrechnung des Anteils an der WISMUT und für die Bezahlung sowjetischer Rüstungsgüter.

¹⁷ Egon Winkelmann: Moskau, das wars. Berlin 1997, S.16.

Aber zu sagen, wir schicken die wertvollsten Maschinen in das NSW und in die USA, und ihnen schicken wir die schlechten, ist eine Verleumdung und Frechheit.“¹⁸

Ein besonders Problem für die DDR stellten die Selbstherrlichkeiten des „regierenden Botschafters“ Pjotr Abrassimow dar, der auf Verlangen Erich Honeckers 1983 von Jurij Andropow zurückgezogen werden musste.

Zu dem Zerwürfnis zwischen DDR und Sowjetunion kam es schon in der Zeit Leonid Breshnews, nicht erst – wie allgemein immer wieder behauptet wird – in der Zeit Gorbatschows. Honecker gab Winkelmann zu bedenken: „In Moskau regiert mehr der Apparat als alles andere. Bei uns regiert das Zentralkomitee,“¹⁹ was auch nicht stimmte.

1980 verlangte Breshnew von Honecker, Mittag aus dem Politbüro zu entfernen. Den Notizen von Werner Krolikowski ist darüber zu entnehmen:

„Mielke sagte zu Willi Stoph weiter: Auch über das, was L.I. Breshnew EH (Erich Honecker) auf der Krim sagte, hat EH in der PB (Politbüro)-Sitzung nicht die volle Wahrheit gesagt. Wichtige Dinge hat er unterschlagen oder gegenüber dem PB verfälscht. EH hat zum Beispiel dem PB nicht gesagt, dass L.I. Breshnew ihm dringend geraten hat, Mittag aus der Führung herauszunehmen, so sagte Mielke zu W. Stoph, aber nach Mielkes Meinung wird E.H. dies GM (Günter Mittag) persönlich gesagt haben, um ihn unter Druck zu setzen und GM sich gefügig zu machen.“²⁰

Anfang der 80er Jahre stand die DDR wie ein Wanderer vor einer Steilwand, wie Alfred Neumann nach der Wende erklärte²¹. Kein Schritt vorwärts schien mehr möglich. Ein ganzes Knäuel ernsthafter Probleme türmte sich vor der DDR auf:

- Die bereits im August 1980 an Breshnew gerichtete Bitte Erich Honeckers, der DDR auch im Planjahr fünf von 1981 bis 1985 wie in der zweiten Hälfte der 70er Jahre Kredite zum Ausgleich der Auswirkungen der RGW-Preisveränderungen zu gewähren, war von sowjetischer Seite abschlägig beschieden worden.²²

¹⁸ Ebenda, S. 18.

¹⁹ Ebenda, S.18.

²⁰ Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Berlin 1991, S.345.

²¹ Poltergeist im Politbüro. Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann. Frankfurt/Oder 1996, S. 268.

²² Vgl. Das Schreiben Erich Honeckers an Breshnew vom 19. August 1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/JIV 2/201/30-, Hans-Hermann Hertle/Konrad Jarausch (Hg.): Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breshnew 1974 bis 1982. Berlin 2006, S.238.

- Über die Verluste, die der DDR aus der Krise in der Volksrepublik Polen im Jahre 1981 entstanden, berichtete Erich Honecker Leonid Breshnew auf dem Krim-Treffen 1982: „Ins-gesamt betragen diese Verluste rund 3,7 Milliarden Mark, d.h. 800 Millionen transferable Rubel. 1980/81 stellten wir darüber hinaus für die Volksrepublik Polen kurzfristig Valutamittel und entsprechende waren im Umfang von 550 Millionen Mark, d.h. 165 Millionen Devisen-Rubel bereit. Hinzu kommen bedeutende Solidaritätsleistungen. Schwer getroffen hat uns, dass von 1980 bis 1982 Lieferungen von fünf Millionen Tonnen Steinkohle aus der Volksrepublik Polen ausgefallen sind. Dafür mussten wir Steinkohle aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet gegen Devisen beziehen. Abgesehen davon gab und gibt es in der Kooperation bedeutende Störungen. Das ist Dir bekannt. Auf Grund der Umstellung in der Wirtschaftspolitik der Volksrepublik Polen werden Erzeugnisse unseres Maschinenbaus und Elektrotechnik im Umfang von etwa einer halben Milliarde Mark jährlich nicht mehr abgenommen. Damit ist die Struktur des gegenseitigen Warenaustausches gestört, woraus sich große Belastungen ergeben.“²³
- Am 21. Oktober 1981 informierte Konstantin Russakow, ZK-Sekretär der KPdSU, im Auftrag von Leonid Breshnew die DDR über die Kürzung von Erdöllieferungen. Die UdSSR hatte sich entschlossen, die vereinbarten Erdöllieferungen an die DDR um zwei Millionen Tonnen, zu kürzen. Honecker bat Russakow inständig um eine Überprüfung dieser Entscheidung. Er erklärte: „Ich muss sagen, es wird sehr, sehr schwer sein, eine 10%ige Kürzung des Erdölbezugs aus der Sowjetunion und ihre Auswirkungen auf die Volkswirtschaft politisch und ökonomisch zu beherrschen...Niemand wird uns verstehen, wenn wir plötzlich erklären müssen, dass der Lebensstandard bei uns sinkt. Ich sage nochmals, wir stehen unter dem pausenlosen Feuer des Westens und haben die Konterrevolution im Rücken. Im Augenblick feuern sie aus allen Rohren wegen der Einführung von Lebensmittelkarten in Rumänien.“²⁴

²³ Zit. nach Hertle/Jaraus, ebenda, S. 241.

²⁴ Niederschrift des Gesprächs zwischen Erich Honecker und Konstantin Russakow, ZK-Sekretär der KPdSU, am 21. Oktober 1981, in: Die SED- Ein Handbuch. Berlin 1997, S. 753.

- Zu dem 1981 nach Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen verhängten Kreditboykott der USA erklärte Erich Honecker 1982: „Aber für ein Land wie die DDR, das über bestimmte Rohstoffe nicht verfügt, ist die Sperrung der Waren- und Finanzkredite durch die Banken kapitalistischer Länder, die zu 80 Prozent durch den US-Dollar kontrolliert werden, besonders schwerwiegend. Das betrifft vor allem den Import von Getreide, Eiweißfuttermitteln, Grundstoffen für pflanzliche Fette, Erdöl, Nichteisenmetallen und anderen Erzeugnissen... Seit über einem Jahr haben wir auf Grund der bekannten Politik der imperialistischen Staaten keine Finanz- und Warenkredite mehr erhalten. Obwohl wir unsere Zahlungsverpflichtungen regelmäßig erfüllt haben und westliche Finanzkreise die Zahlungsfähigkeit der DDR im Vergleich mit anderen RGW-Ländern ziemlich hoch einschätzen, boykottieren die Banken mit der Begründung der Zahlungsunfähigkeit Polens und Rumäniens auch die DDR. Die Hochzinspolitik der USA verschärft die Situation.“²⁵
- Anstelle weiterer Fortschritte im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration zeigten sich im RGW sehr ernst zu nehmende Tendenzen der Desintegration. Kürzungen der Bezüge aus der DDR waren zu beklagen. Nachteilig für die DDR wirkten sich die fortgesetzte Erhöhung der Transitgebühren der Eisenbahn, die ungünstige Bewertung der kommerziellen Umrechnungskurse und die ständige Erhöhung der Tarife des Tourismus aus.²⁶ Die lange vom ZK der KPdSU geplante Beratung zu ökonomischen Fragen auf höchster Ebene fand nicht statt.

Im Spätsommer 1982 erfuhr Franz-Josef Strauß, noch zur Regierungszeit von Helmut Schmidt, von den Kreditwünschen der DDR.²⁷ Nach dem Regierungswechsel im Oktober seien ihm, wie Strauß meinte, mehr Wirkungsmöglichkeiten von der DDR zugetraut worden. Schon bei der Leipziger Herbstmesse hatte der bayrische Unternehmer im Käse- und Fleischhandel, Josef März, Alexander Schalck-Golodkowski mitgeteilt, dass Franz-Josef Strauß bereit sei, mit ihm über Kreditwünsche zu sprechen. Zu dem Gespräch kam es jedoch nicht sogleich. Am 10. April 1983 ereignete sich am Grenzübergang Drewitz in Folge eines tragischen Unfalls der Tod des Bundesbürgers Rudolf

²⁵ Zit. Nach: Hertle/Jaraus, a.a.O., S. 238 und 240.

²⁶ Vgl. ebenda, S. 244f.

²⁷ Vgl. Franz-Josef Strauß: Die Erinnerungen. Berlin 1989, S. 470.

Burkert. Strauß sprach von Mord. Honecker sagte seinen geplanten Besuch in der Bundesrepublik ab.

Am 5. Mai 1983 trafen sich auf dem Gut Spök, dem Gästehaus der Familie März Strauß und Schalck. Strauß trat Schalck gegenüber ohne Arroganz und sonstiges Gehabe auf. Schon auf der Rückfahrt wurde Schalck klar, dass Strauß über ihn einen direkten und dauerhaften Draht zu Erich Honecker anstrebte.²⁸ Strauß hatte bei dem Gespräch zu verstehen gegeben, dass er jeder militärischen Konfrontation eine Absage erteilt. Er informierte über seine Wünsche, die Situation an der deutsch-deutschen Grenze zu entspannen. Nach Abstimmung mit Kanzler Kohl könne, ohne ein Junktim herzustellen, der Kredit in zwei Raten von je 500 Millionen DM durch Bankkonsortien der Bundesrepublik an die Außenhandelsbank der DDR ausgereicht werden. Einige Tage später bestellte Honecker Schalck zu sich, um seine Position hinsichtlich eines Kredits zu übermitteln. Schalck wörtlich: „Die Gewährung eines Kredits wäre der Volkswirtschaft förderlich, müsse aber ohne solche Auflagen erfolgen, wie sie der Internationale Währungsfonds erteilt, weil das den Lebensstandard senken würde. Honecker kam Strauß entgegen-freundlichere Grenzkontrollen, Kinder bis zu 14 Jahren sollten vom Mindestumtausch befreit werden. Und er teilte persönlich und streng vertraulich mit, dass er sich ernsthafte Gedanken mache, die ‚Selbstschussautomaten‘ abbauen zu lassen und zu einer üblichen Grenzsicherung überzugehen. All dies selbstverständlich unter der Zusicherung von Verschwiegenheit – vor allem gegenüber der Presse. Am Ende sprach er gar so etwas wie eine Einladung in die DDR aus.“²⁹

Schalck und Strauß verständigten sich zur weiteren Klärung der Details auf eine Geheimverbindung über Josef März, den Strauß als seine „private Relaisstation“ bezeichnete. Am 1. Juli 1983 wurde der Vertrag über den „Milliardenkredit“ unterzeichnet.

Am 24. Juli 1983 besuchte Strauß Erich Honecker in Hubertusstock. Beide Politiker stimmten überein, dass im Falle eines Atomkrieges von den beiden deutschen Staaten nichts übrigbleiben würde. Strauß entschuldigte sich, den Tod eines Transitreisenden am Grenzkontrollpunkt Drewitz als „Mord“ bezeichnet zu haben. Er habe

²⁸ Vgl. Alexander Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen. Reinbek bei Hamburg 2000, S. 290.

²⁹ Ebenda, S. 296f.

seitdem mehrfach öffentlich erklärt, dass seine Ausdrucksweise „nicht juristisch“ gemeint gewesen sei.

Für das persönliche Engagement beim „Einfädeln“ der jüngsten Kreditvereinbarung dankte Erich Honecker Franz-Josef Strauß: „Diese Vereinbarung, dieses Bankgeschäft sei für beide Seiten von Nutzen und werde sich gewiss positiv auf die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen auswirken.“³⁰

Der Milliardenkredit half der DDR aus den ärgsten Zahlungsproblemen im Jahre 1983 heraus. Der von den USA entfachte Kreditboykott hielt dennoch unverändert an.³¹

Schon im Sommer 1984 meldete die DDR einen weiteren Kreditbedarf an. Schalck verhandelte einen Drei-Milliarden-Kredit mit Philipp Jenninger.³² Die DDR brauchte von diesem Kredit nur 950 Millionen DM in Anspruch zu nehmen, weil der Kreditboykott jetzt nicht mehr aufrechterhalten wurde.

Auch der zweite Kredit wurde wieder ohne Junktim gewährt, da die DDR im Gegenzug vieles im Besucherverkehr änderte. Auf den neuen BRD-Kredit an die DDR reagierte die sowjetische Führung unter Konstantin Tschernenko, die nach der Pershing-Stationierung eine „Eiszeit“ wünschte, mit einer unübersehbaren Verstimmung.

Im Sommer 1964 fand eine Pressepolemik zwischen der „Prawda“, dem „Neuen Deutschland“ und der ungarischen Parteizeitung „Népszabadság“ statt.³³ Die „Prawda“ polemisierte gegen Erich Honecker, der auf der 7. ZK-Tagung im November 1983 angesichts der Stationierung von „Pershing“-Raketen und Cruise Missiles in der Bundesrepublik zu einer „Schadensbegrenzung“ aufgefordert hatte³⁴. Auch hatte die „Prawda“ behauptet, dass die DDR „unterminiert“ sei. Dagegen polemisierten das Neue Deutschland und die ungarische Zeitung, indem sie auf dem Recht der kleinen sozialistischen Staaten bestanden, auf eine Entspannung hinzuwirken.

³⁰ Niederschrift über die Gespräche des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der CSU und bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß am 24. Juli 1983 in Hubertusstock, in: BStU- BArch DY 30/2400, Bl. 12.

³¹ Vgl. ebenda DY 30 IV/2/2.039/263, Bl.10.

³² Vgl. Strauß, Die Erinnerungen, a.a.O., S. 476.

³³ Vgl. Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989. München 2007, S.484.

³⁴ Erich Honecker: „Als wirkliche Anhänger des Friedens lassen wir uns stets von der alten Volksweisheit leiten, dass es auf jeden Fall besser ist, zehnmal zu verhandeln als einmal zu schießen.“ – „Wir sind dafür, den Schaden möglichst zu begrenzen.“ In: In kampferfüllter Zeit setzen wir den bewährten Kurs des X. Parteitages für Frieden und Sozialismus erfolgreich fort. 7. Tagung des ZK der SED 24./25.11.1983, S.16 und S.17.

Am 17. August 1984 fand ein Geheimgespräch der Parteiführungen der KPdSU und der SED in Moskau statt. Honecker hatte sich von dem Treffen einen „Uhrenvergleich“ in dem Sinne versprochen, dass in grundsätzlichen Fragen SED und KPdSU zu einheitlichen Positionen gelangen würden. Das sollte sich als Irrtum herausstellen. Verteidigungsminister D.F. Ustinow formulierte den sowjetischen Standpunkt deutlich: „Ich möchte eine Sache hier offen – und damit nichts unausgesprochen bleibt –sagen- *es fehlt Ihnen an Härte in den Beziehungen mit der BRD* (Hervorhebung-d.Vf.).“³⁵

Auch Gorbatschow, der de facto schon die Fäden in Moskau in der Hand hatte, enttäuschte Honecker. Eines war klar, Moskau wünschte 1984 keinen Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik. Mutig äußerte abschließend Honecker: „Der Besuch in der BRD ist eine Sache, die in der Führung der SED zu entscheiden ist.“³⁶

Der 1984 geplante Besuch wurde schließlich wieder einmal abgesagt.

Ganz entscheidend hing der weitere Gang der Dinge davon ab, ob die DDR in den 80er Jahren ihre wirtschaftlichen Ziele würde erreichen können. Die DDR und auch die anderen RGW-Staaten standen vor der Frage, ob sie solche Spitzentechnologien wie die Mikroelektronik und die Robotertechnik würden meistern können.

Seit 1977 spielte das Mikroelektronik-Programm in der Wirtschaftspolitik der SED eine erstrangige Rolle. Im Rechenschaftsbericht an den X. Parteitag der SED hatte Erich Honecker dazu folgende Bewertung vorgenommen: „Die DDR gehört heute zu den wenigen Ländern der Welt, die auf wichtigen Gebieten über das Potential verfügen, um mikroelektronische Bauelemente zu entwickeln und zu produzieren, ausgewählte Vormaterialien herzustellen und hochwertige technologische Ausrüstungen dafür zu fertigen.“³⁵

Die SED konzentrierte 50 Prozent der Investitionsmittel und knapp 50 Prozent der Mittel für Wissenschaft und Technik auf die Mikroelektronik. Die DDR nahm eine äußerst riskante Konzentration der Investitionsmittel vor. Der westliche Markt stand ihr wegen der Embargobestimmungen nur teilweise zur Verfügung. Gleiches galt für die Sowjetunion, die die Förderung der Hochtechnologien auf den

³⁵ Niederschrift über das Treffen zwischen Genossen Erich Honecker und Genossen Konstantin Ustinowitsch Tschernenko am 17. August 1984 in: SAPMO-BArch DY 30/2380, Bl. 62 und 127.

³⁶ Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag. In: Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der SED, Bd.1, S. 55.

Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag. In: Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der SED, Bd.1, S. 55.

streng eingegrenzten Bereich die Rüstungswirtschaft konzentrierte. Die DDR erreichte ihre hochgesteckten Ziele in der Mikroelektronik nicht, ihre Produkte blieben ein Jahrzehnt hinter dem Weltstand und waren zudem viel teurer als vergleichbare Produkte auf dem Weltmarkt.

Im Rückblick sagte dazu Alfred Neumann: „In bestimmten Umfang stellten wir auch Chips her, weil die COCOM-Liste uns das Kaufen im Westen verwehrte. Man hätte feststellen müssen, welche das waren. Es gab ja eine Vielzahl von Chips, die wir hätten billig kaufen können. Es wäre billiger gewesen, dafür Valutageld auszugeben, als sie selbst herzustellen. Dafür hätte man den Aufbau eigener Kapazitäten gespart. Das hätte uns geholfen. Es war ein alter Streit, den ich mit Mittag hatte.“³⁷

Ab Anfang der 80er nahm die SED Kurs auf die Einführung der Robotertechnik in die Wirtschaft der DDR. In Vorbereitung der Direktive, die der X. Parteitag der SED im Jahre 1981 beschließen sollte, wurde eine 50-köpfige Kommission berufen. Alfred Neumann wurde dazu gezogen. Mittag präsierte. Schürer hielt einen Vortrag. Als Eckpunkte nannte er die 40 000 bis 45 000 Roboter, die im Planzeitraum in der Volkswirtschaft zur Anwendung kommen sollten. Neumann sah sich das an und fing an zu rechnen. Er wusste, dass ein normaler Roboter etwa 150 000 Valuta-Mark auf dem Weltmarkt kostet. Dazu brauchte man Zu- und Abführungen. Ein Roboter konnte ohne diese nicht arbeiten. Wenn man das nicht hatte, brauchte man vor und nach dem Roboter Handbetrieb. Neumann errechnete rund 200 000 Valuta-Mark für einen Roboter und multiplizierte mit 40 000. Gleich in der Sitzung fragte er Rudi Georgi, den Minister für Werkzeugmaschinenbau, nach seinen Investitionsmitteln. Dieser hatte das Geld für die etwa 10 000 Roboter nicht, die auf seinen Bereich entfielen. Neumann fragte Schürer, ob er Georgi die Investmittel, die ihm fehlen, geben wird. Schürer antwortete, dass dies Georgi aus seinen Mitteln bestreiten müsse.

Der X. Parteitag fasste den Beschluss über den Einsatz 40000 bis 45000 Roboter in der Industrie, obwohl die dafür notwendigen 80 Mrd. VM fehlten. Daraus ergab sich eine Umgliederung der Aufgabe. Allen Kombinat und wichtigen Betrieben wurde die Aufgabe zugewiesen, eine bestimmte Anzahl von Robotern selbst herzustellen.

³⁷ Poltergeist im Politbüro. Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann. Frankfurt/Oder 1996, S. 268.

Neumann nahm das alles mit einem höhnischen Lächeln zur Kenntnis. Dann fragte er danach, wie das gemacht wird? Er fragte überall, wo er hinkam: „Wieviel Roboter müsst ihr bauen? Wie macht ihr das?“ Das bedeutete, jedes Kombinat musste eine Spezialabteilung für den Roboterbau schaffen. Aber die hätten alle keine Ahnung gehabt, meinte Neumann. Die wussten nicht, was Roboter sind. Wieviel Achsen erforderlich sein würden? Mit welchen Sensoren sie ausgerüstet werden müssten. Wie sollte zugefasst werden? Die Stellmotoren hatten sie nicht. Wenn ein Roboter zfasst, z.B. bei einer Brille, dann muss er in der richtigen Stärke am richtigen Punkt zfassen. Ein Stellmotor muss auf Bruchteile genau die zfassende Hand steuern. In der DDR gab es die Stellmotoren nicht, die Sensoren nicht, die kleinen Teile der Mechanik nicht. Aber die Betriebe wurden beauftragt, Roboter zu bauen.

Neumann fragte im Politbüro: „Wie geht denn der Roboterbau?“ Er erhielt die Antwort: „Er läuft gut.“- „Darf ich einmal die Frage stellen, was unter einem Roboter verstanden wird?“ Pause: Dann wurde aufgezählt, zunächst die großen Roboter.

Neumann fragte weiter: Stimmt das, dass unter dem Oberbegriff „Roboter“ Handhabungsgeräte und Manipulatoren eingeordnet werden?“- „Ja“, wurde geantwortet.

Damit die Gesamtzahl herauskommt, änderten Mittag und Schürer die Definition für einen Roboter. Schon lange vorhandene Handhabungsgeräte nahmen sie in die Rechnung und dann kam die für die Planerfüllung erforderliche Zahl dabei heraus. Dazu erklärte Neumann weiter: „Die, die anfangen Roboter zu bauen, hatten keine Ahnung.“ In einem Betrieb fragte er: „Was ist das für eine Maschine, die da steht?“ Antwort: „Das ist der einarmige Bandit.“

Also ein Roboter, der nicht funktionierte, war ein einarmiger Bandit. Eine so komplizierte Aufgabe, wie sie der Roboterbau darstellte, durfte so nicht gemacht werden. Weiter Neumann: „Hier wäre ein Höchstmaß an wissenschaftlicher und technischer Kapazität erforderlich gewesen. Dazu gehörte auch die mikroelektronische Steuer- und Messtechnik, wenn das bis auf die tausendstel Millimeter stimmen sollte.“³⁸

Infolge der Starrheit der Produktionsverhältnisse der Länder des RGW gelang es in dieser Weltregion nicht, den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion zu vollziehen. Unter Bedingungen der Monopolisierung von Macht und Informationen erhielten die

³⁸ Poltergeist im Politbüro, a.a.O., S. 268.

Produktivkräfte des Computerzeitalters nicht die erforderlichen Entfaltungsmöglichkeiten. Der RGW-Raum wurde in einer Zeit zunehmender Globalisierung zum Nachzügler an der Peripherie des Weltmarktes. Im Wettlauf mit dem Westen gelang es nicht, die Spitzentechnologien zu meistern.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die vom militärisch-industriellen Komplex der Sowjetunion diktierte, völlig überzogene Rüstung, die die Wirtschaft substanziell schwächte und letztlich ruinierte. Schon Anfang der 80er Jahre betrug der Rüstungsanteil am Nationaleinkommen der DDR 11 Prozent.³⁹

Nach langjähriger Vorbereitung wurde erst am 27. Mai 1987 in Berlin auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages „Die Verteidigungsdoktrin des Warschauer Vertrages“ beschlossen, die eine Rückführung der Überrüstung beinhaltete.⁴⁰ Man war sich erst jetzt darüber im Klaren, dass es in einem Kernwaffenkrieg weder Sieger noch Besiegte geben würde. Nach der Annahme der neuen Militärdoktrin des Warschauer Vertrages gab es die grundlegende Veränderung, dass

- von der Absicht, den Aggressor auf seinem eigenen Territorium zu vernichten, Abstand genommen wurde.

Stattdessen bestand die Aufgabe darin,

- die Unantastbarkeit der Grenzen zwischen NATO und Warschauer Vertrag zu garantieren,
- aktive und standhafte Verteidigungshandlungen durchzuführen und
- den Aggressor in Grenzgefechten und Grenzschlachten zu vernichten.

Am 21. Januar 1989 fasste der Nationale Verteidigungsrat der DDR den Beschluss⁴¹:

- die NVA einseitig um 10.000 Mann zu verringern
- sechs Panzerregimenter aufzulösen
- 600 Panzer zu reduzieren, die für volkswirtschaftliche Zwecke umgerüstet oder verschrottet werden

³⁹ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/2/2.039/184, Bl.1.

⁴⁰ Fakten zur Militärpolitik der DDR. Ein Zeitzeuge berichtet. Von Generaloberst a.D. Fritz Streletz, in: Kompass. Sonderausgabe 2019. Magazin des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR, S. 8.

⁴¹ Ebenda, S. 9f.

- Ein Fliegergeschwader aufzulösen und 50 Kampflugzeuge außer Dienst zu stellen
- Die Verteidigungsaufgaben um 10 Prozent zu reduzieren
- Die Reduzierungsmaßnahmen bis Ende 1990 abzuschließen und die Struktur der NVA auf einen noch strikteren Verteidigungscharakter umzugestalten.

Diese Entlastung der DDR von Aufwendungen für die Verteidigung war zu zaghaft und kam über ein Jahrzehnt zu spät.

Die Subventionen in Wirtschaft und Gesellschaft der DDR erreichten 1989 ein Übermaß, was die Wirksamkeit des Wertgesetzes stark beeinträchtigte: „Durch das künstliche Niedrighalten der Preise zur ‚Sicherung stabiler Preise für Waren des Grundbedarfs, Tarife und Dienstleistungen für die Bevölkerung‘, unabhängig von den tatsächlichen Aufwendungen und Kosten, wuchsen die Subventionen aus dem Staatshaushalt hierfür 1988 auf 49,8 Mrd. Mark, dazu kamen die Subventionen für Wohnungsmieten in Höhe von rd. 8 Mrd. M. Das waren 22 % aller Ausgaben des Staatshaushaltes.“⁴² Die Subventionen betragen am Ende der Ulbricht-Ära 8 Mrd. Mark, am Ende Honecker-Ära waren sie 58 Mrd. Mark gestiegen.⁴³ Am 27. Oktober 1988 wandte sich das Kollektiv der Schicht A, Block 5 bis 8, des VE Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner“, Stammbetrieb Greifswald, mit insgesamt 47 Werkträgern mit einer Eingabe an den Staatsrat der DDR. Gefordert wurde eine Korrektur des Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ferner wurde gefordert:

- Eine Korrektur der Subventionspolitik – zum Beispiel bei Grundnahrungsmitteln und Kinderbekleidung und der Wohnungsmiete
- Die Durchsetzung des Leistungsprinzips
- Behebung der Mängel in der Versorgung und beim Bau des Blockes 5

Die Massenmedien sollten mehr über Unzulänglichkeiten berichten.⁴⁴ Die Eingabe wurden dem Politbüro zur Kenntnis gegeben, jedoch von vornherein als „Plattform“ und „Angriff auf die Generallinie der Partei“ denunziert.

Im letzten Jahrzehnt der DDR reichte der Zuwachs an Nationaleinkommen nicht mehr aus, um die Valuta-Kredite sowie die Zinsen zu til-

⁴² Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Versuch einer Abschlussbilanz. Berlin 2010, S. 223.

⁴³ Vgl. Gerhard Schürer: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biografie. Frankfurt oder 1996, Berlin 2014, S.25–28.

⁴⁴ SAPMO-BArch, DY30/JIV 2/2/2304, Bl.16–22.

gen. Für diesen Zweck mussten neue Kredite aufgenommen werden. Allein 58 Mrd. VM berappte die DDR während der Honecker-Ära an Zinsen für Valuta-Kredite.⁴⁵ Der KoKo-Bereich des Schalck-Golodkowski erwirtschaftete in dieser Zeit nur 41 Mrd. VM.⁴⁶ Von einer Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik konnte in der DDR schon lange keine Rede mehr sein. Die im Jahre 1989 angefertigte „Prognose über die Bewegung und Beherrschbarkeit der DDR-Schulden im Zeitraum von 1989 bis 1995 gegenüber dem kapitalistischen Ausland“ traf die betrübliche Feststellung, dass die DDR bereits jetzt weitestgehend von kapitalistischen Kreditgebern abhängig⁴⁷ sei.

Dennoch entschied sich das Politbüro der SED am 29. November zu einer „Erhöhung der Mindestrenten und Mindestbeträge der Alters-, Invaliden- und Unfallrenten“ (Vgl. Tabelle)⁴⁸.

Arbeitsjahre	Mindestbetrag Bisher Mark	Mindestbetrag ab 1.12.1989 Mark	Erhöhung Mark
15 bis unter 20	320	340	30
20 bis unter 25	320	350	30
25 bis unter 30	330	370	40
30 bis unter 35	340	390	50
35 bis unter 40	350	410	60
40 bis unter 45	360	430	70
45 und mehr	370	470	100

Die erste Auszahlung war mit dem 1. Dezember 1989 erst in relativ großer Ferne festgesetzt.

Der Fünfjahrplan 1986 bis 1990 konnte nicht erfüllt werden. Es gelang nicht, die vorgesehenen Investitionen und Reparaturen im produktiven Bereich durchzuführen, den Materialverbrauch zu senken und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Die industrielle Warenproduktion wies bis 1989 ein Minus von 88 Milliarden Mark auf. Zu verzeichnen war ein

⁴⁵ Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Bd.2, Berlin 1992, S. 330.

⁴⁶ Schürer, a.a.O., S. 109–114.

⁴⁷ Przybylski, Bd.2, S. 358.

⁴⁸ SAPMO-BArch, DY30/J IV 2/2/2305, B.44

Rückgang des Exports und eine überplanmäßige Zunahme des Imports aus dem NSW.⁴⁹

Alle Versuche, 1989 Eckpunkte für den nachfolgenden Fünfjahrplan bis Mitte der 90er Jahre zu konzipieren, scheiterten. Lediglich der XII. Parteitag wurde Ende 1988 für 1990 vorangekündigt.⁵⁰ Dieser sah als Punkt 6 der Tagesordnung vor: „Direktive des XII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1991 -1995.“⁵¹ Die DDR hatte alle ihre Potentiale im Rahmen des realen Sozialismus ausgeschöpft.

Gerhard Schürer fasste die 1989 entstandene Situation in die Worte: „Es stimmt nicht, dass die DDR pleite war, sie hat alle ihre Rechnungen bezahlt. Aber ich sag' immer: Sie war latent auf dem Weg zum Bankrott, irgendwann wäre sie wahrscheinlich zusammengebrochen.“⁵²

⁴⁹ Vgl. Gerhard Schürer: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen. Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, in: Deutschland-Archiv, 10/1992, S. 1112–1120.

⁵⁰ Vgl. Poltergeist im Politbüro, a.a.O., S. 289.

⁵¹ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/272302, Bl. 11.

⁵² Zit. nach: Jonah Wermter: Wie kaputt war die DDR-Wirtschaft?, ntv vom 5.10.2019.

Berichte

Die ITH steht auf sicheren Füßen

Bei der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH) kam es mit Beginn des Jahres 2020 zu einigen Neuerungen, die die Zukunft der ITH auch langfristig sichern sollen und können. Dies verdankt sich, auf der materiellen Seite, der verstärkten Unterstützung der ITH durch die Arbeiterkammern Österreichs und dem positiven Trend bei der Zahl der tragenden institutionellen und der neuen individuellen Mitglieder. Wenn die Mitgliedergemeinde sich weiterhin voll in die ITH einbringt, dann wird die ITH in der Lage sein, ihre Rolle als eine wichtige intellektuelle und institutionelle Basis und Anstoßgeberin der Forschungen und Debatten zur Geschichte der Arbeit und der Arbeiter/innenbewegung zu spielen. Auch institutionell sind Änderungen im Gang. Lukas Neissl, der langjährige Generalsekretär, wird sich im September 2020 wohlverdient verabschieden. An dieser Stelle sei ihm noch einmal für seine Arbeit und sein Engagement der letzten Jahre gedankt. Seit Anfang 2020 ist die Organisation der jährlich im September stattfindenden Linzer Konferenz von den sonstigen Management- und Administrationsagenden der ITH getrennt. Die Konferenzagenden obliegen nun Charlotte Rönchen, ein neuer Generalsekretär wird noch gesucht.

Aufgrund der weltweiten Covid19-Pandemie wurde die für dieses Jahr geplante 56. ITH-Konferenz auf den 23.-25. September 2021 verschoben. Sie wird sich mit dem Thema Migration beschäftigen, und nach dem Handeln und den Interessen der Migrierenden, der ortsansässigen Arbeitenden und Arbeiter/innenorganisationen, der Unternehmerseite und des Staates fragen. Im Herbst dieses Jahres wird der Call for Papers nochmals ausgeschickt, und wir hoffen auf zusätzliche Bewerbungen mit historischen und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen, die das eigene Forschungsfeld auch in einen weiteren Kontext stellen.

Wir freuen uns auf eine spannende Konferenz im nächsten Jahr und sehen der weiteren Entwicklung der ITH, und den Beiträgen der Mitglieder und der Forscher/innengemeinde mit großem Interesse entgegen.

*Charlotte Rönchen (Konferenzmanagement),
Susan Zimmermann (Präsidentin der ITH)*

Aus dem Vereinsleben

Findbuch zum Bestand: Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Am 5. Dezember 1997 beauftragte der Vorstand des Förderkreises das Vereinsmitglied, die Archivarin Sylvia Gräfe, mit dem Aufbau eines Vereinsarchivs. Eine erste Sichtung der bis dahin abgelegten ungeordneten Arbeitsmaterialien und Schriftstücke im Schrank des Vereinszimmers in Berlin-Lichterfelde wurde im Jahre 1998 vorgenommen. Im Ergebnis der Sichtung wurde ein Aktenplan für archivwürdiges Schriftgut dem Vorsitzenden vorgelegt.

Seit Mai 2020 ist der Aktenbestand durch ein Findbuch erschlossen. Geordnet und verzeichnet wurden die Grundsatzdokumente, Protokolle der Jahresversammlungen und Vorstandssitzungen, Geschäftsberichte, Unterlagen zur Mitgliederbewegung und Schriftwechsel mit Einzelpersonen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Arbeitsmaterialien von Vereinsmitgliedern.

Die veröffentlichten Mitteilungshefte ab 1991 sind in einem gesonderten Verzeichnis mit Abkürzungsverzeichnis erfasst, wo der Inhalt der Hefte, die Herausgeber, Redakteure sowie die Autorinnen und Autoren verzeichnet wurden.

Insgesamt liegen 115 Akteneinheiten mit 1,10 lfm Archivgut für den Zeitraum von 1991 bis 2020 vor.

**Der Vorstand bittet alle Mitglieder, in ihrem Besitz befindliches Schriftgut aus der Tätigkeit des Vereins an die Archivarin Sylvia Gräfe abzugeben. Um eine Fotodokumentation aufbauen zu können, bitten wir die Mitglieder um Fotos von Veranstaltungen des Vereins im Bundesarchiv oder anderen Orts. Sollten Mitglieder in der Presse über die Arbeit des Förderkreises berichte haben, stellt bitte Kopien der entsprechenden Presseartikel zur Verfügung.
Kontaktadresse: E-Mail: s-graefe@live.de**

Aktivitäten von Vereinsmitgliedern

Interview mit Prof. Dr. Gerhard Engel

Du gehörst zu jenen Fachkollegen, die stets sehr aufmerksam die Entwicklung der „Mitteilungen“ zu einem wissenschaftlichen Fachorgan auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung verfolgt haben. Auch Du hast frühzeitig auf den besonderen Stellenwert eines Periodikums hingewiesen, dass die Quellen der Geschichtsschreibung in Archiven und Bibliotheken besonders berücksichtigt. Darüber hinaus hast Du in den „Mitteilungen“ selbst wichtige Rezensionen veröffentlicht und in Deinen Anmerkungen in der dem fünfundzwanzigjährigen Bestehen unseres Förderkreises gewidmeten Festschrift einige Wünsche für das weitere Wirken unseres gemeinnützigen Vereins und seines Fachorgans formuliert. Was läuft aus Deiner Sicht in die richtige Richtung? Wo sollte man nachsteuern?

Wie das Echo auf die „Mitteilungen“ zeigt, stimmt die Richtung. In jeder ihrer Rubriken steckt natürlich noch Entwicklungspotential. Ein Alleinstellungsmerkmal besteht in den für die Forschung wichtigen Mitteilungen über die für die Geschichte der Arbeiterbewegung wichtigen Archiv- und Bibliotheksbestände. Da ist noch ein großes Feld zu beackern. Ich denke z. B. an eine annotierende und quellenkritische Durchsicht der anwachsenden Zahl von Nachlässen und der archivierten, umfangreichen Sammlung der Erinnerungen von Teilnehmern an wichtigen Ereignissen in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Interessant fände ich, wenn es eine Möglichkeit gäbe, die weitere Entwicklung der Bibliothek und des Archivs der Rosa-Luxemburg-Stiftung kontinuierlich zu verfolgen. Ausbaufähig ist auch der kommentierte Abdruck interessanter Fundstücke aus Archiven, gewissermaßen Lesefrüchte der Forschenden. Ähnliches gilt für Berichte über wissenschaftliche Veranstaltungen und den Rezensionsteil. Da es sich bei allen Fachorganen als unmöglich erweist, die Fülle neuer Publikationen adäquat durch Rezensionen abzubilden, sollten die „Mitteilungen“ bewährte Mittel wie kurze Annotationen und Selbstanzeigen von Autoren wiederbeleben.

Das Profil der „Mitteilungen“ leitet sich aus dem Namen des herausgebenden Förderkreises ab. Das immunisiert gegen die Versuchung, es

anderen bestehenden Fachorganen gleich zu tun. Dennoch sollte in jedem Heft eine spezielle wissenschaftliche Studie ihren Platz finden, am besten aus der Feder eines jungen Historikers, der noch auf dem Weg in die Öffentlichkeit ist. Nachwuchsförderung für das historische Spezialgebiet Geschichte der Arbeiterbewegung sollte einem Organ, das auf die Schätze der Archive und Bibliotheken orientiert ist, ein herausragendes und profilbildendes Ziel sein. Ich vermisse z. B. die früher von der leider eingegangenen „Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (IWK) geübte Praxis, in fast jeder Ausgabe über neu begonnene Dissertationen oder andere Vorhaben zu informieren. Das erleichtert Kooperation und auch interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Nachbardisziplinen wie der Politikwissenschaft und verhindert Doppelarbeit. Die Daten wurden mit einem aus dem Heft zu trennenden Meldeformular erhoben. Und natürlich bräuchte die Redaktion kooperative Ansprechpartner in Hochschulinstituten, Archiven und Bibliotheken.

Inzwischen bist Du auch Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ unseres Periodikums geworden. Was war Deine Motivation? Was sollte dieser Beirat aus Deiner Sicht leisten?

Abgesehen davon, dass die Berufung in einen Wissenschaftlichen Beirat eine die Eitelkeit kitzelnde Anerkennung von Kompetenz bedeuten kann, war mein Einverständnis zur Mitarbeit mit der Erwartung verbunden, hier trotz und wegen meines vorgerückten Alters noch etwas Nützliches tun zu können. Wenn die Bedingungen dafür gegeben sind, müsste sich das Gremium zu seiner Konstituierung versammeln. Es braucht einen Sprecher und Festlegungen zu seiner Arbeitsweise. Sonst bleibt es bei einer arbeitslosen Reputationseinrichtung, von der Herausgeber und Redaktion nichts haben würden. Meines Erachtens sollte der Beirat die Redaktion in profilbestimmenden Arbeitsrichtungen und thematischen Schwerpunktsetzungen beraten. Jedes einzelne Mitglied sollte je nach seiner/ihrer Spezialisierung für die Qualitätssicherung der eingereichten Beiträge herangezogen werden.

Du blickst auch auf ein reiches Historikerleben zurück. Bereits als junger Wissenschaftler gehörtest Du zu dem Autorenkollektiv, das von 1962 bis 1966 die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ erarbeitete. Worin bestand und besteht bis heute aus Deiner Sicht die Bedeutung dieses Achtbänders?

Diese Arbeit war in den Jahren des beruflichen Anfangs eine große und prägende Herausforderung. Ich hatte gerade begonnen, mich speziell mit der Geschichte der Arbeiterbewegung zu befassen und studierte bei meinem unvergessenen Doktorvater Erich Paterna mir von ihm überlassene Funde zur Geschichte der Bremer Linken aus dem Zentralarchiv der DDR. Spezialisten für die Periode zwischen Jahrhundertwende und Ende des Ersten Weltkriegs waren knapp. Für den Band II, den Dieter Fricke verantwortete, standen mit Annelies Laschitza und mir nur nicht promovierte „Anfänger“ zur Verfügung. Ich erinnere mich gern harter Lehrjahre und der Arbeit im Kollektiv, auch der Zusammenarbeit mit den Zeitzeugen der von uns darzustellenden Geschichte wie Albert Schreiner, Fritz Globig und Wilhelm Eildermann.

Das Werk entstand bekanntlich auf Beschluss der SED-Führung. Es sollte eine umfassende historische Begründung für die Sieghaftigkeit einer von einer marxistisch-leninistischen Partei geführten Gesellschaftsentwicklung von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zu deren Krönung in Gestalt der DDR liefern. Es ging also um einen historischen Legitimitätsnachweis für die führende Rolle und die Politik der Partei. Dieses den acht Bänden zugrundeliegende Konzept unterlag zwar schon während der Existenz der DDR einer gewissen Erosion, doch mit dem Ende der DDR 1989/90 legte es die Geschichte selbst ad acta.

Dennoch kann ich nicht sagen, da stehe heute nur noch achtbändige Makulatur in den Regalen. Unbeschadet ihres geschichtspolitischen Zuschnitts handelt es sich immer noch um die umfangreichste Darstellung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Sie enthält eine Fülle detailreichen Materials, das von den parallel erschienenen Nachschlagewerken wie Kurzbiographien und Chronik flankiert wird. Auch manche Beurteilung von Ereignissen hält heutigem Forschungsfortschritt stand. Das nimmt freilich in dem Maße ab, in dem sich die Darstellung der Arbeiterbewegungsgeschichte zu einer Geschichte der DDR wandelt, die nach den jeweiligen Beschlüssen der SED illustriert wird. Und wichtig bleibt: Geschichte ist nicht nur der reale Ablauf widersprüchlicher historischer Prozesse, sondern stets auch die Geschichte des Kampfes um deren Deutung. Für deren Erforschung ohne politische Voreingenommenheit und Etikettierungssucht ist der Achtbänder eine wichtige Quelle. Welcher Historiker könnte unterschreiben, dass der Vergangenheit angehörende Publikationen nicht benutzt werden müssten, wenn es um die Forschungs- und Interpretationsgeschichte historischer Ereignisse und Prozesse geht?

1967 hast Du Deine Dissertation über ideologische Positionen und politische Auffassungen des führenden Bremer Linken Johann Knief verteidigt. Warum hast Du gerade ihn ausgewählt? Was bewog Dich nach der „Wende“ – sie war ja auch für Dich wie für fast alle in der DDR sozialisierten Fachkolleginnen und -kollegen ein sehr tiefgehender Einschnitt – eine Biografie über diesen Protagonisten zu schreiben und zu veröffentlichen und darüber hinaus eine Biografie über den weithin unbekanntem Dr. Rudolf Franz?

Eure Frage nach meinen biografischen Arbeiten schließt in Parenthese die Frage ein, welchen Einschnitt die „Wende“ für mich persönlich bedeutet hat. Ich antworte also auf zwei Fragen, wobei die Antworten einander berühren.

Natürlich gehörte das Ende der DDR zu den schwersten Phasen meines Lebens. Ich kann hier nicht über die Umstände und Personen erzählen, die den Weg eines bei Kriegsende knapp Elfjährigen zum prosozialistischen homo politicus prägten. Das Nachdenken über Mitverantwortung in leitenden wissenschaftspolitischen Funktionen für das Scheitern einer Alternative zu jener Gesellschaft, die mich 1945 die Schrecken des Krieges hautnah erleben ließ, wird mich zeitlebens begleiten. Antworten zu suchen und zu finden verträgt sich nicht mit einer Selbstpreisgabe in defätistischem Pessimismus. Was um 1990 scheiterte, hinterließ die ungelösten Probleme der Menschheit, ja spitzte sie noch zu, weil längst durch die Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert Errungenes wieder zur Disposition stand. Die Niederlage zu verstehen, forderte dazu heraus, die durch sie nicht widerlegten Grundansichten zu prüfen, selbstkritisch über sein Ego nachzudenken und sich neu als Linker zu positionieren. Der Beruf des Historikers, die ihm zu Gebote stehenden Methoden historischer Analyse, erwiesen sich da als vorteilhaft. Und die erneute Hinwendung zu Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung hatte natürlich damit zu tun, dass viele Antworten auf Fragen zum Untergang sozialistischer Staatlichkeit in Europa durch die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung gegeben werden. Ingo Materna integrierte mich 1990 in das von ihm geleitete, bis 2002 andauernde Editionsprojekt „Arbeiter- und Soldatenräte in Groß-Berlin 1918/19“. An der Humboldt-Universität hielt ich eine Spezialvorlesung zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, die interessanterweise vor allem von Studenten der Freien Universität besucht wurde. Für das Studienjahr 1991/92 untersagte man

mir die Fortsetzung der Lehrtätigkeit. Der Alltag enthielt mehr und mehr Demütigungen für die „Professoren alten Rechts“, die in meinem Falle auch durch das Argument gestützt waren, ich sei in der DDR besonders staatsnah gewesen, was ich auch keineswegs leugnen wollte. So endete meine auf eine Institution gestützte berufliche Laufbahn im Mai 1992. Ich setzte sie fort als wegen „Überqualifikation“ schwer vermittelbarer Arbeitsloser, dann als „Rentner wegen Arbeitslosigkeit“ und schließlich seit 1999 als Altersrentner.

Nun zu meinen biografischen Arbeiten. Wie kehrte ich zu Johann Knief zurück? 2005 lud der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der Arbeiterbewegung beim Parteivorstand der PDS zu einem Colloquium anlässlich des 125. Geburtstages von Knief ein. Der Germanist und Romanautor Wolfgang Beutin sollte seinen 2003 erschienenen Roman „Knief oder Des großen schwarzen Vogels Schwingen“ vorstellen. Der Arbeitskreis suchte nach einem Historiker, der als Pendant zum Roman einen wissenschaftlichen Vortrag über Knief halten könnte. Er verfiel auf mich in Erinnerung an meine angestaubte Dissertation. Am Ende der diskussionsfreudigen Veranstaltung wurde ich nachdrücklich aufgefordert, meine alten Forschungen kritisch aufzugreifen und nachzuholen, was nach der Dissertation nicht geleistet worden war, nämlich Kniefs Leben und Wirken in einer ausführlichen wissenschaftlichen Biografie darzustellen. Meine Dissertation war in der DDR nur in Auszügen publiziert worden. Die Bremer Linksradiكالen und ihr Anhang in anderen Regionen, die zweite Quellgruppe der KPD neben Spartakus, galten nicht als parteigeschichtlich besonders bedeutend, weil die SED ihre eigene Tradition weitgehend einseitig auf den Spartakusbund gründete.

Biografien bieten die Möglichkeit, im Mikrokosmos des Einzelnen besonders anschaulich den Makrokosmos des Ganzen sichtbar zu machen. Dies kann umfassender geschehen, wenn man versucht, den Protagonisten seiner Arbeit nach der mich überzeugenden Forderung der Humanontogenetik als biopsychosoziale Einheit zu erfassen. Auf dem Hintergrund meiner eigenen politischen Erfahrungen interessierten mich die Pluralität der Bewegung, die zur Herausbildung der KPD führte, und – wie schon bei der Geschichte der Rätebewegung – das Demokratieverständnis des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung. Bei der Bremer Richtung fiel zudem der Dualismus von basisdemokratischem Parteiverständnis und Anstreben einer proletarischen Diktatur ins Auge,

die beim Fehlen einer Mehrheit Demokratie durch eine Minderheitsherrschaft garantieren sollte.

Schließlich befasste ich mich mit Knief als mit einem, dessen Utopien sich historisch nicht realisieren ließen. In dieser Hinsicht wiesen Protagonist und Biograf eine gewisse Ähnlichkeit auf.

All das waren auch Antriebe für die weiteren biografischen Arbeiten, so über den aus dem Bildungsbürgertum stammenden promovierten Feuilletonisten der Arbeiterpresse und satirischen Schriftsteller Rudolf Franz, einen Linkssozialisten und Mitbegründer der Gruppe Internationale, den ich als Freund Kniefs kennenlernte und der später zwischen den Fronten innerhalb der Arbeiterbewegung zerrieben und von allen Seiten absichtsvoll vergessen wurde. Der Bremer Chefredakteur Alfred Henke, Reichstagsabgeordneter, USPD-Mitbegründer und Vorsitzender ihrer Fraktion in der Nationalversammlung 1919/20, dem ich eine ausführliche Lebensskizze widmete, war letztlich ein gescheiterter demokratischer Sozialist. Alle diese Lebensläufe, auch die der Kriegsbriefeschreiber in meinem Buch über sozialdemokratische Feldpost im Ersten Weltkrieg, verweisen auf Unerledigtes im menschlichen Emanzipationskampf.

In ihrem gemeinsamen Aufsatz für den Konferenzband „Die deutsche Revolution 1918/1919 und ihre Räte“ haben wir, Deine Interviewer, ausführlich die Bedeutung der in den Jahren 1993 bis 2003 erschienenen Edition „Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19“ für die deutsche Geschichtsforschung zur Räteproblematik in der Novemberrevolution gewürdigt. Du warst als Mitherausgeber und Editor an dieser Arbeit maßgeblich beteiligt. Hat diese Arbeit ihren angemessenen Nachhall gefunden?

Zunächst: Ich war neben Ingo Materna an allen drei Bänden beteiligt, Bärbel Holtz an zweien, Gaby Huch an einem, aber „maßgeblich“ war ich wohl nur am dritten zu Gange.

Die Entstehung der umfangreichen kommentierten Edition, eine wahre Kärnerarbeit, fiel in eine Zeit, von der die meisten Historiker behaupten, in ihr sei die Geschichte der Revolution „vergessen“ worden. „Die „Vergessene Revolution“ wurde zu einem fixen Terminus, den die Editoren freilich nicht nachempfinden konnten. Sie mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass das Echo auf die drei Bände im Vergleich zur Aufmerksamkeit, die in früheren Jahrzehnten Quelleneditionen über den Rat der Volksbeauftragten, den „Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Re-

publik“ und zu regionalen Rätebewegungen z. B. in Baden, Bayern und Bremen erregt hatten, zunächst bescheiden ausfiel. Erst der Boom an Veröffentlichungen und Veranstaltungen anlässlich des 100. Jahrestages der Revolution 2018 zeigte eine positive Veränderung. Das könnte sich fortsetzen, wenn, ja wenn die während des Revolutionsjubiläums in den Vordergrund gerückten aktuellen Probleme einer „wehrhaften Demokratie“ im Kampf gegen rechts sowie die zutage getretenen Forschungsdesiderate nicht wieder die Aufmerksamkeit der Geschichtswissenschaft verlieren und gelegentlich erneut von einer vergessenen Revolution die Rede sein müsste.

Zu berücksichtigen ist aber natürlich auch, dass Quelleneditionen niemals eine Massenlektüre sein können, sondern ihren Weg zum Leser nur über die quellengestützte Darstellung der Geschichte finden. Je weniger Historiker immer wieder die Quellen befragen, sondern es bevorzugen, Bekanntes und Erforschtes noch einmal, nun aber unter den subjektiven Aspekten des Autors erneut darzustellen, haben es Quellen und ihre Edition schwer.

Was unterscheidet die ältere Generation der Historikerinnen und Historiker von der jüngeren? Wie siehst Du die gegenwärtige Entwicklung, wo gibt es aus Deiner Sicht Chancen, wo Probleme? Gibt es Ratschläge, die Du jüngeren Historikerinnen und Historikern mitteilen möchtest?

Gibt es eigentlich *die* ältere und *die* jüngere Generation? Die einzelne Generation ist ja nie eine geschlossene Gesellschaft Gleichgesinnter. Historiker forschen mit sehr verschiedenen methodologischen Ansätzen. Sie unterscheiden sich in ihrer Sozialisation und Ausbildung. Und sie nehmen von unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Positionen aus am Streit um die Deutung der Geschichte teil. Besser beantworten lässt sich die Frage, wenn man sie auf die relativ überschaubare Community der Historiker bezieht, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung befassen. Da sehe ich in einem breiten Spektrum vor allem Spezialisten, die sich durch einen hohen Grad an Empathie für die Arbeiterbewegung auszeichnen. Viele sind in einschlägigen Parteien, Organisationen und in Netzwerken unterwegs, die linke Politik favorisieren. Sie betreiben historische Forschung, verbreiten und diskutieren ihre Resultate in den verschiedenen Formen politischer Bildung. In den neunziger Jahren sah man zunächst nur Grauköpfe in Veranstaltungen

zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Inzwischen gibt es fast ebenso viele junge akademisch gebildete Fachkollegen, die längst ihre Kompetenz durch große Veröffentlichungen nachgewiesen haben. Ihnen ist zu wünschen, dass sie in Universitäten und Forschungseinrichtungen, in Verlagen und Museen usw. ein festes institutionelles Hinterland erobern, um nicht durch Broterwerbsarbeit von ihren Forschungen und Lehraufgaben abgedrängt zu werden. Die jüngeren Vertreter der Arbeiterbewegungsgeschichte stehen vor der Aufgabe, unser Wissenschaftsgebiet unter dem Gesichtspunkt weiterzuentwickeln, dass sich neue soziale und politische Strukturen der Bewegung abhängig Arbeitender von der klassischen Arbeiterbewegung zu unterscheiden begonnen haben. Wichtiger wird die interdisziplinäre Öffnung der Geschichtswissenschaft z. B. zur Soziologie und zu den Politikwissenschaften. Aber dabei sollten die Jüngeren nicht dem Irrtum unterliegen, dass die Arbeitsergebnisse der Älteren durch neue Anforderungen obsolet geworden sind. Auch die Älteren stehen auf den Schultern ihrer Vorgänger.

Das Interview führten Dr. Holger Czitrich-Stahl und Dr. Rainer Holze

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen, Parlamentarier, Sozialdemokrat, Wegbereiter des Arbeitsrechts, Hentrich & Hentrich Verlag Berlin 2018

In der von Hermann Simon im Hentrich & Hentrich Verlag Berlin herausgegebenen Reihe „Jüdische Miniaturen“ liegt jetzt als 220. Band eine von Holger Czitrich-Stahl verfasste Biografie Arthur Stadthagens vor. Damit wird ein Parlamentarier und Sozialdemokrat vorgestellt, der gewissermaßen in die zweite Reihe gehört, in der Historiografie über die sozialistische Arbeiterbewegung zumeist unterschätzt und nur knapp erwähnt wird. Er verdient jedoch eine größere Aufmerksamkeit und seine Leistung sollte gewürdigt werden.

In neun Abschnitten gibt nun der Autor einen Überblick über sein Leben und Wirken. In der Einleitung (S.7–10) und dem Abschnitt „Jüdischer Berliner“ (S.11–16) erfahren wir Einzelheiten über seine jüdische Familie, seine Kindheit und Jugend (geb. 1857), Schule und juristisches Studium an der Berliner Universität, über den kurzen Militärdienst und seine Anfänge als Rechtsanwalt (1884). Bald

ist Stadthagen bekannt als „Rechtsanwalt der kleinen Leute“, „der Armen“ (S.17–20), speziell der sich entwickelnden demokratischen-sozialistischen Frauenbewegung. 1892 wird gegen ihn ein Berufsverbot als Anwalt verhängt, was jedoch seine juristische Arbeit nicht beendet, eher sogar das Gegenteil. Er kandidiert seit 1889 für die Berliner Stadtverordnetenversammlung und wird im Wahlkreis III Kreuzberg gewählt. Von 1889–1917 ist er Berliner Stadtverordneter. (S. 21) Neben Paul Singer u.a. wirkt er in der Schulpolitik, auch für den Sport, vor allem in Sozial- und Rechtsfragen. Parallel dazu ist seine Arbeit von 1890–1917 als „gestandener Parlamentarier der SPD“ (S. 26–36), als Abgeordneter des Reichstagswahlkreises Niederbarnim (Potsdam 6) zu würdigen. Als erster Volljurist in der SPD-Fraktion tritt er besonders als Rechts- und Sozialexperte auf. In den Auseinandersetzungen in der SPD steht er stets an der Seite der „marxistischen Richtung“ mit August Bebel, Paul Singer, Hermann Molkenbuhr, Karl Kautsky, dann auch bei den „Radikalen“ um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin. Eine seiner „Hauptleistungen“ (so S. 30) ist seine Mitarbeit an der Abfassung des BGB (1886–

1900). Dies fand in der Geschichtsschreibung über die SPD bisher nur wenig Beachtung. Stadthagens politische Tätigkeit wurde seit 1893 immer wieder vom Staat unterbrochen: bis 1914 stand er vierzigmal vor Gericht, 19 Monate musste er im Gefängnis verbringen. Vermutlich in einer Haftzeit verfasste er als „Wegbereiter des Arbeitsrechts“ (S.37) sein Hauptwerk „Das Arbeiterrecht“, (1895–1904 in 4 Auflagen); es enthielt praktische Hinweise und berücksichtigte auch „das Gesinde“ – die Landarbeiter. Seine zweite Hauptschrift „Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch“ erschien 1900, erreichte ebenfalls 4 Auflagen. 1906-1914 lehrte er an der Parteischule der SPD (neben Mehring, Luxemburg u.a.) Recht. Schon seit den 90 er Jahren publizierte er im „Vorwärts“, 1905–1916 war er Redakteur. Der Autor vermerkt, dass seine Beiträge über Arbeits- und Sozialrecht bis in die Weimarer Republik wirkten. (S.43)

Neben der Verfolgung durch Staatsorgane war Stadthagen antisemitischen „Beleidigungen und Attacken“ ausgesetzt (S.47–49), an denen sich sogar Fraktionsgenossen in den Auseinandersetzungen über die Kriegskredite 1916 beteiligten (Legien, Bauer S.

49). In einem weiteren Abschnitt (S. 50–55) wird St. als „Linkssozialist und Parteigründer“ eingeschätzt. Er gehörte grundsätzlich zum „marxistischen Zentrum“, war ein „Vertreter des traditionellen Marxismus“. Die Sozialdemokratie war für ihn eine Art „Ersatzfamilie“: Freunde waren Haase, Ledebour, Wurm, Leid; er hatte eine Liebesbeziehung zu Emma Ihrer (zeitweilig, S. 52). Er gehörte zu den Mitbegründern der USPD 1917 als konsequenter „Kriegsgegner und Antimilitarist“ (S.56-58).

Schließlich: „Tod und Vergessen“ (S.59–61). Die große Anteilnahme an seinem Tod im Dezember 1917 bezeugt, wie bekannt und anerkannt Arthur Stadthagen war. Dem „Vergessen“ setzt Holger Czitrich-Stahl diese Kurz-Biografie entgegen, sehr übersichtlich und treffend formuliert, fußend auf seiner ausführlichen Arbeit „Arthur Stadthagen – Anwalt der Armen und Rechtslehrer der Arbeiterbewegung“, Frankfurt a. M. 2011, auch als Dissertation, Hagen 2013. Alles sehr zu empfehlen!

Ingo Materna

Angelika Arenz-Morch/Stefan Heinz (Hrsg.): Gewerkschafter im Konzentrationslager Osthofen 1933/34. Biografisches Handbuch. Metropol-Verlag Berlin 2019, 602 Seiten, 34 Euro. ISBN: 978-3-86331-439-2.

Die Geschichte der Konzentrationslager zur Zeit der Nazidiktatur ist sicherlich hinreichend wissenschaftlich aufgearbeitet und dokumentiert. Doch existieren nach wie vor Lücken, vor allem mit Blick auf die frühen und „wilden“ KZs am Beginn der faschistischen Diktatur. Gerade in dieser Frühphase der NS-Terrorherrschaft wurde die politische Opposition, also Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter, andere missliebige mutige Menschen, weggesperrt, gefoltert, oft ermordet. Wer muss dabei nicht an Willi Bredels „Die Prüfung“ denken oder an die zweite Staffel von „Rote Erde“ (WDR) aus dem Ruhrgebiet?

Die von Siegfried Mielke und Stefan Heinz, unserem Vorstandsmitglied, herausgegebene Reihe „Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration“ schließt mit ihren stets umfang- und materialreichen Forschungsveröffentlichungen zahlreiche dieser Lücken und leistet

mithin verdienstvolle Arbeit im Dienste demokratischer und sozialgeschichtlicher Erinnerung. 2019 erschien als Band 8 der Reihe „Gewerkschafter im Konzentrationslager Osthofen 1933/34. Biografisches Handbuch“ im Metropol-Verlag.

Das KZ Osthofen bei Worms, heute Rheinland-Pfalz, entstand direkt nach den Reichstagswahlen vom 5. März. Den Zweck dieses Lagers beschrieb der Wormser Polizeipräsident Jost vor der Presse: „Worms ist politisch der heißeste Boden in Hessen gewesen...Nicht um einem übertriebenen Humanitätsdusel Folge zu leisten, sind die Leute hier, sondern weil die neue Staatsführung die Absicht hat, jeden Volksgenossen in den neuen Staat einzugliedern“ (S.11). Müßig zu erwähnen, dass solche Worte an die Gewaltphantasien eines Bernd Höcke heute erinnern.

Zwei Beiträge führen ins Handbuch ein. „Das KZ Osthofen 1933/34 – Ein Überblick“ von Angelika Arenz-Morch thematisiert die Entstehungsgeschichte des Lagers. Am 1. Mai 1933, also unmittelbar vor dem Tag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser und dem Verbot der gewerkschaftlichen Betätigung wurde das auf dem Gelände einer ehemaligen

Papierfabrik in die Zuständigkeit des zum Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen ernannten Juristen und Verfassers der „Boxheimer Dokumente“ von 1931, Werner Best, überführt. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bereits rund 200 Häftlinge dort, die meistens durch die Straßen von Worms und Osthofen zur Abschreckung getrieben worden waren. Die meisten der hier Inhaftierten wurden aufgrund der „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar 1933 oder darauffolgender Verordnungen des Landes festgenommen und weggesperrt. Wir erfahren, dass bis Anfang Juli 1934, dem Zeitpunkt der Schließung, rund 3000 Männer, aber nur wenige Frauen die KZ-Haft erlitten. Von den 1143 als Mitglieder einer Arbeiterorganisation bekannten Häftlingen besaßen 63,8% einen kommunistischen und 29,4% einen sozialdemokratischen Hintergrund. Viele Reichsbanner-Angehörige und Mitglieder der „Eisernen Front“ waren sog. „Schutzhäftlinge“, somit besonderen Qualen ausgesetzt. (S.36)

Vieles aus dem Lageralltag, der Praxis der Lagerverwaltung, der „Arbeitseinsätze“ und der Torturen, denen sie durch ihre NS-Folterknechte ausgesetzt waren,

ist hier zu erfahren. In der Altersstruktur dominieren unter den Anhängern der KPD die 25 bis 34-jährigen, bei SPD und Gewerkschaften die 35- bis 44-jährigen und noch Älteren. All diese Informationen belegen die Akribie der biographischen Forschungen. Siegfried Mielke geht der Frage nach: „Gewerkschaftsfunktionäre; Eine ‘*signifikante Gruppe*‘ der Häftlingengesellschaft des frühen Konzentrationslagers Osthofen?“ Er stellt heraus, dass besonders die Alterskohorten der „Gewerkschaftsbeamten“, also die zwischen 1876 und 1890 geborenen Funktionäre vor allem des ADGB und seiner Mitgliedsverbände sowie des AfA-Bundes, und vor allem jene Gewerkschafter, die nach 1891 geboren wurden und mit der Spaltung der Arbeiterbewegung nach 1914 und in der Weimarer Republik aufgewachsen waren, den Hauptanteil an den Häftlingen aus den Gewerkschaften stellten. Mithin hatten es die NS-Machthaber besonders auf jene abgesehen, die entweder kraft Amtes und Erfahrung mobilisieren konnten, und auf jene, die als junge Aktivisten eine Gefahr darstellten. Mielke begründet, weshalb in diesem Band nur Gewerkschaftsfunktionäre biografisch vorgestellt

werden. Gleichzeitig charakterisiert er den Idealtypus des sozialdemokratischen und des kommunistischen Gewerkschaftsfunktionärs. War ersterer eher ein Multifunktions- und Multimitglied auch in den vielfältigen Vorkampfordorganisationen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, so zeichnete sich letzterer durch ein meistens jüngeres Alter, eine auf die KPD, den KJVD oder die RGO bezogene Aktivität und oft durch eine frühe Zugehörigkeit zu Widerstandsgruppen aus. Beide Gruppen aber wirkten nach 1945 am Wiederaufbau der Gewerkschaften gleichermaßen mit.

Im Folgenden werden auf rund 500 Seiten 58 Gewerkschafter in Kurzportraits vorgestellt und somit der Nachwelt erhalten. Der bekannteste unter ihnen dürfte Carlo Mierendorff (1897–1943) sein. Der Sozialdemokrat Mierendorff gehörte als Mitarbeiter des hessischen Innenministers und nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Wilhelm Leuschner zu den entschiedensten und publizistisch wirksamsten Gegnern der Nazis in Hessen. Er arbeitete für den Deutschen Transportarbeiterverband und war 1933 im Zentralverband der Angestellten organisiert. Bald nach der Machtübertragung an Hitler be-

gann Mierendorffs konspirative Arbeit. Am 13. Juni 1933 wurde er in Frankfurt verhaftet und wenige Tage später ins KZ Osthofen verbracht. Dort begann seine Odyssee durch das KZ-System der Nazis, u.a. in Börgermoor, Lichtenberg und Buchenwald. Erst im Januar 1938 wurde er aus dem Berliner Gestapo-Gefängnis entlassen. Seit 1941 gehörte er dem „Kreisauer Kreis“ um Helmuth James von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg an. Am 4. Dezember 1943 wurde er bei einem Luftangriff in Leipzig getötet.

Viele der vorgestellten KZ-Opfer aus den Gewerkschaften griffen auch nach 1945 aktiv in den Wiederaufbau nach dem Naziterror ein und wurden bekannte lokale oder regionale Repräsentanten der jungen Demokratie. Dies galt für den Kommunisten Hugo Binder genauso wie für seinen früheren Genossen Heinrich Galm, der später zur SPD ging. Der Syndikalist Johann Dieter war beinahe die gesamte Zeit der NS-Herrschaft inhaftiert, zuletzt in Mauthausen. Jedes einzelne Schicksal dokumentiert Terror und Leid, aber auch Standhaftigkeit und Mut. Osthofen war überall. Und mag ein Karl Boetzkes aus „Rote Erde“ ein fiktiver MdR der SPD gewesen sein,

der in Bergen-Belsen umgebracht wurde, so gab er seinerzeit den unbekannteren Opfern ein Gesicht. Dieses biographische Handbuch gibt 58 weitere, beinahe vergessene Opfer der Erinnerung der Nachwelt zurück. Dass es von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz gefördert wurde, ist deshalb nur zu begrüßen und ein Lohn für eine herausragende Arbeit.

Holger Czitrich-Stahl

Mario Keßler: Abgründe und Aufbrüche. Neue Studien und Kritiken (2014-2019), [= Hochschulschriften, Bd. 57], Trafo Verlag, Berlin 2020, 252 S., ISBN 978-3-86464-061-2, 24,80 EUR

Der 1955 geborene Mario Keßler ist wohl einer der profiliertesten und produktivsten Autoren zur Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus im deutschsprachigen Raum. Die im hier anzugebenden Buch abgedruckte Publikationsliste umfasst seit Anfang der 1990er Jahre 27 Bücher als Autor, weitere 14 als (Mit-)Herausgeber. Hinzu käme die nicht zu überschauende Anzahl von Rezensionen. Immer wieder wirkt er als Vortragender, als Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung oder

an der Universität Potsdam als unermüdlicher Betreuer für viele leistungswerte und wichtige Dissertationen der letzten Jahre.

Die neue Publikation enthält 28 Artikel, Nachrufe und Rezensionen. Sie sind alle bereits erschienen, zwölf online im "Blättchen", zwei online in LINKS! (Sachsen), oder gedruckt an anderen, einschlägigen Orten. Thematisch wird das ganze 20. Jahrhundert durchschritten. Im ersten Beitrag wird z.B. dargestellt, wie deutsche Historiker 1914 f. den Krieg als Mittel zur Verteidigung der selbstverständlich einmaligen, überlegenen "deutschen" Kultur befürworteten. Weiter geht es mit Texten zur Zimmerwalder Konferenz, über antifaschistische Filme in Hollywood bis hin zu den Olympischen Spielen 1968 in Mexiko.

Teilweise handelt es sich bei den Texten um relativ kurze Rezensionen; auch die Nachrufe, etwa auf die allesamt im hohen Alter verstorbenen Hermann Weber, Wolfgang Leonhard, Georg Iggers, Walter Laquer oder Werner Berthold, sind vergleichsweise kurz, rufen aber das Leben der Verstorbenen noch einmal ins Gedächtnis. Der Text zum Tod von Theodor Bergmann (1916–2017) sticht heraus, stand ihm Keßler doch

persönlich sehr nahe. Selbstverständlich hat Keßler in dem im Titel angegebenen Zeitraum noch mehr publiziert. Diese Auswahl zeigt aber eindrucklich die Breite seiner Interessen, die, angelagert an seine "Kernkompetenz", von jüdischer Geschichte über linke Intellektuelle und Intellectual History, Emigration und Remigration bis hin zu Musik und Sport reichen.

Ein Manko dieses Buches ist seine absolut lieblose Gestaltung. Geht das wirklich nicht besser?

Bernd Hüttner

Marjaliisa Hentilä, Mikko Kosunen, Demokratian Muisti – Työväen Arkisto 110 vuotta (Speicher der Demokratie – 110 Jahre Arbeiterarchiv), Työväen historian ja perinteen tutkimuksen seura (Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte und Tradition der Arbeiterbewegung) 2019, 393 Seiten, ISBN 978-952-59666676-79-3.

Das 1909 auf Initiative der Sozialdemokratischen Partei Finnlands (SDP) mit Unterstützung des Gewerkschaftsbundes (SAJ)¹ ge-

¹ Nachdem der SAJ 1930 durch Gerichtsbeschluss verboten wurde, setzte der im gleichen Jahr von den Sozialdemokraten gegründete Zentralverband der Gewerkschaften Finnlands (Suomen Ammattiyhdistysten Keskusliitto, SAK) die Unterstützung für das Archiv fort.

gründete Finnische Arbeiterarchiv war das erste und ist bis heute das renommierteste Archiv der Volksbewegungen in Finnland. Marjaliisa Hentilä und Mikko Kosunen, Forscher des Archivs, informieren in der vorliegenden, umfangreichen, anschaulich geschriebenen und reich bebilderten Publikation über die wechselvolle Geschichte der Einrichtung.

Das Suomen Työväen Arkisto war bis 1945 die einzige Institution, die Archiv, Bibliothek und Museum der Arbeiterbewegung in einem verkörperte. Nach der Legalisierung der Kommunistischen Partei und der Gründung der Demokratischen Union des finnischen Volkes (SKDL) entstand 1945 mit dem Kansan Arkisto, dem Volksarchiv, eine Paralleleinrichtung der äußersten Linken. Die bürgerlichen Parteien schufen vergleichbare Institutionen erst im Laufe der 1970er Jahre, nachdem ein Gesetz über die finanzielle staatliche Beihilfe für Privatarchive 1975 in Kraft getreten war.

Die mit dem Gesetz gravierend verbesserte finanzielle Situation des Arbeiterarchivs war eine wichtige Voraussetzung für die vom damaligen Leiter des Archivs Esa Lahtinen realisierte Neugliederung der im Laufe der Zeit erheblich zu-

genommenen Bestände in das Archiv, die Arbeiterbibliothek und das Arbeitermuseum.

Im ersten Teil der Darstellung beschreiben die Verfasser die Entwicklung der Archivsammlungen, der Archivverwaltung, des Personals, der Einrichtungen und Aktivitäten sowie der nationalen und internationalen Netzwerke.

Sie unterteilen die Arbeit des Archivs in drei Phasen.

In einer ersten Phase erfolgte dessen Entwicklung in enger Kooperation mit dem SDP-Parteibüro. Das Archiv befand sich anfangs im gleichen Gebäude wie das SDP-Parteibüro und die Zeitung „Työmies“ in der Sirkus-, der späteren Paasivuorenkatu 3.² Für das Archiv engagierten sich führende SDP-Politiker wie Yrjö Sirola (Archivleiter von 1909 bis 1910), Edvard Gylling (von 1910 bis 1918 Leiter der Archivverwaltung) sowie vor allem der Parteisekretär K. H. Wiik als Leiter des Archivs von 1910 bis 1926, dessen vielfältige internationale Kontakte für die Entwicklung des Archivs von besonderem Nutzen waren. Seine

² Das Arbeiterarchiv befand sich bis 2009 in der Paasivuorenkatu 5, fand sein Domizil 2009 dann in den wesentlich moderneren, größeren und praktischeren Räumlichkeiten am Sörnäisten Rantatie 25. Der Umzug im 100. Jahr des Bestehens des Archivs war ein Grund dafür, dass die Geschichte des Archivs erst 2019 zum 110. Jubiläum geschrieben werden und erscheinen konnte.

Frau Anna Wiik übernahm dann die Leitung des Archivs von 1926 bis 1941. Sie war übrigens die erste Angestellte, die einen monatlichen Lohn erhielt.

Während der Kriegsjahre existierte das Archiv weiter, hatte aber kaum Benutzer.

1945 wurde die Verwaltung in der Weise geändert, dass die „Stiftung des Arbeiterarchivs“ gegründet und der bisherige Name „Finnisches Arbeiterarchiv“ in „Arbeiterarchiv“ geändert wurde. Das Archiv baute vor allem stabile Kontakte zu den nordischen Nachbarländern auf und nahm regelmäßig an den nordischen Archivkonferenzen teil. Die Archivleitung übernahm nach einigen kurzzeitig tätigen Leitern von 1959 bis 1980 Matti Nieminen, sein Nachfolger war Esa Lahtinen (1981 bis 2009), seit 2010 steht Petri Tanskanen an der Spitze des Archivs.

In den 1980er Jahren, einer neuen Phase seiner Geschichte, kam es nicht zuletzt durch die staatliche Unterstützung zu einem rasanten Aufschwung der Arbeit und Ausstattung des Archivs. Es erhielt u.a. ein neues Büro, einen vergrößerten Forscherraum mit einem Mikrofilmlesegerät und konnte mehrere Mitarbeiter einstellen. Die Ende der 1970er Jahre begonnene

Mikroverfilmung von Archivmaterial wurde intensiviert. Die Anforderungen an das Archiv stiegen durch das zunehmende Interesse an Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung erheblich. Während in der Anfangsphase der Existenz des Archivs vor allem Programme der nationalen und internationalen Arbeiterorganisationen, Protokolle von Parteitag und Berichte über die Arbeit der Führungsgremien gesammelt und ein umfangreiches Zeitungsausschnittarchiv angelegt wurde, alles wichtige Informationsquellen vorrangig für Parteifunktionäre und Journalisten, wurde das Archiv seit den 1930er Jahren auch in beschränktem Umfang für Forschungen zur Arbeitergeschichte genutzt. Das Interesse an und das Spektrum der Arbeitergeschichtsforschung erweiterte sich allerdings erst in den 1980er Jahren spürbar, als neben der Organisationsgeschichte die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, deren Lebensstil, deren familiäres, kulturelles und intellektuelles Umfeld stärkere Beachtung fanden. Das Arbeiterarchiv entwickelt sich durch die wachsenden und wechselnden Anforderungen letztlich zu einem wichtigen sozialgeschichtlichen Archiv.

Größte Herausforderung und dritte Phase in der Arbeit des Archivs ist die Digitalisierung des Materials seit der Jahrtausendwende.

Vertieft und aufgelockert wird die Darstellung durch persönliche Schilderungen einzelner Archivmitarbeiter, wie zum Beispiel den Erfahrungen von Veikko Rytkönen beim Übergang zum Computerzeitalter (S.47–53).

Der zweite Teil des Buches befasst sich mit den aktuellen Aktivitäten des Archivs. Es kommen die Mitarbeiter zu Wort, die über ihre Karriere, die konkreten Projekte, für die sie verantwortlich sind, sehr individuell, engagiert und bisweilen humorvoll berichten. Die umfangreiche nationale und internationale Vernetzung, die Förderung von Forschungsprojekten und andere wissenschaftliche Aktivitäten werden analysiert.

Es ist den Autoren gelungen, die Entwicklung des Archivs in die konkreten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die sich daraus ergebenden Herausforderungen einzubetten.

Überzeugend ist der Weg des Arbeiterarchivs zu einer modernen Forschungsplattform und einer wichtigen Kulturinstitution nachgezeichnet worden.

Vorgestellt wurde das Buch auf einem Festseminar in der Arbeiterbibliothek im Oktober 2019. Wenige Tage danach wurde es vom Nationalarchiv gewürdigt und als bestes Archivbuch des Jahres 2019 ausgezeichnet.

Dörte Putensen

Axel Weipert/Stefan Bollinger/Dietmar Lange/Robert Schmieder (Hrsg.): Eine zweite Revolution? Das Frühjahr 1919 in Deutschland und Europa. Verlag Die Buchmacherei, Berlin 2020, 284 S., 12 Euro ISBN: 978-3-9820783-9-7.

Die Geschichte der modernen Revolutionen seit der englischen Revolution 1640–1689 zeigt uns, dass Revolutionen relativ genau bestimmbare Phasen durchlaufen, Phasen der mobilisierenden Kämpfe, der Teilerfolge, der scheinbaren Stabilisierung, der Gegenrevolution und des neuen Anlaufs. Manchmal, wie das englische Beispiel und das Revolutionsjahr in Russland 1917 zeigen, sind es sogar zwei Revolutionen, die völlig unterschiedlichen Abläufen folgen und bei denen neue revolutionäre Akteure das Geschehen bestimmen. Die Frage, ob es sich bei den revolutionären und von der

Rätebewegung bestimmten Kämpfen im Frühjahr 1919, die vor allem im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, in Bayern und im Berliner Raum zur Durchsetzung der noch unerfüllt gebliebenen Forderungen des Novembers 1918 – Sozialisierung, Demilitarisierung, Räte-demokratie – geführt wurden, um eine zweite Revolution handelt, ist deshalb durchaus von wissenschaftlicher Relevanz. Und so fand am 9. März 2019, hundert Jahre nach dem Generalstreik in Berlin, im Rathaus Lichtenberg eine wissenschaftliche Tagung statt, durchgeführt vom Museum Lichtenberg und von „Helle Panke“ e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Der Generalstreik wurde in Berlin blutig niedergeschlagen, ausgelöst durch den Schießbefehl des Reichswehrministers Gustav Noske (SPD), verschärft und zum bewussten grausamen Massaker eskaliert durch General Walther von Lüttwitz und ausgeführt von Regierungstruppen und Freikorps. Dass es sich bei Noskes Schießbefehl um eine Reaktion auf einen vermeintlichen Massenmord an Polizisten, um eine bewusst geäußerte Unwahrheit handelt, wird in den einleitenden Worten der Herausgeber vermerkt. Unsere Vereinsmitglieder Dietmar Lange und

Axel Weipert haben sich in früheren Publikationen damit eingehend beschäftigt.¹

Diese „Märzkämpfe“ forderten im Osten Berlins und in Lichtenberg mehr als 1200 Tote unter der Arbeiterschaft und den revolutionären Soldaten, die oft ohne Anlass und unter unmenschlichster Gewaltanwendung regelrecht hingerichtet wurden. Klaus Gietinger hat in seinem Buch „Blaue Jungs mit roten Fahnen“ an die Volksmarinedivision erinnert, gegen deren Mitglieder die Soldateska mit besonderer Grausamkeit vorging.²

An vielen Stätten in Berlin gedenkt man der Opfer des weißen Terrors. Auch das vorliegende Buch trägt zweifellos dazu bei. Der Leiter des Museums Lichtenberg, Thomas Thiele, würdigt die sozialen und demokratischen Hoffnungen der Streikenden und verurteilt die brutale Erstickung demokratischen Handelns mithilfe von Feldgeschützen, Mörsern und sogar Flugzeugen gegen die Wohnquartiere der eigenen Bevölkerung.

Die vier Herausgeber Axel Weipert, Stefan Bollinger, Dietmar Lange und Robert Schmieder, al-

lesamt ausgewiesene Kenner und Publizisten der Materie, beschreiben die Absicht der Konferenz und mithin des Bandes: Die „Streiks, Unruhen, revolutionären Erhebungen und blutigen Auseinandersetzungen im Frühjahr 1919 in den Blick zu nehmen“. Zusätzlich betonen sie, dass im Frühjahr 1919 nicht nur in Deutschland, sondern in vielen europäischen Staaten soziale Unruhen und politisch radikale Proteste einen neuen Anlauf nahmen. So wurde Großbritannien von einer Streikwelle erfasst und in Ungarn wurde die Räterepublik ausgerufen. Und zumindest in einer Hinsicht legen sich die Herausgeber und Autoren auf den Begriff der „zweiten Revolution“ fest. Dies widerspiegeln die Erwartungen der jeweiligen Proteste, Streiks und Erhebungen: „Neben der Frage nach den Chancen und Möglichkeiten, die in diesen revolutionären Unruhen aufschienen, ging es aber auch um die gewaltsame und blutige Konterrevolution, mit der diese beendet wurden“.

In fünf Kapiteln wird der „zweiten Revolution“ nachgegangen. In „Schicksale der Revolution“ schreiben Marcel Bois, Mark Jones und Stefan Bollinger über die globale Perspektive, die Gewaltpolitik in Deutschland und über die histo-

¹ Dietmar Lange: Massenstreik und Schießbefehl. Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919, Berlin 2012; Axel Weipert: Die zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015.

² Klaus Gietinger: Blaue Jungs mit roten Fahnen. Die Volksmarinedivision 1918/19, Münster 2019.

rischen Erfahrungen aus zweiten Revolutionen. Bois geht dabei auf die Protestbewegungen ein, die hierzulande selten thematisiert werden, aber gravierende Folgen für die Vielvölkerreiche Österreich-Ungarn und Russland, für das Osmanische Reich und für Kolonialgebiete hatten. Jones entwickelt hier erneut, dass die ausgeübte Gewalt seitens des Staates sowohl Unterdrückungsinstrument als auch politische Botschaft war, um die staatliche Kontrolle über „die Straße“ zurück zu erlangen. Die Tragik zweiter Revolutionswellen wird bei Stefan Bollinger deutlich, wenn er problematisiert, dass die Bewegungen, die die uneingelösten radikaleren Revolutionsziele durchsetzen wollen, dabei von einer Verbindung der Gegenrevolution mit den neuen regierenden Kräften angegriffen wurden. In „Frauen und Revolutionen“ behandeln Gisela Notz linke Positionen der Frauenpolitik, Mirjam Sachse das – auch in der SPD nicht unbekannt – Leitbild der Frau als Staatsbürgerin im republikanischen Sinne und im Geist von 1848. Gisela Notz widmet sich vor allem den unzähligen vergessenen Revolutionärinnen wie Minna Faßhauer und Toni Sender (USPD) und weiteren Sozialistin-

nen, aber auch den bürgerlich-radikaleren Frauenrechtlerinnen wie Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, Helene Stöcker oder Rosa Kempf (DDP). „Frauen für die Räte, Frauen in den Räten“ ist ein weiterer Schwerpunkt ihrer verdienstvollen Ausführungen, die den Bogen von der Novemberrevolution bis zur heutigen Gefahr eines „roll back“ gegen die Frauen schlagen. Den beharrenden Kräften gilt das Augenmerk Miriam Sachses nachfolgend. Die europäische Perspektive wird in fünf Beiträgen vielfältig und sehr informationsreich bearbeitet. „Momente der Revolution“ beschreiben Pierro Di Paola (Italien), Péter Csunderlik (Ungarn), Reiner Tossdorff (Barcelonas Anarchisten), Simon Webb (Großbritannien) und Peter Haumer (Österreich). Klaus Wisotzky, Mario Hesselbarth und Sebastian Zehetmair beleuchten die „Chancen und Risiken des deutschen Frühlings 1919“ im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Bayern. Abschließend untersuchen Axel Weipert, Klaus Gietinger und Dietmar Lange aus den Perspektiven der Rätebewegung, der Volksmarinedivision und der geschichtlichen Erinnerung die Märzkämpfe in Berlin. Weipert bilanziert: „Der Generalstreik stellte

gleichermaßen den Höhe- und Wendepunkt der Berliner Rätebewegung dar. Zu keinem anderen Zeitpunkt gelang es ihr, eine derart breite Mobilisierung herbeizuführen. Angesichts der offenkundig veränderten Kräfteverhältnisse rückte danach die zweite Revolution in eine fernere Zukunft“. Gietinger ruft uns die Geschichte der Volksmarinedivision und ihrer Zerschlagung im März 1919 ins Gedächtnis. Lange beschäftigt sich in seiner Analyse der Geschichte des Gedenkens u.a. mit der tatsächlichen Zahl der Opfer, die sicher weit mehr als 1000 betragen dürfte. Außerdem führt er uns an Stätten des Gedenkens. In der Weimarer Republik polarisierte der März 1919 die Arbeiterschaft und die Gesellschaft. In der DDR gedachte man der Opfer auf vielfältige Weise, in der BRD übergang man sie mehr oder weniger.

Der Band ist beim Verlag „Die Buchmacherei“ erschienen, ein Verlag, der sich schon mehrfach um Publikationen zur Novemberrevolution und zum Kapp-Putsch verdient gemacht hat. War das Frühjahr 1919 eine zweite Revolution? Nach dem Willen der Handelnden sicherlich. Aber sie hatten fast überall keine Chance.

Holger Czitrich-Stahl

Isaf Gün/ Benedikt Hopmann/ Reinhold Niemerg (Hrsg.): Gegenmacht statt Ohnmacht. 100 Jahre Betriebsverfassungsgesetz. Der Kampf um Mitbestimmung, Gemeineigentum und Demokratisierung, Verlag VSA 2020, 160 Seiten, ISBN 978-3-96488-036-9, 14,80 Euro

Noch während der Auslieferung zum Jahreswechsel 2019/20 waren die Exemplare der 1. Auflage durch ungewöhnliche Nachfrage aus IG Metall-Gremien vergriffen; es musste sofort unverändert nachgedruckt werden. Das Vorwort von Verena zu Dohna-Jaeger, Leiterin des Ressorts Betriebsverfassung und Mitbestimmungspolitik beim Vorstand der IG Metall, bringt es gradlinig auf den Punkt: "Wie vor hundert Jahren geht es um den Interessengegensatz von Arbeit und Kapital." (Und der wird im Buch ausführlich erklärt, gerät er doch selbst in Gewerkschaftskreisen aus "Sozialpartnerschaft" zuweilen in Vergessenheit.)

Kapitelmäßig wird der rote Faden verfolgt, wie Beschäftigte sich organisieren: Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum Ersten Weltkrieg, im Krieg und für die Novemberrevolution und danach, im Faschismus mit Anpassung bis zum Widerstand, in der unmittelba-

ren Nachkriegszeit, bei Wiederaufbau und Restauration, in der liberalen Reformzeit und im Neoliberalismus - bis zur Gegenwart.

Den Schwerpunkt mit elf von insgesamt 25 Beiträgen bildet die revolutionäre Zeit gegen den Krieg, mit besonderer Rolle der Revolutionären Obleute im Deutschen Metallarbeiter-Verband (Ralf Hoffrogge), um die Novemberrevolution als Geburtsstunde der ersten deutschen Republik und die Chancen für eine soziale Demokratie (Holger Czitrich-Stahl), mit Stinnes-Legien-Abkommen (Frank Deppe), Zielen und Ergebnissen der Rätebewegung (Axel Weipert und Dietmar Lange). Die Geschichte der Betriebsverfassung steht im Mittelpunkt: Das Betriebsrätegesetz von 1920 und die Demonstration dagegen, sowie der erfolgreiche Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch (Axel Weipert), der Sozialabbau in der Weltwirtschaftskrise 1920 bis 1932/33 (Reiner Zilkenat). Dem folgen die "Trümmer der Arbeiterbewegung": Arbeitsrecht und Betriebsverfassung 1933 bis 1945 (Rüdiger Hachtmann), aber auch "geheime Netzwerke" als Basis für einen Neuanfang: Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen im Wi-

derstand, 1933-45 (Michael Schneider).

Auf "Ein neuer Anfang?" (Ulrich Schneider) folgten ein Alliiertes Betriebsrätegesetz und Betriebsrätegesetze der Länder (Reinhold Niemerg). Benedikt Hopmann, einer der Initiatoren auch dieses Buches in der VSA-Reihe "Widerständig", gibt eine Einschätzung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952, dem sich Franz Josef Düwell mit "Mehr Demokratie wagen!" über das Betriebsverfassungsgesetz 1972 und die Unternehmensmitbestimmung 1976 anschließt, gefolgt von Rudolf Buschmann mit der Betriebsverfassungsreform 2001 und ihrer Bewertung im Zeichen des Neoliberalismus.

Als "Ausblick" untersucht Andreas Fisahn, wieweit Sozialisierung und Wirtschaftsdemokratie durch Grundgesetz und EU-Recht möglich sind. Dirk Linder und Benedikt Hopmann stellen heraus, dass für den Aufbau von Gegenmacht alle gewerkschaftlichen Mittel genutzt werden müssen einschließlich zeitweiser kollektiver Arbeitsverweigerung, um eine ökologische und soziale Transformation zu eringen.

Während Henner Wolter die Praxis der "Umstrukturierung von Be-

rieben und Unternehmen" als "'-Klassenkampf über das Handelsregister' (von oben)" darstellt, fassen abschließend Isaf Gün und Benedikt Hopmann das Wesentliche zusammen: Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, als "Nächstliegendes zuerst", tarifvertragliche Regelungen für die Beschäftigten zum Schutz vor der Willkür des Marktes sowie gewerkschaftliche Gegenwehr zu organisieren (im Gegensatz zu geringem Widerstand in der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33), denn "Das Vergangene kehrt zurück". - "Our Future in our hands", und zwar "Innerhalb und außerhalb der Betriebe". Es gilt noch immer Friedrich Schiller in seinem "Wilhelm Tell": "Verbunden werden auch die Schwachen mächtig".

Außer Isaf Gün, Juristin, Gewerkschaftssekretärin beim IGM-Vorstand, sind immerhin zwei weitere Frauen Autorinnen: Claudia von Gélieu, Politologin, über "Arbeiterinnen und Sozialistinnen gegen den Krieg" und "Männer in die Räte - Frauen an den Herd", sowie Mechthild Garweg, Fachanwältin für Arbeitsrecht, mit einem eher seltenen Bericht über die kurze Zeitspanne vom Kriegsende bis bald einsetzendem "Kalten Krieg", über gewerkschaftliche Erfolge

und Niederlagen bei "Währungsreform und 'Freier Marktwirtschaft'", über den Widerstand durch Generalstreik 1948, den Kampf um die Unternehmensmitbestimmung 1951 und gegen das Betriebsverfassungsgesetz von 1952. Zu wünschen wäre, wenn gerade wegen der beachtenswerten Hervorhebung kämpferischer Frauen dieser kleine Band auch in Arbeitsbereichen mit hohem Frauenanteil (bei Ver.di und NGG) verbreitete Lektüre würde.

Unter "Brot und Rosen" wird an die immer noch aktuellen Forderungen für die Frauen, immerhin auch in Deutschland die Hälfte der Menschen, erinnert. Claudia von Gélieu würdigt mit einer Kurzbiografie Cläre Casper (USPD/KPD, 1894-1976), einzige Frau im Kampfausschuss des Munitionsarbeiterstreiks Januar 1918. Toni Sender (USPD, 1888-1964) wird als Gewerkschaftsaktivistin porträtiert. Lena Fuhrmann, 22-jährige Betriebsrätin bei Salzgitter-Flachstahl, gibt abschließend ein aktuelles Statement für Kapitalismuskritik und Gegenmacht.

Unter den insgesamt 20 Autor/innen sind Historiker, Arbeitsrechtler, Gewerkschafter und Betriebsräte, die kurz und knapp die Geschichte der Arbeiterbewegung

und ihre Kämpfe chronologisch, substanzreich und gut verständlich vermitteln. Auf wichtige historische Quellen-Texte wie Richard Müllers "Geschichte der Novemberrevolution" und die "Stenografischen Berichte über den Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Dezember 1918" wird hingewiesen. Ausführungen von Karl Marx über "Gewerksgenossenschaften", Auszüge einer Rede von Oskar Cohn (USPD) in der Nationalversammlung 1919 über die "Sozialisierung", und aus einer Grundsatzrede von Robert Dißmann auf der Generalversammlung des DMV 1919 über die Schuldigen an den Weltkriegs-Verbrechen, sowie eine Kurzbiografie des legendären Metallers Willi Bleicher ("Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken!") u. a. zeitgenössische Zitate bereichern die Kapitel. Dieses Buch sollte in die Hände aller Beschäftigten, die für ihre Rechte und soziale Gerechtigkeit eintreten wollen. Ein kleines Pflicht-Lesebuch für Gewerkschaftsmitglieder, Vertrauensleute, Betriebs- und Personalräte, um aus der Geschichte zu lernen und zu handeln: Es geht ums Mitmachen, selbst aktiv zu werden für ein besseres Leben - für sich selbst und für alle. _Auch den erst seit 30 Jahren unter neue

Gesetze fallenden Arbeitenden mit DDR-Biografie vermittelt der Band eine gute Sicht über die bald 70-jährige Betriebsverfassung der BRD. Leider steht im gesamten Buch zum Thema bisher kein Wort, das die Lebenswirklichkeit der Menschen in den 40 Jahren DDR und den 30 Jahren danach berücksichtigt. Immerhin gehören sie mit ihren Lebens- und Arbeits-erfahrungen dazu, wenn es nach 100 Jahren um eine Vollendung der Novemberrevolution von 1918/19 geht. In der nächsten Auflage sollte dem Rechnung getragen werden.

"Gegenmacht statt Ohnmacht" setzt die verdienstvolle Reihe "Widerständig" im Verlag VSA fort.

Rainer Knirsch

Siegfried Prokop: Betrogen von der „Wende“. Mein Leben in Böhmen, der SBZ/DDR und im Beitrittsgebiet. Tagesnotizen 1983 bis 2003, Verlag am Park in der Edition Ost Verlag und Agentur GmbH, Berlin 2020, 618 S., ISBN 978-3-9470-57-8.

Der Titel erinnert mich an den Antikriegsfilm der DEFA „Betrogen bis zum jüngsten Tag“ aus dem Jahre 1957 nach der Novelle „Kameraden“ von Franz Fühmann.

Wie Fühmann ist der international renommierte marxistische Zeithistoriker Siegfried Prokop gebürtig aus Böhmen. Sein Geburtsort war 1940 Kriesdorf (heute Krizany) – einem Dorf bei Reichenberg (heute Liberec). Er verbrachte dort die ersten Jahre seiner Kindheit. Im Sommer 1946 wurde er mit seiner Familie in die sowjetische Besatzungszone (SBZ) „ausgesiedelt“. Das war für ihn eine Zwangsumsiedlung, die für ihn einen ersten schweren Einschnitt in seinem Leben bildete, da man das persönliche Hab und Gut nicht mitnehmen durfte. Detailliert und bildhaft schildert Prokop seine Herkunft, seine Kinderjahre in Böhmen und seine Jugend in Mecklenburg. Es fällt auf, mit welcher Empathie und Ausgewogenheit Prokop Familienmitglieder, Mitschüler, Spielgefährten und Lehrer schildert. Das trifft ebenfalls auf Freunde, Mitstreiter und Studenten späterer Lebensabschnitte zu.

1958 legte er in Neubrandenburg das Abitur ab, um danach Geschichte und Germanistik an der Berliner Humboldt-Universität (HU) und in Leningrad zu studieren. 1967 erfolgte an der HU die Promotion A und 1978 habilitierte er mit einer Arbeit zu „Entwicklungslinien und Problemen der Geschich-

te der DDR zwischen 1958 und 1963“. Seit den ersten Jahren seiner Tätigkeit als Wissenschaftler und akademischer Lehrer an der Berliner Humboldt-Universität befragt er auf Grundlage von immensen archivalischen Quellenbergen die Geschichte kritisch, wobei er sich ideologisch vorgegebenen und/oder gewünschten Deutungsmuster nicht unterordnete. Die real existierende DDR und ihre Geschichte sowie ihre Stellung in der internationalen Politik war immer Prokops Hauptthema, den seine Lehr- und Publikationstätigkeit frühzeitig auch an ausländische Universitäten führte. Von 1979 bis 1996 war er an der HU als Hochschullehrer und Geschichtsforscher tätig. Prokop nahm drei Gastprofessuren (1987 in Paris, 1988 in Moskau und 1991 in Montreal) wahr. Er war zudem häufig Gast zu wissenschaftlichen Vorträgen in der BRD. Mit seinen wachsenden Forschungsfeldern und seinen persönlichen Kontakten zu Kollegen in Ost und West ergibt es sich, dass der Autor faktisch die Entwicklung der zeitgeschichtlichen Disziplin der DDR-Historiographie bilanziert.

Den Hauptteil des Buches nehmen seine Tagesnotizen von 1983 bis 2003 ein. Sie vermitteln ein be-

eindruckendes Lebensbild eines Zeitzeugen und Historikers unter oft nicht einfachen gesellschaftlichen Bedingungen. Man wird in das Panorama der Zeitumstände mitgenommen, frischt Erinnerungen auf, erfährt bisher unbekannte Tatsachen, Zusammenhänge und handelnde Personen und wird zugleich mit seinen eigenen Erinnerungen und Erfahrungen konfrontiert. Die Notizen geben ein anschauliches Bild des politischen und geistigen Lebens in der DDR wider.

Zunächst wird in den Tagebuchnotizen über die letzten Jahre der implodierenden DDR berichtet. Prokops Verwendung des Begriffs „Probleme“ in seiner Arbeit zur Habilitation in Bezug auf die Geschichte der DDR erregte seinerzeit in der DDR unter Fachkollegen Aufsehen. Günter Mittag, Sekretär im Politbüro der SED für Wirtschaft, erhob Einwände gegen eine Publikation. Prokop hatte für diese Arbeit, die 1986 auch als Buch im Berliner Dietz-Verlag erschien, als einer der ersten Wissenschaftler in der DDR umfangreiche Quellen in staatlichen Archiven sowie auch im Zentralen Parteiarchiv ausgewertet und in ihm eine zentrale These des SED-Politbüros widerlegt, dass sich die

sozialökonomische Umwälzung in der DDR 1961/1962 bei ständig steigender Produktion vollzogen habe. Nicht alle seine quellengestützten Erkenntnisse durfte er in dieser Zeit bereits veröffentlichen. Was in den Publikationen noch nicht gedruckt werden konnte, floss aber bereits in seine Lehrtätigkeit ein. Seit den achtziger Jahren wandte sich Prokop einem neuen Forschungsthema, der Sozialgeschichte der Intelligenz in der DDR, zu.

Nach dem Ende der DDR setzte er seine Forschungstätigkeit unter gänzlich veränderten Bedingungen fort. Rückblickend schätzt Prokop ein, dass der zweite schwere Einschnitt in seinem Leben 1990 mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik erfolgte und wie das ostdeutsche Hochschulwesen in das westdeutsche „integriert“ wurde. Der vielfach beschworene Meinungspluralismus galt aber nicht für Wissenschaftler der untergegangenen DDR in der größer gewordenen Bundesrepublik. Nunmehr war politischer Grundsatz die allseitige Delegitimierung der DDR. Einerseits hatten sich nun der Quellenzugang in Archiven und die Publikationsmöglichkeiten deutlich

verbessert. Andererseits wurde auch Prokop – wie die meisten DDR-Historiker – Opfer der rigiden Abwicklungs- und Ausgrenzungspolitik nach der deutschen Vereinigung. Trotz einer erfolgreichen Kündigungsschutzklage vor dem Berliner Landesarbeitsgericht musste er aufgrund des Sonderkündigungsrechts im Einigungsvertrag seine Universität verlassen. Mit *Detailtreue* schildert Prokop, wie er dann in der BRD einen großen Bruch des Einigungsvertrages, also von Völkerrecht, erleben musste. In einem Gutachten urteilte der Historiker Hans-Ulrich Wehler, dass Prokop ausschließlich Auftragsarbeiten zur ideologischen Festigung des SED-Regimes geschrieben hätte. Zwei Enquete-Kommissionen des Bundestages unter der Überschrift „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ stellten sich in den neunziger Jahren die Aufgabe, die vierzigjährige Geschichte des sozialistischen Teils Deutschlands aufzuarbeiten. Von Anfang an war vielen Ostdeutschen klar, dass nicht so sehr wissenschaftliche, sondern vielmehr ideologische Motive für das Wirken dieser Kommissionen ausschlaggebend und anleitend waren. Es regte sich massiver Widerstand. Prokop wurde in der

„Gesellschaft zum Schutz der Bürgerrechte und Menschenwürde“ (GBM) aktiv wie in der Alternativen Enquete-Kommission. Der erste Vorsitzende in der Alternativen Enquete-Kommission war der Philosoph Wolfgang Harich, nach seinem Rücktritt übernahm Siegfried Prokop von 1994 bis 1996 die Leitung. Nach 1996 setzte er seine umfangreiche Forschungs-, Vortrags-, und publizistische Tätigkeit bis heute ununterbrochen fort. Von 2006 bis 2012 leitete er als Vorstandsvorsitzender die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg. Seit 2019 ist er Mitglied des wissenschaftlichen Beirates unseres Förderkreises. Durch seine un-dogmatischen Zugänge zu Tatsachen, Prozessen und Zeitabläufen nimmt Prokop mit seinen Werken einen bleibenden Platz in der Wissenschaftsgeschichte unserer Zeit ein.

Eckhard Müller

Florian Butollo/ Sabine Nuss (Hrsg.): Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit, Dietz Berlin, 2019, 350 S.

Debatten über einen „digitalen Kapitalismus“, die Digitalisierung

von Arbeit und Produktion, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und das (vermeintliche) Ausgehen des Bedarfs an menschlicher Arbeit in naher Zukunft bestimmen momentan immer intensiver den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskurs quer über das politische Spektrum hinweg. Vertreten wird dabei eine Vielzahl unterschiedlicher Einschätzungen, von eher dystopisch-angstgeleiteten Einschätzungen bis hin zu beinahe utopisch auf ein Ende der kapitalistischen Produktionsweise infolge von Digitalisierung gerichteten Erwartungen.

Vor diesem Hintergrund leistet der vorliegende Sammelband von Florian Butollo und Sabine Nuss einen wichtigen Beitrag zur Orientierung in der Debatte. Zwei Hauptansatzpunkte suchen die meisten der achtzehn Beiträge in diesem Band: zum einen eine an Marx orientierte grundsätzliche Einordnung der Verknüpfungen von technologischer Entwicklung, kapitalistischer Produktionsweise und den Auswirkungen auf die Nutzung menschlicher Arbeit sowie zum anderen den Blick auf konkrete aktuelle Entwicklungen, etwa im Bereich der Plattformwirtschaft.

Die Beiträge verteilen sich auf vier Abschnitte. In einer instrukti-

ven Einleitung halten die Herausgeberin und der Herausgeber fest, eine „Verabsolutierung neuer Tendenzen der Automatisierung, der digitalen Kontrolle oder der Arbeit auf Plattformen“ reproduziere einen „Technikfetisch, der einer differenzierten Deutung des zeitgenössischen Kapitalismus, aus der sich politische Strategien ableiten ließen“ im Wege stehe (S.12). Wichtig sei, die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien „im Rahmen der Strategien des Kapitals“ zu verstehen (S.13). Nötig sei letztlich ein Blick auf den „Gesamtorganismus der Wertschöpfung“: „Statt von der Automatisierung eines als statisch angenommenen Arbeitsprozesses auszugehen, muss das Bild dynamisiert, der stetige Wandel der Verfahren in Rechnung gestellt werden.“ (S.15) Die sich anschließenden Beiträge folgen diesem ange deuteten Betrachtungspfad überwiegend und mit eigenen Schwerpunktsetzungen. So ordnet Judy Wajcman als Ergänzung zur Einleitung einige aktuelle Arbeiten zum Thema Digitalisierung der Produktion ein (S.22ff.). Im 1. Abschnitt folgen Beiträge zu „Produktivkraft zwischen Revolution und Kontinuität“. Hier gibt Elena Louisa Lange einen guten Überblick über den

Blick auf Technologie und kapitalistische Entwicklung sowie die Theorien zu Mehrwert bei Marx (S.38ff.). Entscheidend sei nicht nur die technische, sondern auch die gesellschaftliche Seite. Dorothea Schmidt widmet sich sodann unter der Überschrift „Industrielle Revolution und Mechanisierung bei Marx“ insbesondere der Marxschen Diskussion technologischer Entwicklungen (S.55ff.). Instruktiv ist auch der Beitrag von Karsten Uhl, der Technologiediskurse über die Perspektiven einer „menschenerleeren Fabrik“ über das 20. Jahrhundert hinweg nachzeichnet (S.74ff.). Vorstellungen einer menschenleeren Fabrik und von neuen digitalen Systemen würden die Debatte bereits seit Jahrzehnten bestimmen (S.84). Eine aktuelle Automatisierungserzählung täte gut daran, sich „vom alten Narrativ der Ersetzung des Menschen“ zu lösen und stattdessen „die konkreten Formen der arbeitsorganisatorischen Kombination von Technik und Mensch mitsamt möglicher sozialer Folgen“ in den Blick zu nehmen (S.90). Auch Christian Meyer nimmt „materialistische Technologiediskussionen“ (S.113ff.) in den Blick. In Deutschland schwanke das Technologieverständnis marxistischer Autoren

seit den 1950er Jahren zwischen „Technikdeterminismus und Sozialkonstruktivismus“ (S.117). Der etwas kürzere zweite Abschnitt widmet sich dem Leitthema „Roboter in der Fabrik – Vision und Wirklichkeit“. Kim Moody hält in ihrem Beitrag (S.132ff.) fest, Künstliche Intelligenz oder die Nutzung von Robotern kämen „nicht von selbst“ in die Fabrik, sondern durch konkrete Investitionen, „von denen sich die Kapitalisten, die das Geld dafür vorstrecken, eine Steigerung ihrer Gewinne versprechen“ (S.155). Ein Stück weit in diese Richtung geht auch der Beitrag von Sabine Pfeiffer zum „schweren Start der Leichtbauroboter“ (S.156ff.). Letztlich nehme die quantitative Bedeutung des variablen Kapitals ab, die qualitative Bedeutung des variablen Kapitals steige aber (S.176). Der dritte Abschnitt hat „Digitale Arbeit und vernetzte Produktion“ zum Thema, in dem sich u.a. der Mitherausgeber Florian Butollo dem Thema „Digitalisierung und die Reorganisation globaler Wertschöpfung“ widmet. Der vierte Abschnitt nimmt sodann „Plattform-Kapitalismus auf den Prüfstand“. Felix Gnisa deutet hier vorsichtig Potentiale der Demokratisierung von Arbeitsorganisation durch Plattformen an (S.292), –

möglicherweise sogar innerhalb eines digitalen Kapitalismus. Sebastian Sevignani widmet sich der „Prosumtion im Kapitalismus“ (S.293ff.), also der Verbindung von Produktion und Konsumtion im Bereich sozialer Netzwerke. Simon Schaupp und Georg Jochum wenden sich neuen Steuerungsmöglichkeiten durch Digitalisierung und Plattformen zu (S.327ff.)

Insgesamt ein hochinteressanter Band, der einiges Rüstzeug für aktuelle Debatten zu neueren Entwicklungen in den Bereichen Technologie und Arbeit bietet. Es wird klar herausgearbeitet, dass aus dem simplen Vorhandensein einer Technologie noch keine neue gesellschaftliche Produktionsweise wird: Sie bedarf der vielfältigen Einbettung in weitere ökonomische und gesellschaftliche Prozesse. Vor diesem Hintergrund sind Diskussionen über digitalen Kapitalismus und das Ende der Arbeit auch nicht neu. Die Beiträge helfen hier bei der Einordnung und Positionierung. Klar ist, dass die Richtung der Entwicklung nicht technologisch determiniert ist, sondern – umkämpfte – Frage ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Interessen und Entscheidungen ist.

Thilo Scholle

Gerd-Rüdiger Stephan/ Detlef Nakath (Hg.), Ausschluss – Das Politbüro vor dem Parteigericht – Die Verfahren 1989/1990 in Protokollen und Dokumenten, Karl Dietz Verlag, Berlin 2020, 551 Seiten

„Ausschluss“ heißt das Buch von Gerd-Rüdiger Stephan und Detlef Nakath kurz und knapp im Haupttitel und erinnert so ein bisschen an den Titel der Biografie von Manfred Krug „Abgehauen“. Aber die Perspektive ist umgekehrt; es geht um die da gebliebenen und um die Verantwortlichen in der DDR. Es geht die Parteiausschlussverfahren gegen wichtige Mitglieder des Politbüros der SED durch die neu installierte Schiedskommission der SED-PDS, also der SED in ihrer Häutung zur PDS und dann zur LINKEN. Seltsam klingt nach dem Lesen des Buches der Untertitel: „Das Politbüro vor dem Parteigericht“ – genau das sollte die neue Schiedskommission nicht mehr sein, ein Gericht, das verurteilt, Strafen verhängt oder Rügen ausspricht. Aber „Parteigericht“ im Titel macht klar, worum es geht. Kommissionen gibt es bekanntlich wie Sand am Meer. Der wesentliche Teil des Buches besteht aus der Dokumentation der Ausschlussverfahren gegen prominente

te Mitglieder des Politbüros der SED (S. 145-468). Um die Dokumentation der Protokolle dieser Anhörungen im Ausschlussverfahren werden weitere Dokumente aus der Wendezeit vom November 1989 bis zum Februar 1990 gruppiert. Dokumentiert werden Beschlüsse der SED und SED-PDS, die für die Ausschlussverfahren wichtig waren sowie die Reaktionen unter anderem in den Medien auf die Verfahren und die Ausschlüsse.

Dagmar Enkelmann, Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die die Arbeit an dem Werk gefördert hat, stellt als bewusste Zeitzeugin der Wendeereignisse in ihrem Geleitwort den wissenschaftlichen Kontext des Werkes heraus. Die Protokolle der Ausschlussverfahren folgen dem Protokollband vom außerordentlichen Parteitag der SED-PDS 1989, der vor ca. 20 Jahren von den nämlichen Herausgebern veröffentlicht wurde. Tom Strohschneider macht in seinem Vorwort klar, worum es bei dieser Aufarbeitung geht: „Die einen wollen nicht an das linke Erbe der Wende erinnern ... (für diese) spielen die ursprünglichen Motive des Aufbegehrens von 1989 keine Rolle – ein Aufbegehren, das weit links von dem begann, was heute

in der herrschenden Erinnerung davon übriggelassen wird.“ (16) Für die anderen sei die Wende immer noch Verrat an der sozialistischen Sache.

Die Herausgeber des Bandes stellen die Dokumentation der Protokolle in einem längeren Beitrag in den Kontext der Geschichte der DDR und der SED. So beginnt für sie der Vorlauf der Wende schon 1976 mit dem IX Parteitag der SED. Diese historische Einordnung ist wichtig – insbesondere für den Wessi, der sich nicht hauptberuflich mit der DDR-Geschichte beschäftigt. Ohne diese Einordnung ließen sich viele Aussagen aus den Vernehmungen der SED-Funktionäre nicht verstehen. Nicht, dass die Aussagen ansonsten konsistent und pointiert wären; es ist geradezu erschreckend auf welchem Niveau, wie fast kindlich die einst Mächtigen argumentieren, beraubt man sie ihrer Macht. Aber trotz der wichtigen historischen Einführung, die versucht, Strukturen verständlich zu machen, muss sich der Wessi viele Begriffe und Zusammenhänge recht mühsam erschließen. Was zum Beispiel ist ein Kandidat für das Politbüro und wieso konnte man in diesem begrifflichen Übergangsstadium über Jahrzehnte

verharren? Heutige Studierende, auch Geschichtswissenschaftler, würden wahrscheinlich fragen, was denn wohl ein Politbüro sei. Nun gut, man kann nicht immer bei Adam und Eva anfangen.

Statt weitere Details aus den Verfahren nachzuerzählen, wechsle ich in die Rolle des Juristen, der die Ausschlussverfahren anhand der vorliegenden Dokumente betrachtet. Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: die sich häutende SED-PDS hat mit den Ausschlussverfahren, folgt man nur den vorliegenden Dokumenten politische Justiz im Sinne von Otto Kirchheimer betrieben – natürlich auf einem anderen Niveau für die Betroffenen als die Justiz der Bundesrepublik. Politische Justiz die, so Kirchheimer, der Delegitimation des überwundenen Systems oder des politischen Gegners und der Legitimation der eigenen Position, wobei nicht alle rechtlichen Regeln zwingend beachtet werden. Diese Funktion wird deutlich, wenn der einstige Chefideologe der SED, Kurt Hager, gefragt wird, ob er meine, eine Belastung für die Erneuerung der Partei zu sein oder ob er etwas zu dieser beitragen könne. Hager sieht sich als Belastung und bittet darum, ihn aus der Partei auszu-

schließen. (S.240) Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Politisch sind die Ausschlussverfahren anders zu bewerten als die politische Justiz des Westens, die etwa Ostspione im vereinten Deutschland verurteilte, Westspione dagegen nicht, oder die die Stasi plötzlich quasi alleinverantwortlich für alles Unrecht der DDR machte, weil CDU und FDP die Blockparteimitglieder gern aufgenommen hatten. Auch wenn man die Ausschlussverfahren politisch verstehen oder begrüßen kann, waren sie – jedenfalls nach den dokumentierten Quellen – juristisch fragwürdig. Und das bezieht sich nicht auf die SED-Kader wie Honecker, Mittag, Mielke oder Stoph (S.58f.), die schon im Dezember 1989 durch Beschlüsse des unzuständigen Politbüros ausgeschlossen worden waren, was Stephan/ Nakath auch kritisch anmerken.

Problematisch waren auch die Ausschlussverfahren durch die Schiedskommission. Zunächst gibt es keine schriftlichen Begründungen der Entscheidung – jedenfalls werden diese nicht dokumentiert. Das wäre aber erforderlich, um die Gründe nachzuvollziehen und eventuell nachprüfen zu können. Wichtiger ist aber, dass nach dem

abgedruckten Statut der SED-PDS, dass auf dem Parteitag Mitte Dezember 1989 beschlossen worden war, ein Mitglied durch die „Mitgliederversammlung seiner Grundorganisationen mit einer Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen werden“ kann, nämlich „insbesondere bei schwerwiegenden Verstößen gegen Programm und Statut sowie Inaktivität und Missbrauch der Funktion.“ (S.123) Die Schiedskommission sollte Verstöße gegen das Statut „untersuchen“ und „die Einsprüche gegen Beschlüsse der Grundorganisation über Ausschlüsse aus der Partei“ prüfen und entscheiden. (S.126) Über Ausschlussbeschlüsse der Grundorganisationen gegenüber den SED-Funktionären wird aber weder berichtet, noch werden sie dokumentiert. Krenz, Hager, Schabowski u.a. erhielten eine Vorladung zur Anhörung durch den Vorsitzenden der Schiedskommission, Günther Wieland, einem DDR-Staatsanwalt. Die Vorladung war mit schriftlich formulierten Fragen verbunden, die meist handschriftlich (!) beantwortet und in der Anhörung diskutiert wurden. Kurzum: Die Schiedskommission war nach dem Parteistatut nicht zuständig für die Einleitung von Ausschlussverfahren.

Die Entscheidung der Schiedskommission – jedenfalls legt das Protokoll dies im Falle Krenz nahe (S.456) – wurde in Anwesenheit des jeweiligen Mitgliedes getroffen – auch das ein eher ungewöhnlicher Vorgang. Schließlich fällt auf, dass die Befragungen sich allenfalls im Dunstkreis der vom Parteistatut genannten Ausschlussgründe bewegten. Zwar wurden die „Delinquenten“ befragt wie sie zur „Inanspruchnahme von Privilegien“ stehen, was unter den „Missbrauch der Funktion“ – nach dem Parteistatut ein Ausschlussgrund – subsumiert werden könnte, aber um konkrete Missbrauchsfälle ging es nie. Meist blieb die Befragung auf der Ebene „Villa in Wandlitz“, was wohl als Synonym für Privilegien galt, aber doch keinen konkreten Missbrauchstatbestand aufklärt. Kurz: die Dokumentation macht klar, dass bei diesen Verfahren rechtlich einiges schiefgelaufen ist. Ein wichtiger Gedanke, um die Geschichte zu resümieren, stammt aus dem einleitenden Beitrag von Volkmar Schöneberg, der später lange Jahre Vorsitzender der Schiedskommission der PDS war. Er stellt heraus, dass die Parteien der Komintern „straff organisierte Bürgerkriegsparteien“ waren, die bedingungslosen Gehorsam ver-

langten, der selbst dann noch geübt wurde, wenn man selbst Opfer von Willkür wurde – die Partei hatte immer und auch dann noch recht. Und Schöneberg folgert: „In den hier in Rede stehenden Schiedsverfahren sind beide Verfahrensbeteiligte, die früheren Politbüromitglieder und die Akteure der zentralen Schiedskommission, zum Teil nach wie vor in diesem Weltbild befangen.“ (S.13) Und: „Es kam darauf an, das gesamte Regime der Verfolgung, Verurteilung und Bestrafung im Namen des Sozialismus für den demokratischen Sozialismus für ungültig zu erklären.“ (S.15) – Politische Justiz eben. Oder anders gesagt: Die informellen Machtstrukturen der DDR wirkten auch noch in ihrer Aufarbeitung fort, so dass Kompetenz- und Verfahrensfragen nicht gestellt wurden. Unter diesem Aspekt ist die Dokumentation für Juristen ausgesprochen spannend; Historiker haben vermutlich eine andere Perspektive.

Andreas Fisahn